

FEBRUAR
BIS MAI 1994
1. Quartal 1994
4. Jahrgang Nr. 10
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

4,- DM

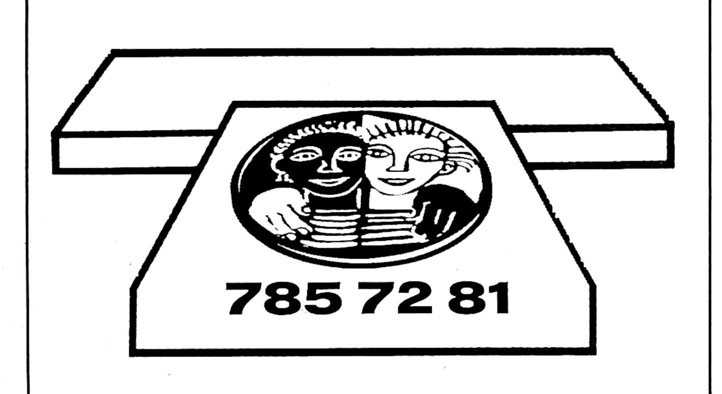
Schwerpunkt: Rassismus und Bildung

aus dem inhalt:

AsylbewerberInnen in der Metropole
Humanitäre Lösung für ehemalige VertragsarbeiterInnen
Was uns die bundesrepublikanische Presse sonst noch vorenthält
Interview mit Fritz Teppich zur Geschichte des Kempinski-Hotels

Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin



DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON

- ⋆ sammelt Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Organisationen und Parteien
- ⋆ dokumentiert und veröffentlicht die eingehenden Meldungen
- ⋆ benutzt die Informationen und Erfahrungen, um zusammen mit anderen Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierungen vorzugehen und um den Kampf für die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen zu unterstützen
- ⋆ vermittelt, soweit als möglich, Rechtsanwältinnen, Beratungsstellen und Initiativen für die von Rassismus Betroffenen
- ⋆ informiert über Treffen, Veranstaltungen, Gruppen zum Thema Antirassismus

SOS - INFOTELEFON

Meldet uns Fascho- Aktivitäten, Überfälle usw.

Wir sammeln die Infos, recherchieren, geben sie weiter, wir mobilisieren und koordinieren Schutz- und Fahrwachen.

Das Infotelefon ist besetzt: Fr. + Sa. 16^{00} - 4^{00}

So. 18^{00} - 24^{00}

Schaut nicht weg!

Greift ein!

Ruft uns an!

030 / 251 22 77



ZAG

Zeitung antirassistischer Gruppen

Herausgegeben von:
Antirassistische Initiative e.V.

Mitarbeit: Antirassistisches Telefon Ostberlin
in Kooperation mit der Stiftung Umverteilen

Redaktion: Andreas, Detlef, Irmgard, Martina, Peter, Sabine, Stefan, Thomas

Redaktionsanschrift:
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
10965 Berlin
Tel.: 030-7857281
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-7869984

Konto:
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto – Nr. : 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise vierteljährlich

V.i.S.d.P.: Peter Finger

Gestaltung: turkey press, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin

Druck: Eindruck

Redaktionsschluß für diese Ausgabe: 30.1. 94

inhalt

Vorwort ... 3

Infos zum ZAG ... 3

Berliner Staatsschutz verfolgt antifaschistische ImmigrantInnen ... 4

AsylbewerberInnen in der Metropole: Sie haben keine Chance, aber sie nutzen sie ... 6

Basso – Tribunal zum »Asylrecht in Europa« ... 9

Die »humanitäre Lösung« für ehemalige DDR-VetragsarbeiterInnen ... 10

Überfall auf einen Nigerianer – Der Prozeß ... 13

Was uns die bundesrepublikanische Presse sonst noch vorenthält ... 14

Interview: Fritz Teppich zur Geschichte der »Kempinski«-Hotels ... 16

Kurz gemeldet ... 19

Thema: Rassismus und Bildung

Rassismus und Schule – innig miteinander verbunden? ... 20

Einmal hui, einmal pfui: Der Berliner Senat und die zweisprachige Erziehung ... 22

»Benimm dich wie in Mitteleuropa!« ... 25

Schule als Luxus: Minderjährige Flüchtlinge im Bildungsbereich ... 27

Rassismus in Biologieschulbüchern ... 29

Wachsende Gewalt an den Schulen ... 31

Gespräch mit immigrierten Erzieherinnen: »Es gibt nicht viele türkische Erzieherinnen ...« ... 36

Wider den Rassismus an der Hochschule ... 39

Pax Germanica: Das deutsche Menetekel ... 40

Zum derzeitigen Stand der Kampagne für Mumia Abu-Jabal ... 44

Kurz gemeldet ... 44

Neue Bücher und Broschüren ... 45

Vorwort

Zehn Nummern haben wir also schon geschafft, und in dieser »Jubiläumsausgabe« mal wieder etwas für den ganz langen Atem: Rassismus und Bildung heißt das Schwerpunktthema dieser ZAG. Dabei geht es um Rassismus in Bildungsinstitutionen: Um Inhalte, Strukturen und Personal, um das Recht auf Bildung für alle, um Konzepte antirassistischer bzw. interkultureller Pädagogik und die Kritik an denselben. Es geht ganz grundsätzlich um die Bedeutung, die Bildungsinstitutionen bei der (Re-)Produktion gesellschaftlicher – und damit rassistischer (und möglicherweise auch antirassistischer) – Diskurse haben und um vieles mehr.

In den letzten Monaten ist oft lauthals nach den Bildungsinstitutionen geschrien worden. Die Schulen haben versagt, heißt es, wann immer es um Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt geht. Falsche Erziehung – und damit ist oft die antiautoritäre und alle Reformversuche, die in den 68er-Nachwehen entstanden sind, gemeint – mache die heutigen Kids zu rechtsextremen Schlägern. Unbeachtet bleibt, wie so oft: Rassismus ist kein Problem durchgeknallter Jugendlicher, sondern in der Mitte der Gesellschaft verankert. Eben auch im Bildungssystem: LehrerInnen produzieren und reproduzieren rassistische Meinungen – und handeln rassistisch, sei es direkt oder indirekt. Die Bildungsinhalte sind eurozentristisch, die PädagogInnen weiß und deutsch.

Rassimus und Bildung – ein Bereich, den, angesichts der sich überstürzenden Alltagsnotwendigkeiten, antirassistische Gruppen bisher viel zu selten im Blick haben. Dabei ist er so zentral: Rassismen in Kita, Schule und Universität bestimmen nicht nur den Alltag von MigrantInnen, Flüchtlingskindern und Schwarzen Deutschen. Hier werden auch die Weichen für ihr Leben und das der weißen Kids gestellt und ihnen damit gesellschaftliche Rollen zugeschrieben. Hier zeigt sich ganz besonders deutlich: Kontinuierliche antirassistische Arbeit ist notwendig, um institutionellen Rassismus zu bekämpfen. Das können antirassistische Gruppen nicht alleine leisten. Eine Frontalkritik an unserem Bildungssystem – sei sie auch noch so begründet – reicht nicht aus. Ein differenziertes Bild der Institutionen und auch der Menschen, die darin arbeiten, ist nötig. Denn wenn wir auch im Bildungsbereich gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen durchsetzen wollen, dann müssen wir in den Kitas, Schulen und an den Unis mit denjenigen zusammenarbeiten, die dort – vielleicht schon seit Jahren – gegen Rassismus arbeiten. Ansätze gibt es viele: LehrerInnen und Eltern versuchen, die zweisprachige Erziehung durchzusetzen und fordern das Kinderrecht auf vollständigen Erwerb der Muttersprache, StudentInnen und DozentInnen kämpfen für die ethnische Quotierung aller Uni-Beteiligter und Erzieherinnen fordern Stellen für eingewanderte Kolleginnen, LehrerInnen und StudentInnen wollen Veränderungen in den Lerninhalten und, und, und. *Die ZAG-Redaktion*

Schwerpunkt der ZAG Nr. 11: Innere Sicherheit

Infos zum ZAG

Wir wollen in der ZAG Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über den Widerstand und Aktionen gegen rassistische und faschistische Gewalt berichten und die Meldungen, die bei den Infotelefonen eingegangen sind, dokumentieren und veröffentlichen.

Die ZAG soll nicht nur uns, den zwei herausgebenden Info-Telefonen, sondern auch anderen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen die Möglichkeit bieten, Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen und Ankündigungen zu veröffentlichen.

Ziel und Aufgabe der Info-Telefone und der ZAG ist es:

- ⋆ Menschen, die konkret von faschistischer Gewalt, rassistischen Diskriminierungen oder staatlichen Maßnahmen betroffen sind, solidarisch bei ihrer Gegenwehr zu unterstützen.
- ⋆ zu einer starken Gegenöffentlichkeit beizutragen, das Wegsehen und Schweigen gegenüber dem alltäglichen Rassismus und der faschistischen Gewalt zu durchbrechen.
- ⋆ Antirassistische und antifaschistische Aktionen durchzuführen und zu unterstützen.

Die Qualität und der Informationsgehalt der ZAG hängt auch von Eurer Mitarbeit ab. Deshalb: Gebt Eure Informationen und Erfahrungen an die Infotelefone weiter. Soweit es uns möglich ist, werden bei der ZAG eingehende Artikel wörtlich übernommen. Wortwahl und Inhalte von Beiträgen, die von Einzelpersonen oder Gruppen unterzeichnet sind, sind Ausdruck von deren Politik und stimmen nicht unbedingt mit den politischen Ansichten der ZAG-Herausgeber-Gruppen überein.

Redaktionsschluß für das nächste ZAG: 30.4.1994

Weil es ziemlich arbeitsaufwendig ist, die Texte druckfertig zu machen (abtippen, Korrektur lesen, usw.), bitten wir alle, denen dies möglich ist, uns ihre Artikel auf Diskette (ohne Druckformat, mit Angabe des Textverarbeitungssystems und einem Textausdruck) zuzusenden. Fotos und anderes Layout-Material bitte nicht vergessen!

Außerdem danken wir allen, die die ZAG bisher mit Spenden und Abos unterstützt haben. Wie auch die Erfahrungen anderer Zeitungsprojekte zeigen, ist es in der Bundesrepublik fast unmöglich, als alternative oder linke Zeitung die Kosten ausschließlich durch die Verkaufserlöse abzudecken. Deshalb sind wir auch weiterhin auf Eure Spendenfreudigkeit und möglichst regelmäßige finanzielle Unterstützung angewiesen.

Die Redaktionsgruppe

Berliner Staatsschutz verfolgt antifaschistische ImmigrantInnen!

Mitte November 1993 holte der Berliner Staatsschutz zum Schlag gegen die hiesige Antifa-Szene aus: Rund ein Dutzend Hausdurchsuchungen bei Berliner AntifaschistInnen, ihren FreundInnen und Angehörigen wurden durchgeführt, drei Leute wurden verhaftet, ein weiterer von der Polizei gesuchter Antifaschist stellte sich wenige Tage später freiwillig. Am 2.12.93 kam es während einer Hausdurchsuchung zu einer weiteren Verhaftung. Bei diesen Aktionen ging der Staatsschutz mit großer Brutalität vor. So wurde der 22-jährigen Kurdin Fatma bei der Festnahme die Pistole an den Kopf gesetzt, herbeieilende NachbarInnen wurden ebenfalls bedroht. Den Eltern eines anderen Gesuchten wurde bedeutet, daß ihr Sohn erschossen würde, wenn er bei seiner Verhaftung Widerstand zu leisten versuche. Neben diesen fünf Verhaftungen laufen Haftbefehle gegen mindestens fünf weitere AntifaschistInnen.

Hintergrund der Festnahmeaktionen ist der Tod des Faschisten Gerhard Kaindl im April 1992. Kaindl, Schriftleiter der Berliner Filiale der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DL) hatte damals in einem China-Restaurant in Berlin-Neukölln an einem Faschistentreffen teilgenommen, bei dem Carsten Pagel (Ex-Republikaner), Rudolf Kendzia (DL) und Thorsten Thaler (DL-Mitbegründer) anwesend waren. Nach Zeugenaussagen sollen 6-8 vermummte Personen in das Lokal gestürmt sein. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem Kaindl durch Messerstiche tödlich verletzt wurde.

Der Berliner Staatsschutz gab Ermittlungsergebnisse an die »Deutsche Liga« weiter

Von Anfang an führte der Staatsschutz Ermittlungen selbstverständlich nur in eine Richtung. Obwohl laut Polizeibericht die »Täter maskiert« waren, stand für die Repressionsorgane schon früh fest, daß sie in »türkischen oder arabischen Kreisen« zu suchen waren. In der Folge trat ein weiteres Mal die gute Zusammenarbeit zwischen staatlichen Repressionsorganen und Faschisten zutage. Der bei der Auseinandersetzung verletzte Faschist Thorsten Thaler berichtet in einem Interview mit der taz vom 23.11.93, daß er von zwei Berliner Staatsschützern in Kiel besucht wurde und diese ihm »Name, Geburtsdatum, Wohnanschrift und sogar die PKW-Nummer« eines Verdächtigen zur Verfügung stellten. Thaler schließt daraus, *»daß ich als Opfer offenbar mehr erfahren sollte, als es normalerweise bei solchen Befragungen üblich ist.«* In der bundesweiten Zeitung der DL, der »Deutschen Rundschau«, erschien dann bereits im Oktober 1992 ein Artikel, in dem verkündet wurde:

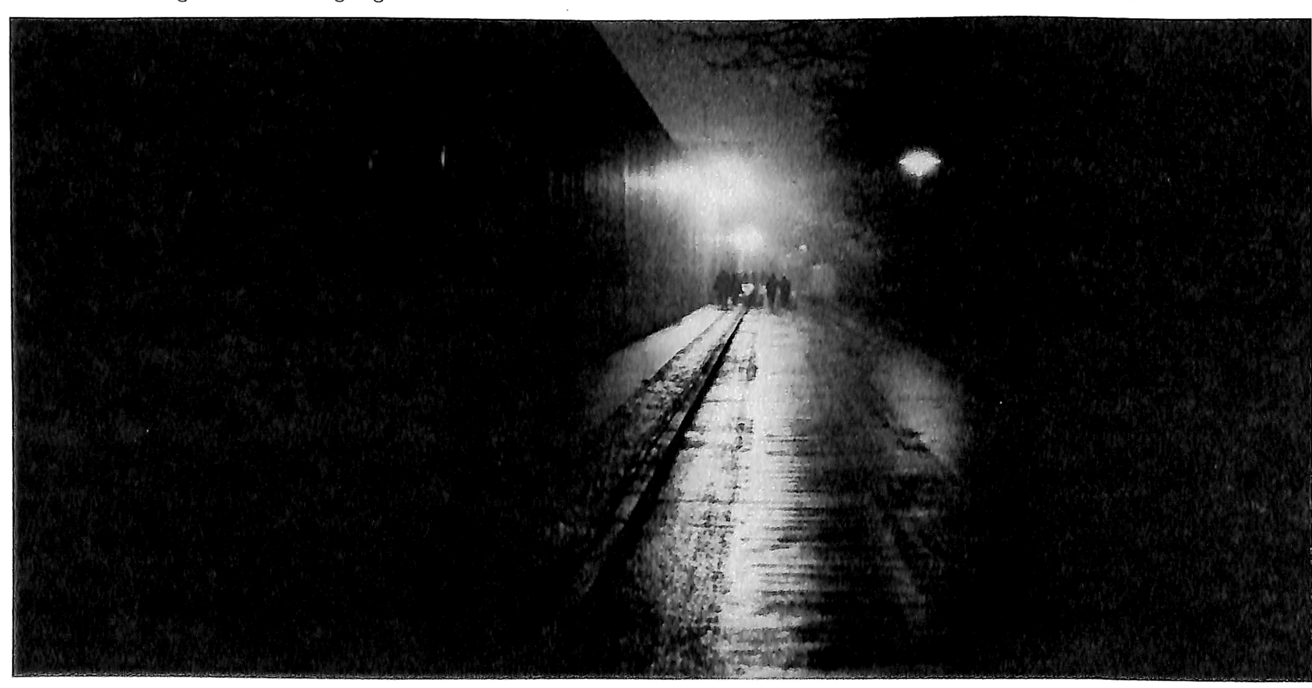
»Die Polizei hat inzwischen die acht Täter ermittelt. Sie gehören allesamt der türkischen Gruppe ›Antifasist Gençlik‹ (›Antifaschistische Jugend‹) an.« In der Nazi-Zeitung »Nation+Europa« schreibt Rudolf Kendzia im November 1992, daß »die Täter mit Namen und Anschrift« bekannt seien. Im Herbst 1992 wurde dann seitens der Faschisten Anzeige gegen die Berliner Justizbehörden wegen Strafvereitelung im Amt gestellt. Im Frühjahr 1993 wurde dieses Verfahren eingestellt. Die Ermittlungsergebnisse scheinen zur Konstruktion einer Anklage damals noch nicht ausgereicht zu haben.

Den Durchbruch erzielte der Staatsschutz durch die Aussagen von Erkan, der am 13. oder 14.11.93 unter noch nicht geklärten Umständen verhaftet wurde.

Zur Situation der Gefangenen

Der 17jährige Erkan scheint nach seiner Verhaftung im Knast geschlagen und schwer unter Druck gesetzt worden zu sein und sich und die anderen Beschuldigten schwer belastet zu haben. Er wurde sofort unter Zeugenschutz gestellt und bekam erst nach zwei Wochen einen Anwalt zu Gesicht. Erkan war, wie Bekannte von ihm erzählen, schon vor seiner Inhaftierung in psychatrischer Behandlung, weil er mit seinen seelischen Problemen nicht klar kam und ziemlich »durcheinander« war. In diesem Zustand geriet er in die Mühlen der Vernehmungsbeamten. Im Dezember wurde er, nachdem er mehrmals in der Zelle »durchgedreht« war und sich dabei selbst verletzte, in die Psychologisch-Neurologische Abteilung (PN) der JVA Tegel verlegt. Die PN ist berüchtigt: In einem Gutachten aus dem Jahre 1990 bezeichnete der Direktor des Instituts für forensische Psychatrie der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. Rasch, die PN als »Fossil der Verwahrpsychatrie«, in der Gefangene *»durch die Gabe von Psychopharmaka gewissermaßen haftfähig gehalten werden.«* Er schließt: *»Es bedarf einer grundlegenden Reform, die in ihrem Charakter eine Auflösung der jetzigen Abteilung gleichkommt.«* In dieser Verwahranstalt steht nun Erkan unter starkem Einfluß von Psychopharmaka, ist apathisch und kaum ansprechbar. Zwischen Weihnachten und Neujahr hat er versucht, sich umzubringen.

Zwei weitere Verhaftete, Mehmet und Abidin, sitzen in der Un-



JVA Tegel. Foto: Philipp von Recklinghausen

tersuchungshaft Moabit. Beide haben kein Recht auf Gemeinschaftsveranstaltungen. Abidin hat gemeinsamen Hofgang, Mehmet nur mit zwei Mitgefangenen. Über die Situation von Bahrettin, der in der Jugendhaftanstalt Plötzensee sitzt, ist immer noch nichts bekannt.
Für Fatma, die in der Frauenhaftanstalt Plötzensee sitzt, hat man sich »besondere Haftbedingungen« einfallen lassen. Sie hatte bis vor kurzem keinen Umschluß, keine Gemeinschaftsveranstaltung, also 23 Stunden Einzelhaft. Anfangs hatte sie Einzelhofgang, dann zusammen mit einer Frau, die nur spanisch spricht. Anfang Januar wurde in einer Lautsprecherdurchsage allen Frauen verboten, mit ihr Kontakt aufzunehmen. Bei Besuchen bestand Berührungsverbot, später wurde als »Lockerung« zugestanden, daß BesucherInnen ihr die Hand geben durften. Inzwischen ist sie in den Gruppenvollzug verlegt worden, sodaß sie jetzt wenigstens die Möglichkeit hat, sich mit anderen Frauen zu unterhalten.

Im Visier des Staatsschutz

Der Angriff des Staatsschutzes war lange vorbereitet und gut gezielt: Durch die Zuordnung der Verfolgten zu der »Antifasist Gençlik«, einer offen arbeitenden Antifa-Gruppe türkischer und kurdischer Jugendlicher, soll gezeigt werden, daß die Staatsmacht willens ist, alle Ansätze selbstbewußten Handelns seitens der ImmigrantInnen zu zerschlagen, erst recht, wenn diese die Selbstverteidigung gegen rassistische und faschistische Angriffe zu organisieren versuchen. Zudem ist den Repressionsorganen gerade »Antifasist Gençlik« ein Dorn im Auge, da diese Gruppe schon des Öfteren ihre Verankerung unter jugendlichen ImmigrantInnen bewiesen hat. Aus diesem Spektrum soll nun eine »mordende Bande« konstruiert werden. Darüberhinaus paßt das angestrebte Verfahren hervorragend in die für dieses Jahr geplante Kampagne der Herrschenden zum Thema »Innere Sicherheit«. Schließlich wird der Staatsschutz damit spekulieren, daß einer Gruppe von ImmigrantInnen von der überwiegend weißen, deutschen Antifa-Szene vielleicht nicht die notwendige solidarische Unterstützung entgegengebracht wird. Diese Strategie muß durch eine langfristig angelegte Solidaritätskampagne durchkreuzt werden!

Ansätze einer Solidaritätsbewegung

Eine politisch zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren, erscheint zum augenblicklichen Stand der Auseinandersetzung schwierig, da noch gar nicht bekannt ist, was den Verfolgten konkret vorgeworfen wird. Erste Schritte wurden aber unternommen. Menschen aus unterschiedlichen Gruppen der Antifa-Szene versuchen, die Anti-Repressionsarbeit in Gang zu bringen. So gab es eine Knast-Demo am 5.12.93, an der sich immerhin ca. 500 Leute beteiligten (das ist für die letzten Jahre in Berlin TeilnehmerInnen-Rekord). Geplant ist eine Veranstaltung zum Thema Aussageverweigerung für Mitte Februar. Anvisiert ist auch eine bundesweite Demo im April. Seit Dezember erscheint in deutscher und türkischer Sprache die Zeitung HERZSCHLÄGE, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, *»Informationen über (und von) den Verhafteten, sowie die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe der Ereignisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.«* (aus HERZSCHLÄGE Nr. 1)
So anerkennenswert diese Anstrengungen auch sind, scheinen sie doch nicht der Dimension des Angriffs gerecht zu werden. Seit langem hat es in Berlin keine Offensive einer derartigen Qualität seitens der Repressionsorgane mehr gegeben. Selbstverständlich ist es in der jetzigen Situation richtig und wichtig, die Forderung nach Aussageverweigerung in der Szene zu verbreiten. Begrüßenswert sind auch die Bemühungen, eine Soldarisierung aller antifaschistischen und antirassistischen Gruppen zu erreichen. Es muß darüberhinaus jedoch versucht werden, die Reste dessen, was sich in dieser Stadt einmal zur Linken gerechnet hat, in die Pflicht zu nehmen, sich zu dem Vorgehen der Staatsmacht zu verhalten. Dafür wäre es notwendig, Diskussionen zu führen, die über die Bedürfnisse der autonomen Szene hinausgehen. Solange nicht geklärt ist, was den Verfolgten konkret zur Last gelegt werden soll, ist es sicher auch in ihrem Interesse, wenn die Szene sich bei der politischen Beurteilung des Falles Kaindl zurückhält. Eine solche Diskussion hätte bereits im Frühjahr 1992 geführt werden können (und müssen) und ist damals auch versucht worden (siehe Antifa-Infoblatt 19. Juli/August 1992). Nun wird mensch auch noch abwarten können, bis klar ist, welche Anklage der Staatsschutz zu konstruieren gedenkt. Angesagt wäre es in der jetzigen Situation beispielsweise, die Forderung nach lückenloser Aufklärung der Zusammenarbeit zwischen Staatsschutz und Faschisten zu verbreiten.

Freilassung aller Verhafteten und Einstellung der laufenden Verfahren!

Die Zeitschrift HERZSCHLÄGE, aus der im wesentlichen die Informationen in diesem Artikel stammen, ist zu beziehen über: Kreuzbüro, Stichwort »HERZSCHLÄGE«, Großbeerenstraße 89, 10963 Berlin

Jeder Gefangene freut sich über viel Post! Ihre Anschriften:

Abidin Eraslan BuchNr.: 5455/93, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin; **Mehmet Ramme** BuchNr.: 5436/3, UHA Moabit, Adresse wie oben; **Fatma Balamir** BuchNr.: 950/93/8, JVA Frauen, Friedrich-Olbricht-Damm 17, 13627 Berlin; **Erkan Sönmez** BuchNr.: 121493-2, JVA Tegel, Psychiatrisch-Neurologische Abteilung, Seidelstr. 39, 13507 Berlin; **Bahrettin Yoldas** Jugendstrafanstalt Plötzensee, Friedrich-Olbricht-Damm 40, 13627 Berlin

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.



Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker
Stichwort: "Antifa"
Kto-Nr: 240 297 679
Sparkasse Berlin
BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin

anzeige

Asylbewerberlnnen in der Metropole: Sie haben keine Chance – aber sie nutzen sie!

Näheres über die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Berlin

Streitstraße 5 im Berliner Bezirk Spandau – »erste« und einzige Adresse für Menschen, die in Berlin Asyl beantragen. Adresse für diejenigen Flüchtlinge, die überhaupt noch nach Berlin durchkommen. Denn die meisten, die an der »grünen« Grenze zwischen Polen und der BRD die Flüsse (Oder/Neiße) durchqueren, werden sofort vom Bundesgrenzschutz zurückgeschickt. Menschen, die per Flugzeug in die Stadt kommen, geraten am Flughafen Schönefeld in ein Auffanglager, bleiben isoliert und werden innerhalb einer Woche zur ZAST-Eisenhüttenstadt gebracht. Flüchtlinge aus Rest-Jugoslawien beantragen in der Regel kein Asyl, sondern aufgrund ihrer akuten und vorübergehenden Situation eine Duldung. Sie stehen im Bezirk Kreuzberg – am Waterloo-Ufer – bis zu 20 Stunden in der Schlange.

Doch es werden immer weniger, die in Berlin Asyl beantragen können. Ihre Anzahl hat sich im zweiten Halbjahr 1993, nach der Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz, um 65,5 Prozent (2.027 Menschen) gegenüber dem gleichen Zeitraum 1992 reduziert. Die Zahl der Abschiebungen, die nach Ablehnung des Asylantrags durchgeführt werden, hat sich im letzten Jahr mehr als versechsfacht.

Zur Zeit kommen täglich etwa 10-20 Flüchtlinge in die Zentrale Aufnahmestelle (ZAA). Die Aufnahme geschieht rund um die Uhr. Zunächst wird – wenn vorhanden – der Paß einbehalten, manchmal werden die Menschen durchsucht und sie werden nach ihrem Fluchtweg befragt.

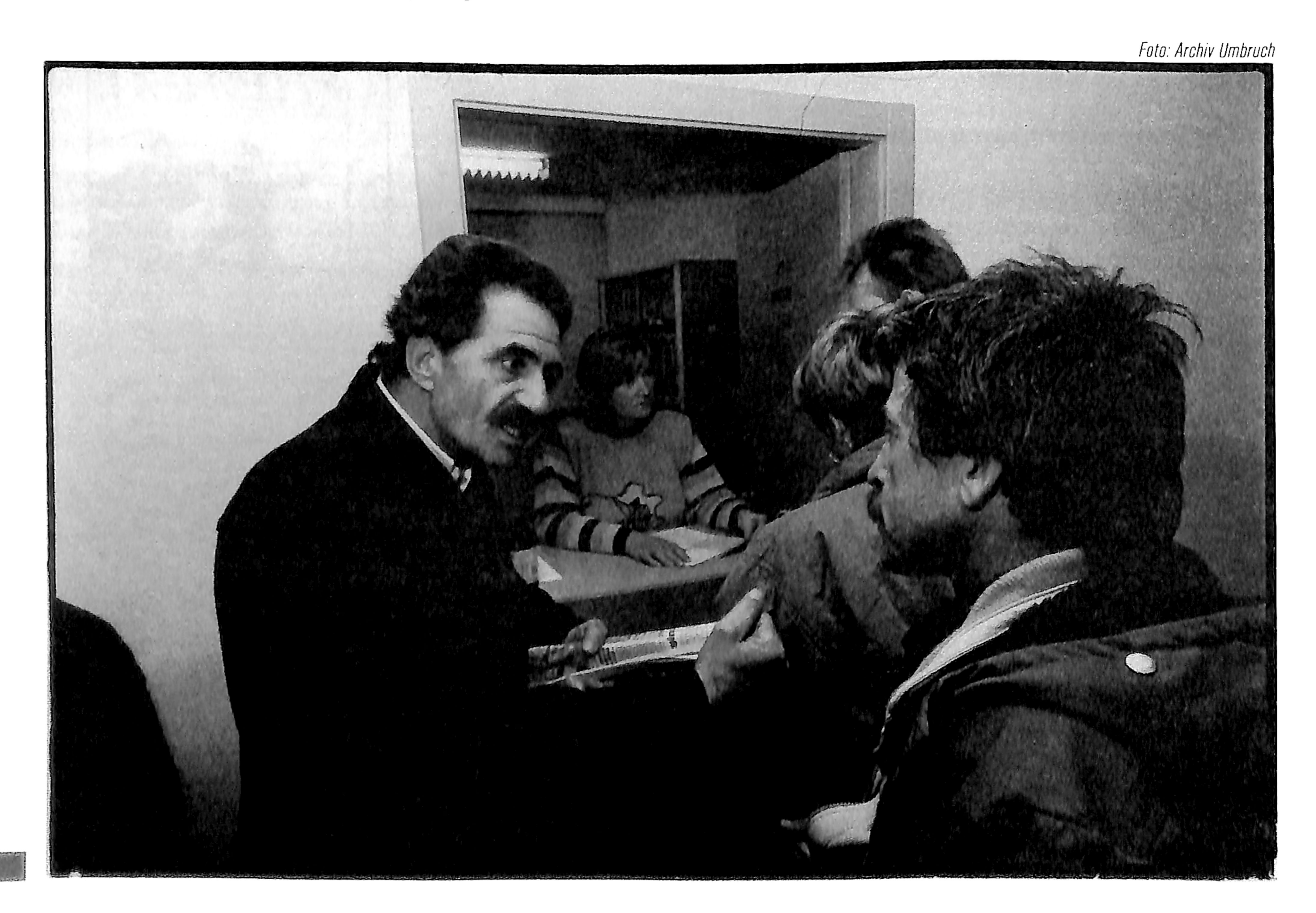
Das Asylverfahren

Die Verteilung der Flüchtlinge geschieht nach dem PC-Programm EASY(!). Hier wird abgefragt, welches Bundesland, welche Aufnahmestelle für das entsprechende Herkunftsland zuständig ist und dazu noch Kapazität für Flüchtlinge hat. Die Menschen bekommen eine Quittung für die einbehaltenen Dokumente, eine Kostenübernahme für eine Fahrkarte und die Adresse der Aufnahmestelle in irgendeinem anderen Bundesland. Dann müssen die meisten die ZAA–Berlin schnellstens wieder verlassen. Die wenigen, die bleiben, werden überprüft, beispielsweise ob sie in einem anderen Bundesland schon einen Antrag gestellt haben (PC-Programm ASYLON). Sie werden fotografiert und ihre Fingerabdrücke werden genommen. Sie werden in der sogenannten Anhörung nach ihren Asylgründen und dem Fluchtweg gefragt. EinE DolmetscherIn ist zugegen. Diese Anhörung kann – außer wenn die Flüchtlinge am Wochenende kommen – schon am Tag der Ankunft geschehen.

Die Ablehnung des Asylantrags erfolgt fast immer innerhalb einer Woche. Bei der einfachen Ablehnung (»wird abgelehnt«) muß eine Klage (Widerspruch) innerhalb einer Frist von zwei Wochen eingegeben werden. Bei Anträgen, die als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt werden, beträgt die Klagefrist nur eine (!) Woche. »Offensichtlich unbegründet« sind Anträge von Flüchtlingen, die aus einem »Herkunftsland ohne politische Verfolgung« kommen, die durch ein »sicheres Drittland« eingereist sind oder die die Aussage verweigern.

Die ablehnende Entscheidung wird mit Artikel 16 Grundgesetz und §51, §53 Ausländergesetz (AuslG) begründet; wobei §51 und §53 AuslG (z.B. Abschiebehindernisse, wie Schwangerschaft, Minderjährigkeit) inhaltlich meist nicht berücksichtigt werden (siehe hierzu Ka-

Foto: Archiv Umbruch



sten). Bei Klage (Widerspruch) geht die Sache zum Verwaltungsgericht, das wiederum innerhalb von ein bis zwei Wochen entscheidet. Bei »offensichtlich unbegründeten« Asylanträgen muß der Rechtsschutz (aufschiebende Wirkung; Abschiebung ausgesetzt) extra beantragt werden. Das Verwaltungsgericht kann Berufung zulassen, mit der theoretisch zum Oberverwaltungsgericht oder Verfassungsgericht weitergegangen werden kann (Präzedenzfälle). Meist läßt es aber keine Berufung zu, wodurch die Ablehnung des Asylantrages unanfechtbar ist.

Während des Verfahrens

Die Flüchtlinge werden zunächst direkt in der Streitstraße in dem neben der ZAA gelegenen DRK-Wohnheim untergebracht. Die 500 Plätze sind zur Zeit nur zur Hälfte belegt. Nach ein bis zwei Monaten kommen die Flüchtlinge dann in ein anderes DRK-Heim in die Berliner Straße in Berlin-Tegel.
Für die Dauer des Aufenthaltes bekommen sie eine grüne Klappkarte, die Aufenthaltsgestattung, deren Gültigkeitseintrag allerdings sofort verfällt, wenn die Ablehnung des Asylantrags rechtskräftig ist. Das heißt: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung, der Ausreisetermin, geht vor und setzt die Aufenthaltsgestattung außer Kraft. Das ist für die Betroffenen oft verwirrend und sie verlassen sich auf die falschen Daten.



Foto: Archiv Umbruch

Asylantrag abgelehnt

Bei Ablehnung werden die Flüchtlinge aufgefordert, die BRD bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu verlassen. Oder sie bekommen eine Grenzübertrittsbescheinigung, die sie beim Verlassen der BRD bei der deutschen Grenzbehörde abgeben müssen. Die Bescheinigung wird dann zur ausstellenden Behörde zurückgeschickt. Überschreiten die Flüchtlinge das vom Gericht festgelegte Ausreisedatum, dann befinden sie sich in der Illegalität und können jederzeit aufgegriffen, verhaftet und abgeschoben werden.
Probleme entstehen vor allem für diejenigen, die ihren Antrag schon vor längerer Zeit gestellt haben. Der Ablehnungsbescheid des Asylantrags wird an die zuerst angegebene Adresse geschickt. Bei Umzug oder Unterbringung in einem anderen Heim reicht eine polizeiliche Ummeldung nicht aus. Flüchtlinge müssen ihren neuen Wohnsitz beim Bundesamt zusätzlich melden (§ 10 Asylverfahrensgesetz). Geschieht das nicht, dann erhalten sie die Post nicht, versäumen Fristen und werden plötzlich, ohne Vorwarnung und ohne Vorbereitung von den Bullen abgeholt und ins Flugzeug gesetzt. Dann können sie keine Sachen mitnehmen, kein Geld, und sie können nicht abtauchen.
Wissen sie jedoch vorher Bescheid, können sie sich überlegen, ob sie »freiwillig« zurückfahren. Oder sie können untertauchen, was zunehmend passiert. Die »freiwillige« Rückkehr wird hier in Berlin vom DRK organisiert (»Rückführungshilfe«). Sollten sich die Menschen entschließen, »freiwillig« zurückzukehren, dann können sie sich vorbereiten und ihre hier angesparten Sachen mitnehmen; sie bekommen den Flug bezahlt und ein »Start-Geld«.

Abschiebung

Bei Ablehnung des Asylantrags kommt die gesammelte Akte vom Bundesamt zum Landeseinwohneramt (LEA) zwecks Abschiebung. Das LEA, das seinen Sitz auch in der Streitstraße 5 hat, ist ausschließlich für Abschiebungen zuständig. Dieses Amt beauftragt die Polizei mit der Durchführung der jeweiligen Abschiebung. Der zuständige Bullen-Abschnitt macht die Festnahme, und die Menschen kommen in den Polizei-Gewahrsam in der Gothaer Straße in Berlin-Schöneberg. Von dort aus dürfen sie nicht einmal mehr telefonieren. Die Abschiebung erfolgt so schnell wie möglich und meist über den Flughafen Schönefeld. Es geschieht oft, daß die Flüchtlinge direkt in der Behörde (LEA) festgenommen werden – völlig überrascht und völlig unvorbereitet.

Die Verschärfung greift – Zynismus pur

Seit dem 1. Januar 1994 wird eine neue Variante praktiziert. Es handelt sich hier um die konsequente und brutale Durchsetzung der neuen Asylregelungen, die seit dem 1.7.1993 Gültigkeit haben:
Morgens zwischen 7.30 und 8 Uhr erscheinen zwei oder drei Bullen im DRK-Heim in der Streitstraße, händigen den Flüchtlingen die Ablehnung des Asylantrages aus und nehmen sie, manchmal mit der ganzen Familie, unmittelbar danach fest. In dem Ablehnungs-Bescheid steht dann zynischerweise, daß gegen diesen Bescheid Rechtsmittel innerhalb von zwei Wochen eingelegt werden können. Die Menschen allerdings sind am nächsten Tag schon in Polen. Polen, das »sichere Drittland«, durch das sie bei ihrer Herfahrt gekommen sind, und das sie auch als Durchreiseland bei ihrer Ankunft angegeben haben. Oft hat sie auch ein Busticket aus Warschau oder ein polnisches Lebensmittel verraten, das bei der Durchsuchung ihrer Sachen am Tage der Ankunft in Berlin gefunden wurde. Der Asylantrag wird demzufolge entsprechend der Drittland-Regelung (Polen als »sicheres Drittland«) als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt. Da die BRD entsprechend dem Rücknahmeabkommen mit Po-

len die Abschiebung der einzelnen Flüchtlinge namentlich belegen muß, geschieht diese neue Form der Abschiebung in der Regel ein bis zwei Monate nach Asyl-Antragstellung.
Die Menschen im DRK-Heim, die direkt festgenommen werden, sind völlig überrascht und fassungslos. Die anderen HeimbewohnerInnen sind sehr verunsichert und beunruhigt. Niemand weiß, wer am nächsten Tag abgeholt wird, und niemand weiß, wer überhaupt auf der Liste steht. In Polen dann sind die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Die geschätzte Zahl von 300.000 illegal dort Lebenden steht für sich.

Informations-Stand vor der ZAA – Etwas tun!!

Seit dem Inkrafttreten der neuen Asylgesetzgebungen am 1.7.1993 gibt es einen Informationsstand vor der ZAA-Berlin. Er wird von unterschiedlichsten Gruppen und Einzelpersonen besetzt. Hier informieren wir die Flüchtlinge über die wenigen Möglichkeiten einer »erfolgreichen« Asylantragsstellung. In vielen Sprachen verteilen wir hier Zettel (»Achtung!! Vorsicht!! Wichtig!!«), in denen über die »Aufnahmebedingungen« in der ZAA (Durchsuchung, Fluchtweg-Erkundung, u.s.w.) aber auch über das Asylverfahren an sich detailliert informiert wird. Wir raten den Menschen, daß sie sich in eine der Flüchtlingsberatungsstellen begeben, bevor sie das Gelände der ZAA betreten. Wir geben ihnen die Adressen, die Fahrpläne und auch Fahrkarten, damit sie gleich dorthin fahren können. Dort werden sie beraten, dort werden ihre Anträge formuliert (je detaillierter, je günstiger).
Für viele Menschen – vor allem aus den östlichen Ländern – ist es auch schon wichtig, so lange wie möglich hier bleiben zu können. Auch dazu brauchen sie entsprechende Informationen. Unsere Info-Zettel werden auch von vielen Flüchtlingen genommen, die im Heim wohnen und die ihren Antrag schon gestellt haben. Auch für sie kann eine Beratung existentiell sein, wenn es um Widerspruchs- oder Klagefristen geht. Die Adressen der Beratungsstellen werden offensichtlich weitergegeben, manchmal sogar in die Heimatländer, wie beispielsweise in den Beratungsstellen Anrufe aus Rumänien belegen. Es kommt jetzt häufiger vor, daß der erste Weg der Flüchtlinge in eine der Beratungsstellen ist, und erst der zweite in die ZAA nach Spandau.
Eine andere Gruppe, die wir auch über den Infostand erreichen wollen, sind diejenigen Menschen, die eine Grenzübertrittsbescheinigung haben und zum LEA geladen sind. Diesen Menschen droht direkt in der Behörde die Festnahme und Abschiebung. Große Wandtafeln mit entsprechenden Warnhinweisen fordern die Leute auf, nicht unvorbereitet in die Behörde zu gehen. Oft ist die Abschiebung durch Widersprüche aufgrund von Verfahrensfehlern noch zu verzögern – im günstigsten Falle zu verhindern.
Nach anfänglich guter Besetzung des Info-Standes (bis zu 14 Gruppen beteiligten sich daran) ist es zur Zeit mit der Beteiligung ruhiger – allerdings nicht weniger notwendig – geworden (6-7 Gruppen). Wir suchen also Gruppen und Einzelpersonen, die einmal die Woche (oder einmal in 14 Tagen) an einem möglichst festen Termin für einige Stunden den Stand besetzen wollen. Also Leute, rafft Euch auf, der Winter ist mild (Stand: 30.1.94) und die Arbeit ist leicht! Meldet Euch bei der Antirassistischen Initiative.

Frieda & Anneliese

§ 51 Ausländergesetz:

Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter
(1) »Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, siner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist....«

§ 53 Ausländergesetz:

Abschiebehindernisse
Bedrohung des Menschen im Herkunftsland durch »konkrete Gefahr« (Folter, Todesstrafe u.ä.).
Wenn die Abschiebung gegen die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Genfer Menschenrechtskonvention) vom 4.11.1950 verstößt, gilt dies als Abschiebungshindernis.

anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.47 enthält u.v.a.:



»Medienrandale II - weitere Fragen zur politischen Praxis«
von autonome A.F.R.I.K.A-Gruppe



Nicht wie das Kaninchen vor der Schlange ...
Nachdenkliches zum Antifaschismus
von Wolfgang Haug



ZEGG, Sexismus und New Age
von Louis Lerouge



Frauen-KZ - Ravensbrück
von Ilse Schwipper



Das Jahr 501 –
500 Jahre Haß auf die Unabhängigkeit
von Noam Chomsky
u.v.a.



ABONNIERT!
(4 Nrn): 25.-
Einzelpreis: 7.-
Buchhandelsrabatt 30%
Probepäckchen (5 ältere Nrn): 20.-
Nostalgienummer (Reprint 0-12): 5.-

SF★Redaktion
PF 1159, 71117 Grafenau
Tel. 07033-44273

Basso – Tribunal zum »Asylrecht in Europa«

Vom 8.–12. Dezember soll in Berlin das Basso-Tribunal zum Thema »Asylrecht in Europa« stattfinden. Die Staaten der Europäischen Union werden angeklagt, durch ihre Asylpolitik die grundlegenden Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen zu verletzen. Dies wird beispielhaft besonders an der BRD, Frankreich, der Schweiz und Spanien zu zeigen sein. Das Basso-Tribunal (in der Nachfolge des Bertrand-Russel-Kriegsverbrechertribunals) ist als ein ständiges Tribunal der Völker und juristisches Forum zu begreifen. Es überprüft die Verletzung der Rechte von Völkern auf der Grundlage international gültiger Rechtsnormen. In einem sich aus diesen »Prozeß« ergebenden »Urteil« wird festgelegt, was verändert werden muß, um die festgestellten Rechtsverletzungen zu beenden.

Das Tribunal überreicht seine Urteile und Erkenntnisse den Vereinten Nationen, an die Menschenrechtskommission und andere nationale und internationale Körperschaften. Die bereitgestellten Materialien und die formulierten Urteile des Tribunals können außerdem vielen Nicht-Regierungsorganisationen als Hintergrundinformation für ihre Arbeit nützen.

Das Tribunal soll dazu dienen, in einer möglichst breiten Öffentlichkeit das europäische (Nicht)Asylrecht zu thematisieren. Daher ist es wichtig, daß es von möglichst vielen NROs und Gruppen, die in diesem Bereich aktiv sind, aber auch von wichtigen gesellschaftlichen Institutionen wie Kirchen, Gewerkschaften, politischen Parteien, die auch finanzielle Unterstützung geben können, unterstützt wird. Außerdem soll ein internationales UnterstützerInnen-Komitee bekannter Persönlichkeiten gegründet werden.

Wir halten ein solches Tribunal für dringend erforderlich, weil das Asylrecht in Europa, vorangetrieben besonders durch die Politik der BRD, GB und Frankreichs, die grundlegenden Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen verletzt. Wir sehen in diesem Tribunal aber nicht nur eine gute Möglichkeit, eine breite Öffentlichkeit zu schaffen, sondern auch eine Chance, unsere Kräfte zu bündeln – nicht nur innerhalb der BRD sondern auch auf der europäischen Ebene – um gemeinsam der Politik der Herrschenden etwas entgegenzusetzen. Die Realisierung eines solchen Tribunals soll nicht unser Ziel, sondern eine gemeinsame Basis sein, auf der wir unsere weitere gemeinsame Arbeit aufbauen können.

Wir hoffen, daß sich möglichst viele politisch aktive Gruppen und Organisationen an der Vorbereitung des Tribunals beteiligen. Wir sind auf Eure Unterstützung durch Ideen, die Dokumentation von Fallbeispielen, falls möglich auch finanzielle Hilfe angewiesen!

Irmgard Geyer (Vorbereitungsgruppe)

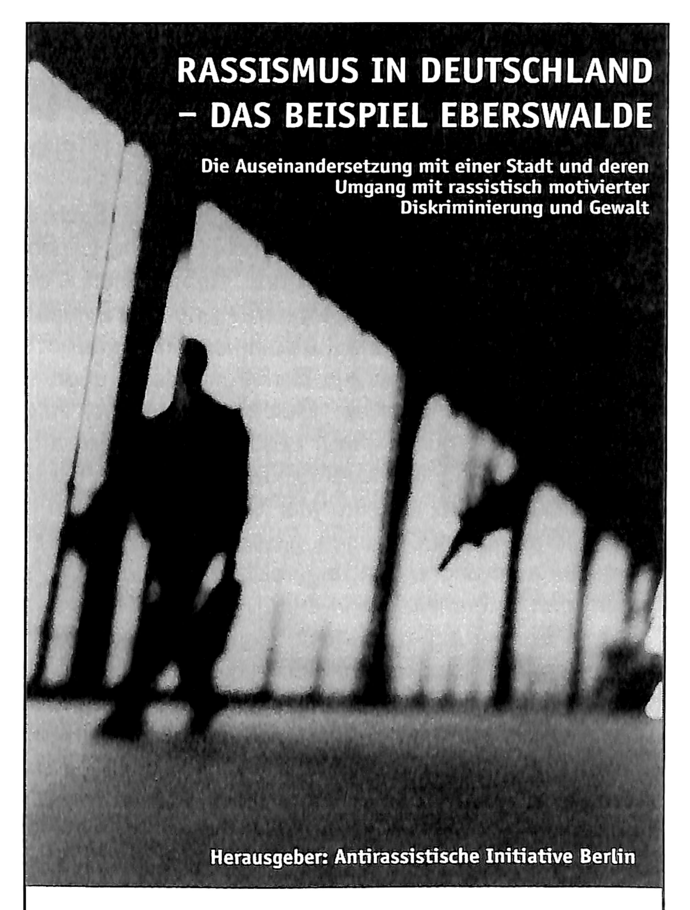
Am 25.3. findet im Saal der Heilige-Kreuz-Gemeinde, Nostizstr. 6–7, 10961 Berlin, um 11.30 eine Pressekonferenz, anschließend um 19.00 eine Informationsveranstaltung statt. Anwesend werden u.a. der Präsident der Basso-Stiftung, Herr Rigaux, und Elmar Altvater sein.

Weitere Informationen und ein vorläufiges Programm können unter folgender Kontaktadresse angefordert werden:

Sekretariat zur Vorbereitung des Basso-Tribunals, c/o Vereinigte Linke, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165,10117 Berlin, Ansprechpartner: Rainer Leffers, Wahid Wahdatehagh, Tel: 030/6149404, Fax: 030/6154534, (erreichbar am besten: Mo.-Fr. 11-15 Uhr) Das vorläufige Programm findet ihr zusammen mit diesem Text auch in unserer E-Mail-Sonderausgabe in /CL/MENSCHENRECHTE/EUROPA.

Spenden auf folgendes Konto sind dringend erwünscht: Antirassistische Initiative e.V.

Bank für Sozialwirtschaft, Kto.Nr.: 3039605, BLZ: 10020500, Stichwort: Basso-Tribunal!



Dokumentation zum Mord von Amadeu Antonio

Aus dem Inhalt:

Rassismus und Rechtsextremismus vor Gericht
Das Verhalten der Polizei
Eine antirassistische Demonstration
Die Reaktionen einer Stadt
Zur Situation der ehemaligen VertragsarbeiterInnen

Die Broschüre erscheint im März 1994. Sie kann bei der Antirassistischen Initiative (vor)bestellt werden und wird gegen Überweisung von DM 10,- plus Porto auf das Konto der Antirassistischen Initiative e.V. zu beziehen sein.
WiederverkäuferInnen erhalten 20% Rabatt.
Staffelpreise nach Vereinbarung.
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
Kto-Nr.: 3039602 Bankleitzahl: 100 205 00

Broschüre: Multimillionär Frey und seine DVU

Informationen über die größte neofaschistische Organisation.
2. stark ergänzte und erweiterte Auflage

1 Ex. 6,-	+ 2,50 Porto
ab 10 Ex. 4,80	+ 4,50 Porto
ab 20 Ex. 4,20	+ 6,- Porto (Paket)

Broschüre: Geschichte wird gemacht – Der Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn

HerausgeberInnen: Autonome Infogruppe und AG Bögelein Neumünster. Dezember 1993, 52 Seiten A5

1 Ex. 4,-	+ 1,50 Porto
ab 10 Ex. 6,40	+ 5,- Porto (Paket)
ab 20 Ex. 5,60	+ 7,- Porto (Paket)

Bezug: nur gegen Vorkasse (bar/Scheck) oder durch Überweisung
Bestelladresse: Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, fax 0431/577 056
Überweisungen an: M. Schmidt, Postgiroamt Hamburg, Kto.-nr. 686899-205, BLZ 200 100 200

Die »humanitäre Lösung« für ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen

Ein Szenarium für Austreibungen von MigrantInnen, jetzt und künftig

25. November 1993, Oybin im Zittauer Gebirge (Sachsen), Ort der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern. Vielleicht 120 Vietnamesinnen und Vietnamesen – ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen – und ihre SympathisantInnen, Deutsche und Lateinamerikaner, waren mit zwei Bussen und Pkw aus Berlin und Zittau angereist, um ihrer Forderung für ein Bleiberecht Ausdruck zu geben, nach der »humanitären Lösung« für VertragsarbeiterInnen aus Angola, Mozambique und Vietnam, die sich dieselben Innenminister im Mai '93 hatten einfallen lassen. Ohne sich zu bewegen, geschieht nichts, haben sie sich gedacht und waren angereist, um sich und ihr Problem den Innenministern in der Idylle des Zittauer Gebirges in Erinnerung zu bringen. Herr Eggert, der sächsische Innenminister, mußte sich zunächst gedulden, ehe er seine freundlichen, den Demonstrierenden zugedachten Gesten anbringen konnte: Wir bleiben alle, hieß es lautstark, ein Spruch, der einem Politiker mit Ostherkunft aus der Zeit um '89 bekannt gewesen sein und Assoziationen erregt haben dürfte.

Bloß: Ganz so einfach ist das nicht mehr am Ende des Jahres 1993, weder für Herrn Eggert, noch für die Demonstranten. Diese stehen immerhin so ziemlich alle vor ihrer Austreibung, nach teilweise jahrelanger Arbeit und Sorge in ihrem »Gastland« – kraft der »humanitären Regelung« der Bundesrepublik Deutschland. Und sie hatten doch gar keine humanitäre Regelung gewollt; ihnen war es um eine Aufenthaltserlaubnis gegangen, um das fortsetzen zu können, was sie seit Jahren hier taten: arbeiten und sich sorgen. Jener, Herr Eggert, jetzt Innenminister im Freistaat Sachsen, hatte jetzt Politik zu machen und sein mit den Sorgen der auszutreibenden VertragsarbeiterInnen von ehedem fühlendes Herz zu beruhigen. Dafür die freundlichen Gesten. Die Politik: Die angemeldete und vom Landratsamt Zittau genehmigte Demonstration war nach Abfahrt der Busse aus Berlin verboten worden – schriftliche Begründung folgt. »Engagement« eines Rechtsbeistandes aus dem Bus heraus, um gegen das Verbot eine einstweilige Verfügung zu erwirken, und tatsächlich fiel das Verbot zwei Stunden vor Demo-Beginn dank mannigfacher Bemühungen. Politik und Geste (und die Polizei als Dritter im Bunde: Die SympathisantInnen aus Zittau sollten offenbar noch nach Demo-Ende einen Denkzettel erhalten, als ob sie den gebraucht hätten: rüde angegangen, das Fahrzeug von oben bis unten gefilzt – das Übliche [?], das nicht hingenommen wurde).

Die Gesten: Einladung von VertreterInnen der Demonstrierenden zum Gespräch mit Alfons Ziel (Brandenburg) und Heinz Eggert, heißer Tee für die DemonstrantInnen vor der Tür.

Das Anliegen der Demo wurde übermittelt – und ist auch nach dem Gespräch in allen inhaltlichen Punkten so aktuell, so akut wie vorher:

1. Bleiberecht statt »humanitärer Lösung«

Änderung der Regelung mindestens dahingehend, daß eine Gleichbehandlung mit den »Gastarbeitern« der alten BRD gemäß Ausländergesetz per 31. 12. 1990 ermöglicht wird. Das bedeutet: Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gemäß den allgemeinen Bedingungen des zu diesem Zeitpunkt gültigen Ausländergesetzes. Die bisherige Aufenthaltsbewilligung sowie die Aufenthaltsbefugnis gemäß Regelung des Bundesrates vom 17. Juni 1993 stellt eine restriktive Anwendung des seit 1. 1. 1991 gültigen Ausländergesetzes auf die VertragsarbeiterInnen dar.

2. Schluß mit der restriktiven Auslegung der §45 – §48 AuslG.

Die gegenwärtige Ausweisungspraxis, insbesondere in Berlin, geht einher mit einer massiven Kriminalisierung ausländischer BürgerInnen und einer äußerst restriktiven Interpretation von Straftatbeständen – Ausweisungen werden rigoros verfügt, ohne Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit von Vergehen, ohne die auch im Strafrecht sonst übliche und humanitäre Berücksichtigung ihrer Umstände und Ursachen. »Generalprävention« heißt die Erklärung der Behörden. Wann ist es soweit, daß Mundraub an Straßenbäumen zum Ausweisungsdelikt avanciert?

3. Aufhebung der Befristung der Regelung mit Datum vom 17. Dezember 1993

mit dem Ziel, eine Bleiberechtsregelung zu erarbeiten und in Kraft zu setzen, die die angestrebte soziale Integration der ehemaligen VertragsarbeiterInnen rechtlich unterstützt.

Das Resultat aller Bemühungen um das Bleiberecht für die ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen war: Verlängerung der Geltungsdauer der »humanitären Lösung« um vier Monate, bis zum 17. April 1994.

Der Hintergrund selbst für diese Fristverlängerung ist allerdings mehr als makaber, wenn man weiß, daß diese Beruhigungspille für die Betroffenen und für alle mit ihnen um ihr Bleiberecht Kämpfenden (von den Kirchen bis zu Kommunalpolitikern) durchaus nicht irgendwelchen Bemühungen der Innenminister um einen Konsens in der Sache geschuldet ist: Tatsächlich steht dahinter die Weigerung der vietnamesischen Regierung, Vietnamesinnen und Vietnamesen wieder aufzunehmen, die nicht freiwillig ein Einreisevisum beantragt haben. Sämtliche Erklärungen der Innenminister von Bund und Ländern in Sachen Aufenthaltsregelung für ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen sind darum auch gekoppelt mit einer Aufforderung an das Außenministerium, den gegenwärtig von Vietnam ausgehenden Aufnahmestopp auf diplomatischem Wege zu beseitigen. Der angemahnte Erfolg im Poker um die (finanziellen) Bedingungen für die Aufnahme von ausgewiesenen Vietnamesinnen und Vietnamesen (auch denjenigen von ihnen, deren Ausweisung bereits rechtskräftig ist und die dennoch nicht ausreisen können) durch Vietnam in Richtung Außenamt geschieht nicht klammheimlich: Die Presseerklärung der Innenminister vom 26. November '93 äußert diesen Sachverhalt klipp und klar und ist ein Musterbeispiel für transparente Politik. Als Druckmittel wird auch gleich empfohlen, den »Entwicklungshilfe«-Hebel wirksam anzusetzen.

Gerade das sollte zu denken geben: Die offizielle Politik scheut die Öffentlichkeit nicht. Diese offizielle Politik kann mit den Mahnungen all derjenigen leben (und sie schlicht ignorieren), die aus unterschiedlichen Richtungen kommen, ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen den »Gastarbeitern« der Altbundesländer gleichstellen wollen

und fordern, ihnen eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, so daß auch sie mit günstigeren Ausgangspositionen ihr Leben in ihrer Wahlheimat einrichten können. Bemerkenswert ist, daß sich vor allem ostdeutsche Kommunen und ihre Politiker für eine echte Chance aussprechen, die »DDR-Gastarbeiter« sozial zu integrieren (unter anderem die Bürgermeister der Stadtbezirke von Berlin, in denen der Großteil von VertragsarbeiterInnen nach wie vor in Wohnheimen lebt, der Ausländerausschuß beim Rat der Stadtbezirksbürgermeister von Berlin).

Genauso bemerkenswert: Bereits auf Landesebene folgen die meisten PolitikerInnen der konservativen Lesart bei der Beurteilung von Sache und Zukunft der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen. Der Tenor im Berliner Abgeordnetenhaus ist dabei: Diese VertragsarbeiterInnen hätten immer gewußt, daß sie nur befristet hier arbeiten würden. Die »humanitäre« (natürlich ohne Anführungszeichen gesprochen) Lösung sei das Äußerste (Dr. Gewalt, ausländerpolitischer Sprecher der CDU). In der Sache identisch äußert sich die sozialpolitische Sprecherin von Bündnis 90/AL. Und der ausländerpolitische Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus weiß gar nicht, was denn noch gewollt wird, wenn erneut zu Solidaritätsveranstaltungen aufgerufen wird. Einzig die PDS hat einen entsprechenden Antrag eingebracht, der die Interessen der Betroffenen reflektiert; mit wenig Chancen, wie die Mehrheitsauffassung klar macht.

Die offizielle Politik in Sachen ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen bewegt sich auf einer Welle, die die Ausgrenzung aller Gruppen von BürgerInnen vorantreibt, die in den vergangenen Jahrzehnten aus anderen Ländern kommend, ihren Lebensmittelpunkt in die BRD verlegt haben, ob als Flüchtlinge oder ArbeitsmigrantInnen.

Insofern ist die heutige Situation dieser VertragsarbeiterInnen ein Indikator dafür, daß die in den letzten Jahrzehnten insbesondere von den ArbeitsmigrantInnen der 60er und 70er Jahre erkämpften, rechtlich fundierten Chancen zu einer sozialen Integration in der Wahlheimat BRD wieder verlorengehen. Das neue Ausländergesetz vom 1.1.1991 mit seiner Aufenthaltsbewilligung, der zweckbedingten Aufenthaltsgenehmigung, die erlischt bei Beendigung des Aufenthaltszweckes, nimmt die Möglichkeit zurück, den Aufenthaltsstatus innerhalb bestimmter Zeiträume zu verfestigen und damit Rechtsansprüche auf soziale Leistungen zu erwerben. Das Rotationsprinzip bei ArbeitsmigrantInnen erhält auf diese Weise erneut Geltung und Rechtsgrundlage. Wer zu Arbeitszwecken hier lebt, hat das Land zu verlassen nach Auslaufen des Vertrages bzw. im Falle der Arbeitslosigkeit. Die Sklavenhaltermentalität des Stammes hierzulande wird bedient und ist offenkundig mehrheitsfähig. Die DDR-VertragsarbeiterInnen sind die ersten Opfer dieses neuen Ausländergesetzes; sie erhielten die Bewilligung.

Die Bewilligung hätte aber nicht erteilt werden dürfen, denn in der Sache – zweckbedingter Aufenthalt – war die Situation der VertragsarbeiterInnen verändert worden: Auf Verordnungswegen der letzten DDR-Regierung konnten VertragsarbeiterInnen nach Verlust der Arbeit gegen Abfindung ausreisen oder bis zum Ende der ursprünglichen Vertragsdauer Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis für einen neuen Job auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt bzw. Anspruch auf eine Bildungsmaßnahme erheben. Den Schlußstrich für den Aufenthalt und Bewilligungszeitraum setzte dennoch die ursprüngliche Vertragsfrist.

Diese Tatsache, sowie der Fakt, daß die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen für ArbeitsmigrantInnen am 3. Oktober 1990 – der Tag, an dem die DDR- in BRD-Aufenthaltsgenehmigungen umgeschrieben werden mußten – noch gar nicht geltendes Recht war, hat den Kampf um ein bedingungsloses Bleiberecht für die ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen, für eine Aufenthaltserlaubnis, zu Beginn bestimmt.

Am Ende dieses Kampfes soll nun die »humanitäre« Lösung stehen, nach der die ehemaligen Vertragsarbeiter/innen aus DDR-Zeiten, auch da eingeschränkt auf die Herkunftsländer Angola, Mozambique und Vietnam, den Status der Befugnis erhalten, vorausgesetzt, sie haben Arbeit oder Anspruch auf Arbeitslosengeld?

Wer – jetzt – am 17. April 1994 diese Bedingungen nicht erfüllt, wird die Ausweisung erhalten.

Die grundsätzlichen Forderungen aus den Aktionen für ein bedingungsloses Bleiberecht, generelle Erteilung der Aufenthaltserlaubnis und einer besonderen Arbeitserlaubnis, scheinen nicht politikfähig zu sein, wenigstens dort nicht, wo die Entscheidungen getroffen werden.

Unterdessen reduziert die Ausländerpolitik der Regierenden die soziale Existenzfähigkeit der Betroffenen systematisch weiter – und Betroffene sind eben nicht nur die ehemaligen VertragsarbeiterInnen, sondern alle Gruppen von MigrantInnen. Wenn die Arbeitserlaubnisverordnung im Rahmen der »humanitären« Lösung für VertragsarbeiterInnen teilweise entschärft wurde, insofern nach Prüfung des Arbeitsmarktes und Verweigerung der allgemeinen Arbeitserlaubnis die besondere Arbeitserlaubnis erteilt werden kann, steht dem entgegen die Weisung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom Herbst '93, die den prozentualen Anteil ausländischer Beschäftigter im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft von Firmen festschreibt. Diese Ausgrenzung von MigrantInnen ist für ehemalige VertragsarbeiterInnen, die auf Arbeitssuche sind, existenzbedrohend, denn sie erhalten die Aufenthaltsbefugnis für zwei Jahre nur, wenn sie eine Arbeit nachweisen können. Sie bekämen ja eine Arbeitserlaubnis für diesen Job, nur darf der Firmeninhaber sie nicht einstellen, es sei denn, er entließe einen anderen Ausländer.

Was hier auf dem Verordnungswege geschieht, ist die faktische Ausgrenzung von AusländerInnen, einschließlich derer, die über die Aufenthaltsberechtigung verfügen: Obwohl diese nicht einmal eine Arbeitserlaubnis brauchten, wird ihnen auf diese Weise der Zugang zum Arbeitsmarkt eingeengt, wenn nicht versperrt und ihre schrittweise Austreibung aus ihrem bisherigen Lebenskreis betrieben.

Die ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen trifft diese Situation besonders hart, es wird viele andere Migrant/innen treffen und ist nur ein Anfang einer Politik, die AusländerInnen, MigrantInnen, rechtlich wie institutionell um die Früchte ihres bisherigen sozialen Integrationsprozesses bringen wird.

Die Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen ist tatsächlich nach der »humanitären« Lösung katastrophaler denn je.

Diejenigen von ihnen, die in der Zeit des DDR-Umbruchs ihre Arbeit verloren hatten, anfangs ohne Arbeitslosengeld dastanden bei gleichzeitig »kostendeckend« steigenden Mieten (von 30,-DDR-Mark auf über 230,-DM, wenig später über 400,-DM für ein 15-qm-Zimmer im Wohnheim), die in dieser Situation ihren Überlebens-

kampf mittels Verkaufs geschmuggelter Zigaretten betrieben haben und ertappt wurden, erhalten heute von der Berliner Ausländerbehörde regelmäßig ihre Ausweisung. Und die regierungsoffizielle Mär vom kriminellen Ausländer paßt gut für die Austreibungspolitik; wo bleibt die regierungsoffizielle Statistik über die Benachteiligungen von MigrantInnen, die ihre sozialen Nöte verursachen?
Statt dessen wird die Aushebelung der ohnehin fragwürdigen Abschiebeparagraphen des AuslG. betrieben: 2 1/2 Stangen Zigaretten, ertappt, generalpräventive Abschiebung – das ist keine tendenziöse Erfindung, sondern Erfahrungsfall aus der Beratungspraxis, dessen sich Rechtsanwälte annehmen mußten – bis zur Verfassungsklage.
Parallel dazu die polizeiliche Praxis in den Wohnheimen, in denen vor allem VertragsarbeiterInnen leben: permanent Razzien, Zimmerdurchsuchungen, Festnahmen, teils äußerst brutal. Die Verängstigung bei den Betroffenen ist erschütternd. Zuletzt (26. Januar 94) wurde ein vietnamesischer Vertragsarbeiter mit seinem im Vorjahr von Jugendlichen erwerbsunfähig geschlagenen Freund beim Umzug Wohnheim – neue Wohnung (!) verhaftet und körperlich attackiert; sein geschädigter Freund blieb siebeneinhalb Stunden in Gewahrsam – trotz Hinweises auf seinen erheblichen Körperschaden.
Und: Um die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise bei Ausgewiesenen zu »entwickeln« – zur Erinnerung: Vietnam läßt nur sie einreisen –, gibt es seit Ende vorigen Jahres darüber hinaus noch eine weiteres aktiv praktiziertes Druckmittel: Verweigerung der Zahlung von Sozialhilfe für Ausgewiesene (siehe Exempel des Verkaufs jener 2 1/2 Stangen Zigaretten), deren Rechtsschutzklage abgewiesen worden ist. Beispiele dafür aus den Sozialämtern von Berlin-Marzahn und Lichtenberg. Wie lange und wie ist diese Situation von Betroffenen durchzuhalten?
Wie ergeht es Frauen, die sich unterstanden haben, ein Kind zu kriegen? Die »humanitäre« Lösung sieht sie nicht vor: Haben sie Arbeit, erhalten sie die Befugnis; und wer nicht arbeiten kann, weil hochschwanger oder eben entbunden?
Und wie ergeht es jenen, die Arbeit und die Aufenthaltsbefugnis haben dank »humanitärer« Lösung?
Seit Anfang diesen Jahres gilt eine Veränderung von § 1 Art. 3 des Bundeskindergeldgesetzes: Nur wer die Aufenthaltsgenehmigung mit Namen Aufenthaltserlaubnis und »höher« hat, hat auch Anspruch auf die Zahlungen von Kindergeld. Für ehemalige DDR-Vertragsarbeiter/-innen mit Aufenthaltsbefugnis ist dieser Anspruch per 31. 12. 93 erloschen. »Humanitäre« Lösung für ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen?
Einschüchterung durch Behörden aller »Disziplinen« und per Recht und Gesetz – das ist die Realität der »humanitären« Lösung zum gegenwärtigen Zeitpunkt.
Wer will es derart und immer wieder – selbst nach dem »Fortschritt« dieser »humanitären« Lösung – gebeutelten und herumgestoßenen Menschen verdenken, wenn ihnen Kraft, Mut sinken, wenn sie am Ende sind – ständig gefährdet, weil ständig Objekt »präventiver« staatlicher Gewalt (Razzien). Wer will es ihnen verdenken, daß sie täglich zurückhaltender werden, auch und gerade wenn es um den Kampf für ein bedingungsloses Bleiberecht geht? Wir haben nicht den Mut, ihnen ihre sehr wirklichen Ängste zum Vorwurf zu machen, und wir können Kampagnen auch für ihr bedingungsloses Bleiberecht nicht auf ihrem Rücken austragen.
Dennoch muß es vorangehen in diesem notwendigen Kampf um ein Bleiberecht ohne Wenn und Aber für die ehemaligen Vertragsarbeiter der ebenso ehemaligen DDR. VertragsarbeiterInnen – sie sind kein Sonderfall. An ihrer Situation werden nur besonders deutlich und merkbar die vielfältigen Methoden einer Politik, die auf Ausgrenzung, soziale Isolierung, zuletzt Austreibung von MigrantInnen aus ist, die in der BRD ihr Leben leben wollen. Die vielgestaltigen Mechanismen, die die Regierenden zu ihrem Zwecke in Bewegung setzen, gefährden alle MigrantInnen existentiell. Der Kampf um das Bleiberecht für ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen ist ein Kampf gegen die massive Ausgrenzung aller MigrantInnen, eine Auseinandersetzung für echte Chancen zur sozialen Integration bis zu ihrer sozialen Gleichberechtigung in der Bundesrepublik
Insofern werden sich alle bisher am Aktionsbündnis für das Bleiberecht der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/-innen Beteiligten, jeder für sich, besser: alle gemeinsam, überlegen müssen, wie sie die aktuelle Auseinandersetzung aktivieren wollen. MigrantInnen-Organisationen wie der Bund der EinwandererInnen aus der Türkei in Berlin und Brandenburg haben offenkundig die Tragweite dieser Auseinandersetzung von Anfang an gesehen und sich in jedem Moment des Bleiberechtskampfes solidarisch verhalten. Hier ist anzuknüpfen. Die Kirchen engagieren sich unseres Wissens auch zukünftig; sie sehen hier unter anderem eine notwendige Wirkungsbasis gegen die reale Fremdenfeindlichkeit. Viele Kommunalpolitiker engagieren sich für die soziale Integration der ehemaligen VertragsarbeiterInnen – nicht irgendwo, sondern in dem Kiez, für den sie Verantwortung tragen – und fordern rechtliche Grundlagen für diesen Integrationsprozeß von denen, die als Gesetzgeber gewählt wurden.
Wir sollten uns hier beteiligen, helfen, alle Engagierten an möglichst einen Tisch zu bringen, für ihre Auffassungen mehr Öffentlichkeit zu schaffen – damit die zuständigen PolitikerInnen zum Handeln gebracht werden – für ein Bleiberecht, das ein Anfang sein kann, die tatsächlichen Austreibungsambitionen im Keim zu ersticken.

Dietrich Lederer, Berlin

Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik

soeben erschienen:

Der Krieg der Apartheid in Angola und Mozambik

Eine Broschüre über die Bürgerkriege in Angola und Mozambik, deren Auswirkungen auf Bevölkerung und Entwicklung, und über die Chancen auf Frieden.

Gegen 5,-DM-Schein (keine Briefmarken!!!) plus 2,-DM Porto erhältlich bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Pf. 1219, 48348 Everswinkel.

anzeige

Überfall auf einen Nigerianer – der Prozeß

In der ZAG Nr. 7 stellten wir diesen Fall aus der Sicht des Zeugen D. dar.

Am 6. Januar 1994 fand der Prozeß gegen zwei Männer statt, die den Nigerianer Michael O. im August 1992 vor dem Café »Prenzlauer« in der Prenzlauer Allee mit mindestens 2 anderen Männern und unterstützt von einem drumherum stehenden Mob rassistisch beschimpft, provoziert, zusammengeschlagen und getreten haben. Ein Zeuge, der dem Nigerianer zu Hilfe kommen wollte, wurde ebenfalls tätlich angegriffen.

Das Verhalten der Polizei erscheint in diesem Fall äußerst fragwürdig:

★ Die Polizei wurde mindestens dreimal von unterschiedlichen Personen zu Hilfe gerufen, erschien aber erst ca 25-30 Min. nach dem ersten Anruf, obwohl ein Polizeirevier in unmittelbarer Nähe liegt.

★ Ein vorbeikommendes Polizeifahrzeug stoppte auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Die Beamten schauten dem Geschehen zu ohne einzugreifen, obwohl sie nachdrücklich von zwei Zeugen dazu aufgefordert wurden.

★ Am Tatort schien sich die Polizei mit der Suche nach den Tätern viel Zeit zu lassen. Die Aussage eines Zeugen, der im Mob noch einen dritten Täter wiederzuerkennen glaubte, wurde von einem verantwortlichen Polizisten zurückgewiesen mit der Erklärung, sie hätten schon ausreichend Zeugen.

★ Der Nigerianer O. wurde nach dem Überfall von der Polizei zum Krankenhaus Friedrichshain gefahren, wo er aber nur gewaschen und nicht behandelt wurde. Die Polizei nahm ihn gleich wieder zur Protokollaufnahme in das Revier in der Schönhauser Allee mit. Dort mußte O. 2 bis 3 Stunden auf dem Korridor warten, obwohl er immer noch am Ohr blutete. Die Frau des Nigerianers wurde trotz seiner Bitte nicht von der Polizei benachrichtigt. Aufgrund erlittener Verletzungen mußte sich O. später nochmals vier Tage stationär im Krankenhaus behandeln lassen.

Im Prozeß:

Beide Angeklagten gestanden die Tat, konnten aber keinerlei Motive dafür nennen. Einer der beiden wies den Vorwurf, es handle sich um ein rassistisches Motiv, weit von sich. Der Entschuldigungsbrief, den er an den geschädigten Nigerianer einen Monat vor der Verhandlung schrieb, wirkt aufgesetzt und wie vom Rechtsanwalt zur eigenen Entlastung empfohlen. In der Beweisaufnahme ging es dem Richter sehr deutlich nur um die Zahl und Art der von den Angeklagten getätigten Schläge und Tritte. Die feindselige Stimmung in und vor dem Cafe fand kein gesondertes Interesse.

Nachdem etwa 5 von 10 Zeugen angehört wurden, verzichtete das Gericht auf die Aussagen der verbliebenen Zeugen und verhinderte damit, ob gewollt oder ungewollt sei dahingestellt, daß das Verhalten der Polizei, besonders der Beamtin im Einsatzfahrzeug, die sich weigerte, in das Geschehen einzugreifen, zur Darstellung kommt.

Auffällig war auch, daß das Gericht und der Staatsanwalt von einer ausgewogenen »Schlägerei« sprachen und dabei, wie der Anwalt der Nebenklage bemerkte, außer acht ließen, daß nur der Nigerianer O. schwere Verletzungen davontrug, während den anderen keine Verletzungen anzusehen waren.

Im Urteil folgte das Gericht weitgehend den Anträgen der Staatsanwaltschaft und verhängte eine Strafe von 5 bzw. 7 Monaten Freiheitsentzug, die für 2 Jahre auf Bewährung ausgesetzt wurde. Im Gegensatz zum Staatsanwalt, der mit keinem Wort auf die angeheizte feindselige und rassistische Stimmung in und vor dem Cafe eingeht, räumt der Richter ein, daß die Tat wahrscheinlich nicht in der Form stattgefunden hätte, wäre der Geschädigte nicht ein Schwarzer gewesen.

Antirassistische Initiative, AG Rassismus und Polizei

Staatsanwaltschaft ermittelt erneut im Fall Amadeu Antonio

Frankfurt/Oder (dpa/bb), 6.1.1994

Im Fall Amadeu Antonio hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder erneut Ermittlungen aufgenommen.

Eine Sprecherin bestätigte dpa am Donnerstag den Eingang einer Strafanzeige der Antirassistischen Initiative Berlin vom 15. Dezember 1993. Die Akten wurden zur weiteren Ermittlung der Polizei übergeben, hieß es.

Bei dem Überfall waren in der Nacht vom 25.November 1990 mehrere Ausländer schwer verletzt worden. Amadeu Antonio starb wenige Tage später an den Folgen der brutalen Mißhandlungen. Wegen der Tötung des Vertragsarbeiters waren sechs Täter zu Strafen zwischen zwei Jahren auf Bewährung und viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Gegen zwei Polizeibeamte, die tatenlos zugesehen hatten, war Anklage erhoben worden.

Die Antirassistischen Initiative hatte Strafanzeige gegen 21 namentlich bekannte Teilnehmer des Angriffs rechtsextremer und neonazistischer Jugendlicher und Erwachsener gestellt.

anzeige

PERSPEKTIVEN

INHALT

Editonal
Alte Fratze oder neues Antlitz?

Redaktionskollektiv
Strategien des deutschen Nationalismus

Judy Gummich
Als Schwarze diskriminiert - als Deutsche ignoriert
Schwarze Deutsche

Carl Wechselberg
VertragsarbeiterInnen - Rassismus in der DDR

Urte Sperling
Alte und Neue Eugenik

Lars Rensmann
Auf den Spuren der Dialektik von Negation und Utopie

Patricia Hill Collins
Die unbeantwortete Geschlechterfrage bei Malcolm X

Audre Lorde
Auszug aus "Gefährtinnen ich grüße euch"

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängige linke Theoriezeitschrift mit 2-3 Ausgaben pro Jahr. Das Einzelheft kostet 6 DM im Abo 5 DM. Die PERSPEKTIVEN erscheinen im Selbstverlag in Berlin.
Das Redaktionskollektiv besteht z.Zt. aus Volker Finthammer, Ralf Fischer, Jörg Neumann, Albert Scharenberg, Ralf Tertilt, Carl Wechselberg und Ralf Wiegand
Redaktionsadresse: PERSPEKTIVEN, Methfesselstr. 5, 10965 Berlin, Tel: 030 - 786 02 64
Bankverbindung: Sonderkonto PERSPEKTIVEN Ralf Tertilt, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, KtoNr. 610 018 736

Was uns die bundesrepublikanische Presse sonst noch vorenthält

oder

In ZAG 7 beschäftigten wir uns damit, in welcher Form die Medien dazu beitragen den rassistischen Konsens in der Gesellschaft zu stützen (vgl. besonders Teun A. van Dijk: »Eliten, Rassismus und die Medien«). Am 14.12.1993 führte die Polizei, unterstützt von BGS- und Zoll-BeamtInnen, eine Großrazzia in einem Flüchtlingsheim in Diedersdorf durch. Über diese »Aktion« wurde in Tageszeitungen und Radio breit berichtet – allerdings griffen die JournalistInnen dabei – wie meist in solchen Fällen – fast ausschließlich auf die vorliegenden Polizeiberichte zurück.

Bereits im November gab es im Diedersdorfer Wohnheim Auseinandersetzungen, damals jedoch etwas anderer Art. An jenem Tag trat das neue Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft, mit dem ein »neues« Existenzminimum für Flüchtlinge weit unterhalb der Sozialhilfe etabliert wurde. An Flüchtlinge, die sich weniger als 12 Monate in der BRD aufhalten, wurde von diesem Zeitpunkt an die Sozialhilfe gekürzt und als Sachleistung »ausgezahlt«. Auch für die Diedersdorfer Flüchtlinge hieß das: ab jetzt kann nur noch im Magazin auf dem Heimgelände »eingekauft« werden. Dieser an drei Tagen in der Woche geöffnete Laden dient den Betreibern dazu, ihre teilweise schon verdorbene Ware zu überhöhten Preisen an die Flüchtlinge zu verhökern. Laut Gesetz haben Flüchtlinge, die mehr als ein Jahr in der BRD leben, das »Privileg«, ihre Sozialhilfe ungekürzt und als Geldleistung zu erhalten. Dies wird in Diedersdorf und anderswo rechtswidrig ignoriert, alle erhalten »Sachleistungen«. Kein Wunder, daß hier der Widerstand gegen die durch Wucherpreise faktisch vorgenommene Kürzung der gekürzten Sozialhilfe vorprogrammiert war. Die Flüchtlinge protestierten gegen diese diskriminierende Praxis auch bei den zuständigen PolitikerInnen Brandenburgs wie Hildebrandt und Stolpe. Sollte diese als »Großrazzia gegen die organisierte Kriminalität« verkaufte Aktion die Antwort auf den berechtigten Protest der Flüchtlinge gewesen sein?

Teilen der überwiegend auf Polizeiberichten beruhenden Medienberichterstattung möchten wir hier Aussagen aus dem Bericht der Augenzeugin S.G. gegenüberstellen [1], die auch an den folgenden Tagen Interviews mit den HeimbewohnerInnen durchführte:

»Bei einer Großrazzia in Diedersdorf nahe Seelow waren gestern rund 600 Einsatzkräfte von Polizei, Bundesgrenzschutz und Zoll im Einsatz. Sie riegelten gegen 6 Uhr früh das Gelände vollständig ab und durchkämmten es bis in die Abendstunden.« (Märkische Oderzeitung [2], 15.12.1993)

»Die Einsatzkräfte würden, so informierte Harald Pfeiler, jeden Raum kontrollieren. Eine erste Übersicht habe ergeben, daß sich zu Beginn der Aktion rund 250 von 450 Asylbewerbern in den vier Häusern des Objekts aufhielten. Nähere Angaben zur Vorgehensweise machte Staatsanwalt Pfeiler nicht.« (ASS [3], 15.12.1993)

SG: (...) Es waren real 103 Erwachsene und ca. 35 Kinder dort (Im Flüchtlingsheim, IG) – verteilt in vier Häusern, die verschieden stark belegt waren, pro Haus wohnten etwa 20–25 Personen. (...) Auf dem Gelände waren schwer bewaffnete, mit Maschinengewehren, Gummiknüppeln, Äxten und Beilen, aber auch mit Stahlhelmen, Gesichtsvisieren und Schußwesten ausgerüstete Beamte unterwegs.«

und: »Viele Flüchtlinge durften stundenlang nicht auf die Toilette gehen (...) Keine Mutter konnte zur Küche gehen, Trinkwasser holen oder Milch für das Baby warm machen. Familienväter blieben den ganzen Tag von ihren Kindern getrennt. Jede Bitte wurde abgeschlagen. Sie saßen in ihren Zimmern, hatten Kopf- und Blasenschmerzen und Angst. Sie konnten nicht verstehen, was hier los war. (...) Vor allem slawisch sprechende Menschen, Vietnamesen und Afrikaner behandelten sie »wie Freiwild«. Viele böse, demütigende Worte sind gefallen. Jede/r erzählte mir irgendetwas, was sie/ ihn persönlich verletzt hat.

Alle und alles im Zimmer wurde gefilmt. Nach der Ausweiskontrolle bzw. dem Einbehalten des Ausweises mußten sich die Flüchtlinge nackt ausziehen, auch die Frauen und Kinder.«

»Den relativ wenigen Bürgern und Schaulustigen bot sich auf dem für jeden Unbefugten nicht zugänglichen Gelände ein anscheinden ruhiges Bild. Außer Uniformierten und wenigen deutschen Zivilisten belebte die Szene so gut wie nichts.« (ASS, 15.12.1993)

SG: »Willkürlich öffneten sie (die BeamtInnen, IG) ohne Anklopfen die Türen, brüllten herum. Sie schlugen mit den Gummiknüppeln an die Gipswände, während die Kinder weinten und sich die Ohren zuhielten. Auf den Fluren war viel Lärm und viel Lachen. Sie spielten mit einer Katze oder machten Sportübungen. Sie rauchten viel. Einem 6-jährigen Kind, das sich nicht allein zur Toilette traute, wurde die Begleitung durch die Mutter untersagt.«

»Über konkrete Ergebnisse der Razzia konnte Staatsanwalt Pfeifer noch nichts berichten. Vage formulierte er, man habe in den ersten Stunden der Aktion vorwiegend Unterhaltungselektronik und Zigaretten gefunden, die Diebesgut sein könnten. Gleichzeitig werde man sich auf die Suche nach möglicherweise Tatverdächtigen konzentrieren.« (ASS, 15.12.1993)

SG: »(...) Jedes elektrische Gerät, jeder Fernsehapparat, für das keine Einkaufsquittung vorlag, wurde als eventuelles Diebesgut beschlagnahmt. Alle Papiere wurden durchwühlt, nicht einfach nur durchgeblättert, sondern die eingehefteten Blätter einzeln im Zimmer umhergeschmissen.« (...)

»›Ermittlungen in verschiedenen Straftaten haben uns auf die Spur Diedersdorf geführt‹, erläuterte vor Ort der zuständige Staatsanwalt Harald Pfeiler. Es handele sich dabei durchaus um den Verdacht auf organisierte Kriminalität. (...) Gleichzeitig vermuten wir im Objekt Diedersdorf auch den illegalen Aufenthalt von Ausländern. Es besteht der Verdacht auf illegale Einschleusung von Menschen.« (ASS, 15.12.1993)

SG: »Flüchtlinge meinten, sie kämen sich vor ›wie im 2. Weltkrieg‹. ›Ich dachte, jetzt bin ich ein jüdischer Mensch‹, sagte einer. Ein anderer meinte: ›90% der Polizisten sind nicht gut, 10% sind gut. Ich glaube, alle sind rechtsradikal.‹ Sehr schlimm war es für sie, daß sie alle wie Kriminelle behandelt wurden. Mit einem Schild vor der Brust wurden alle Erwachsenen und ein 15-jähriges Mädchen 3x fotographiert, von vorn, von den beiden Seiten. Von jeder/jedem wurden zweimal Fingerabdrücke gemacht. Viele befürchteten eine anschließende Massenabschiebung.«

»Bei der Großrazzia im Asylbewerberheim Diedersdorf sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft Frankfurt/ Oder 29 Verdächtige festgenommen worden, gegen mehrere von ihnen Haftbefehl vollstreckt worden.« (MOZ, 16.12.1993)

SG: »Ich bin dann dem BGS-Bus hinterhergefahren. Er fuhr auf mir unerklärlichen Wegen nach Frankfurt/Oder. (...) Ich wurde hineingerufen und konnte über die beiden mir bekannten Flüchtlinge sprechen. Sie wurden noch am Abend auf freien Fuß gesetzt. Der Dritte ist auch wieder raus, er verbrachte dort die Nacht auf dem Fußbo-

Wie die Presse durch strenge »Selbstzensur« in den Wahlkampf eingreift

den, mit nur einer Wolldecke.(...) Ein anderer, inzwischen freigelassener Flüchtling erzählte, er habe eine Stunde lang nackt in einem Raum gesessen und sehr gefroren. Noch in Diedersdorf wurde aus seiner Aufenthaltsgestattung das Foto herausgerissen – von einem Beamten. (...) Mir ist völlig klar, der Ruf oder die Bitte nach einem Rechtsanwalt wird abgelehnt. Es sei denn der Flüchtling kann einigermaßen gut deutsch sprechen. (...) Ob die Menschenrechtsverletzungen und das Zertreten der Würde dieser Menschen ihnen und mir als geschehene Tatsachen geglaubt werden (...), wage ich zu bezweifeln.«

Die obige Gegenüberstellung spricht für sich. Bleibt die Frage, mit welcher Rechtfertigung große Teile der Presse so heftig Selbstzensur üben und welche gesellschaftliche Funktion dies erfüllt. Denn eines wird deutlich: die oben zitierten Zeitungsartikel (und übrigens auch entsprechende Radionachrichten, die hier nicht dokumentiert werden konnten) rücken vor allem die (angeblich das Asylrecht mißbrauchenden) AsylbewerberInnen und die »organisierte Kriminalität« so dicht zusammen, daß beide zu einer unauflöslichen Einheit verschmelzen. Da verwundert es denn nicht, wenn auch – oder gerade – die sog. Mitte der Gesellschaft in Flüchtlingen in erster Linie eine Bedrohung der Gesellschaft und für die eigenen Privilegien zu sehen meint – und nicht etwa in ihrer Existenz bedrohte Menschen, die ihr Recht auf menschenwürdiges Leben geltend machen. Die »Innere Sicherheit« Deutschlands sehen sie gefährdet – und nicht Leben und Gesundheit der hier lebenden Flüchtlinge, MigrantInnen, Schwarzer Deutscher und anderer gesellschaftlicher Minderheiten. Die abgewirtschafteten christdemokratischen Parteien wissen sehr genau, was sie tun, wenn sie gerade das Thema »Innere Sicherheit« zum Wahlkampfthema Nummer 1 machen und sie wissen noch besser, daß nichts mehr geeignet ist, dieses Thema öffentlich zu forcieren, als die hemmungslose und beständige Kriminalisierung von Flüchtlingen durch groß angelegte »Polizeiaktionen« und eine entsprechende Medienberichterstattung. Es ist nicht zu erwarten, daß die sozialdemokratische »Opposition« dem entgegensteuern wird. Eines sollte allen klar sein, die entsprechende Zeitungsartikel lesen – zwischen den Zeilen liegt mehr Wahrheit als im Fettgedruckten. Es sollte aber auch allen klar sein, die über entsprechende Vorfälle berichten, in welchem Kontext sie sich bewegen.

Was bleibt zu tun?

Wir halten es für sinnvoll, jegliche Meldung, in der Flüchtlinge, MigrantInnen, Schwarzen Deutsche oder anderen Minderheiten kriminalisiert werden, nicht unbeantwortet zu lassen. Schreibt LeserInnenbriefe, telefoniert mit JournalistInnen und Redaktionen, verfaßt Presseerklärungen! Wir müssen damit aufhören, die Presse als eine einheitlichen Block zu behandeln, sondern versuchen, mit denjenigen JournalistInnen, die gute Arbeit leisten, enger zusammenzuarbeiten und sie zu unterstützen. Daß die »»Innere Sicherheit« das Wahlkampfthema 1994 (und entsprechend in der Presse vertreten) sein wird, ist unabwendbar. Unsere Aufgabe ist es, uns rechtzeitig über Gegenstrategien Gedanken zu machen.

Irmgard Geyer/Andreas Lindhauer (Antirassistische Initiative/ZAG-Redaktion)

[1] »Großrazzia im Flüchtlingsheim Diedersdorf/Kr. Seelow« von Sabine Grauel, 20.12.1993 (mit SG abgekürzt).
[2] Märkische Oderzeitung
[3] Amtsblatt der Stadt Seelow

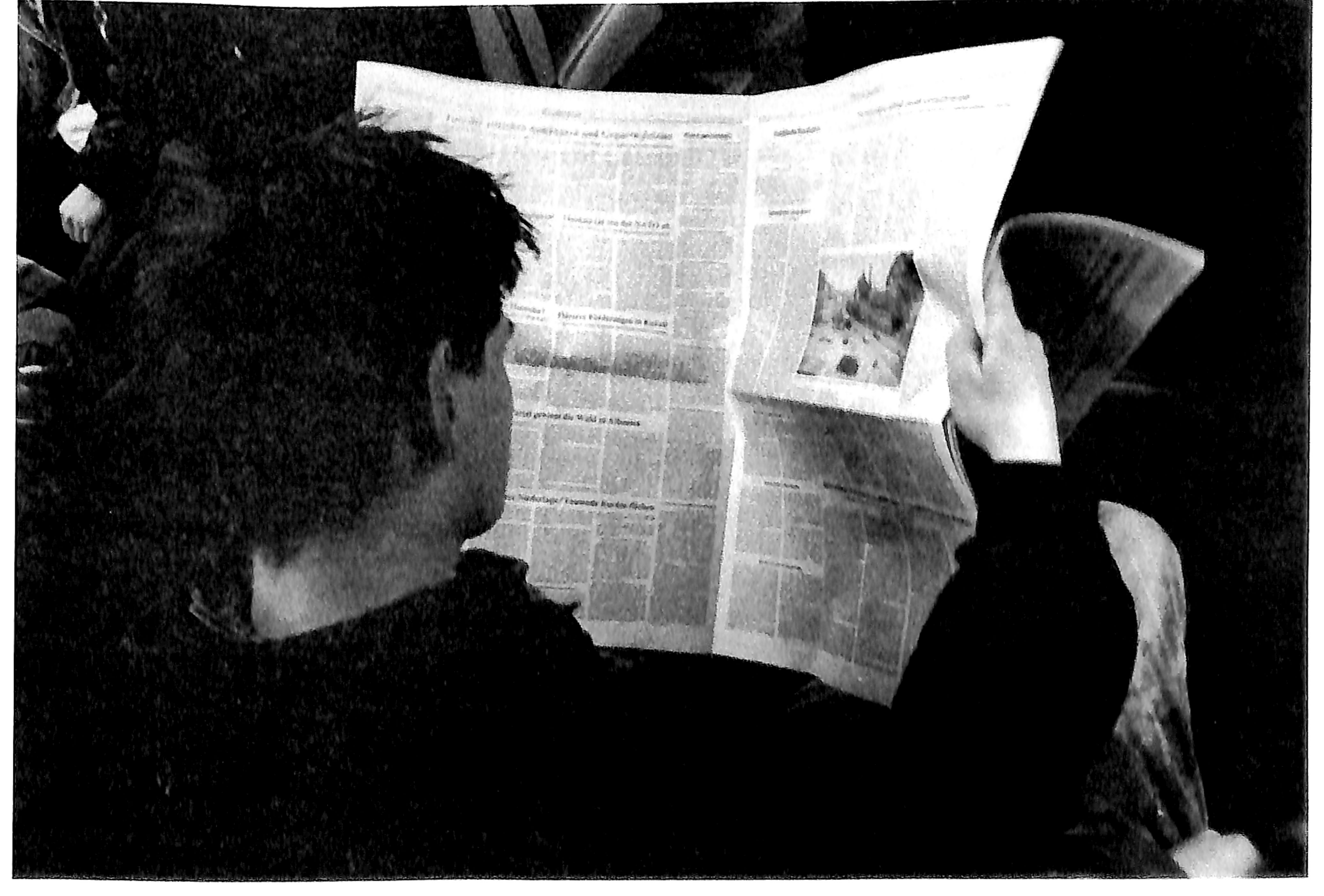


Foto: Umbruch-Archiv

Interview

Fritz Teppich zur Geschichte der »Kempinski«-Hotels

ZAG: Seit Dezember '93 finden vor dem »Kempinski«-Hotel am Kurfürstendamm wöchentlich Kundgebungen statt, um die Öffentlichkeit auf die Geschichte dieses Hotels aufmerksam zu machen und um eine Gedenktafel zu fordern, die an die Herkunft des jüdischen Firmennamens erinnert. Diese Mahnwachen sind nicht der erste Versuch, auf die Geschichte dieses Namens öffentlich hinzuweisen. Du hast schon früher versucht, darauf aufmerksam zu machen...

Fritz Teppich: Als ich 1946 nach Deutschland zurückkam, hatte ich eine Vollmacht meiner Schwester Mela Kempinski, um, wenn es nötig war, ihre Interessen zu vertreten. Aber natürlich hatte ich damals auch andere, existentiellere Sorgen und meine Schwester hat mich auch nicht aufgefordert, etwas Spezielles zu unternehmen. So sind die Jahrzehnte vergangen, aber 1980 erschien dann im »Tagesspiegel« eine Annonce, die war überschrieben mit: »1926–1952–1980: Die Zeit vergeht, das Schöne bleibt – Kempinski AG«. Das hat mich furchtbar aufgeregt, denn die Nazizeit war völlig ausgeblendet und es gab da wirklich nichts Schönes, was hätte bleiben können. Darauf habe ich dem Tagesspiegel eine Gegendarstellung geschrieben, die hat er nicht veröffentlicht. Ich schrieb eine zweite. Das ging dann hin und her. Der Grund: Die arische »Kempinski-AG« hatte der Redaktion geschrieben, sie dürften von mir weder Stellungnahmen im redaktionellen Teil noch im »demokratischen Forum« (der LeserInnenseite) veröffentlichen. Und der Tagesspiegel hat sich dran gehalten. So ein Maulkorb mag ja nicht ungewöhnlich sein, aber daß man das schwarz auf weiß gibt, und daß sich eine Zeitung wie der Tagesspiegel daran hält, das ist schon ungeheuerlich.

Schließlich hab ich gemerkt, daß ich viel zu wenig weiß. Ich bin dann zum Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg gegangen, und schließlich wurde mir genehmigt, drei Stunden in die Akten reinzuschauen. Dort habe ich einiges herausgefunden, aber mein Anwalt sagte mir dann: All das ist verjährt, da ist nichts mehr zu machen. Daraufhin hab ich das liegen lassen, hab gedacht: Alles passé, laß das laufen.

Aber die Sache ging dann doch weiter?

Ja, 1987, ich war zufällig auf der ITB, der Internationalen Tourismusbörse. Da hatte »Kempinski« einen großen Pavillon. Dort fand ich eine Chronik mit der Banderole: »1887–1987 – Kempinski-Hotels«. Es gab aber gar keine Kempinski-Hotels. Bis Mitte 1932 hatte die Firma Kempinski kein einziges Zimmer. Ganz zuletzt gab es ein Ausflugslokal, das Schloß Marquard, mit ein paar Zimmern. Aber die Hotelbetriebs-AG hatte Hotels, und in Wahrheit enthielt diese Broschüre deren Geschichte: Auf der ersten Seite gleich ein Bild von Kaiser Wilhelm und innen drin: die Stationen der Geschichte der Hotelbetriebs-AG. Da heißt es zu 1942: »Die Umsätze können gesteigert werden. Eine betriebsärztliche Betreuung der Belegschaft wird eingeführt. Langjährige, nicht arbeitsfähige Betriebsangehörige erhalten eine Zusatzrente«. Da hab ich die Kampagne dann neu begonnen, das war 1987 zum Berlin-Jubiläum.

Um dem etwas verwickelten Gegenstand gerecht zu werden, müssen wir wohl etwas genauer in die Firmengeschichten der beiden Unternehmen einsteigen. Du sagtest gerade, Kempinski sei vorher gar kein Hotel gewesen?

Kempinski war eine ganz andere Branche. »M. Kempinski & Co« war eine Weinhandels-, Delikatessen- und Restaurantfirma, eine jüdische Familienfirma, während die heutige »Kempinski-AG« nichts anderes ist, als die schwerst belastete Hotelbetriebs-AG, die vor 1933 im »Kaiserhof« Hitler das politische Hauptquartier in Berlin stellte. Und das war sicher auch nicht die einzige Form der Unterstützung. Diese Hotelbetriebs-AG ist dann 1977 unter den jüdischen Namen »Kempinski« geschlüpft. Das



Foto: Walnkan-Press

eine war eine Familienfirma, das andere ein Hotel-Konzern. Während die einen Opfer waren, waren die anderen Täter. Das sind ganz unterschiedliche Firmen. Die heutige hat mit der damaligen überhaupt nichts zu tun. Es ist das Gegenteil.

Wie ging die Arisierung der Firma und ihres Namens vor sich?

Unter dem Zwang der Verhältnisse – die Verfolgung der Juden hat ja nicht damit begonnen, daß man sie nach Ausschwitz ins Gas geschickt hat, hat auch nicht damit begonnen, daß man die Unternehmen einfach fortgenommen hat. Das ging ja in Stufen: Angefangen hat das damit, daß man durch Druck mit der Arisierung begann, daß ihnen der Beruf genommen wurde, also daß Juden nicht mehr als Anwalt arbeiten durften usw. Sie wurden ja auch nicht direkt abgeschoben, sie mußten auswandern – soweit sie das konnten. Nach der Berlin-Olympiade 1936 nahm die Aggression dann zu, verstärkte sich ungeheuerlich mit der Reichspogromnacht 1938, wurde dann im Krieg mit der Wannsee-Judenmord-Konferenz zu massenmörderischem Abschluß gebracht.

Wie sah das konkret bei Kempinski aus?

1937 wurde die Firma Kempinski, die durch die Krise bereits schwer zu schaffen hatte, weiter bedrückt, indem Banken ihr die Kredite verteuerten, indem die Reichsbranntweinverwaltung die Vertriebsrechte einschränkte. Sie mußten 1937 arisieren. Das war nicht »freiwillig«, das wurde herbeigeführt, es war aber auch nicht so, daß man einfach alles beschlagnahmte. Sinnfälligen Ausdruck fand die Arisierung übrigens in der Veränderung des Firmensignets: Aus dem K-Turm mit Stern wurde der K-Turm mit Traube. Daß dieses Arisierungssignet im Jahre 1994 immer noch auf den Kurfürstendamm hinunter schaut, daß der Senat das hinimmt, das finde ich schlimm.

Nach der Arisierung wurde die Firma aufgespalten in eine OhG und eine GmbH mit Paul Spethmann, das war der Finanzdirektor von Aschinger, und zu Aschinger hatte von 1926 bis 1935 die Hotelbetriebs-AG gehört. Spethmann war Vorstandsmitglied gewesen, sowohl von Aschinger als auch von deren Tochtergesellschaft Hotelbetriebs-AG, die Hitler Quartier gegeben hatte. Spethmann wurde Direktor der arischen »Kempinski GmbH«. Unter Spethmann wurden schon ab 1938 vom Arbeitsamt Juden zwangseingewiesen, das waren aber noch keine Zwangsarbeiter. An der Wende von den 30ern zu den 40er Jahren wurden Jüdinnen dort zu Zwangsarbeit verdammt, bis sie vom Arbeitsplatz weg deportiert wurden in die Vernichtungslager. Außerdem waren bei »Kempinski« fast 900 ausländische Arbeiter aus 26 Nationen, es gab eigene uniformierte Werkscharen. Wozu wohl? Es gab eigene Quartiere, also ein eigenes Lager für diese Ausländer. Das war »Kempinski« während des Krieges. Und dieser Herr Späthmann, der verantwortlich für all das war, stieg nach Ende des Krieges weiter auf.

In ungebrochener Kontinuität...

Im Kern ja, im Detail ist es etwas verwickelter: Nach Kriegsende wurde Aschinger – in Ostberlin – wegen Kriegsverbrechen enteignet. Auch die Hotelbetriebs-AG wurde als Konzern enteignet. Herr Fritz Aschinger nahm sich das Leben, aber Späthmann, ein kühler Bankier, kam nach West-Berlin, im kalten Krieg war das schon. Er wurde mit offenen Armen empfangen und die im Westteil noch existierende Hotelbetriebs-AG ernannte ihn 1952 zum Vorstandsvorsitzenden, als starken Mann, mit dem Ziel, die Reste der Kempinski-GmbH in den Besitz der Hotelbetriebs-AG zu bringen. Und das gelang.

Und den Namen gleich mit?

Nein. Spethmann selbst hat, solange er lebte, den Namen immer fortgeschoben, er wußte warum. Die Jüngeren haben gesagt: »Kempinski«, das ist doch ein Weltname, warum nehmen wir den nicht. Er, Späthmann, war ja schwerst belastet durch die Ausbeutung der Zwangsarbeiter, als Arisierer. Die Kontinuität des Faschismus und Antisemitismus vom Vorkrieg zum Nachkrieg ist nachgewiesen durch diese Person. Er repräsentiert diese Kontinuität. Er wurde dann ja auch Chef des »Kempinski«-Hotels am Kurfürstendamm.

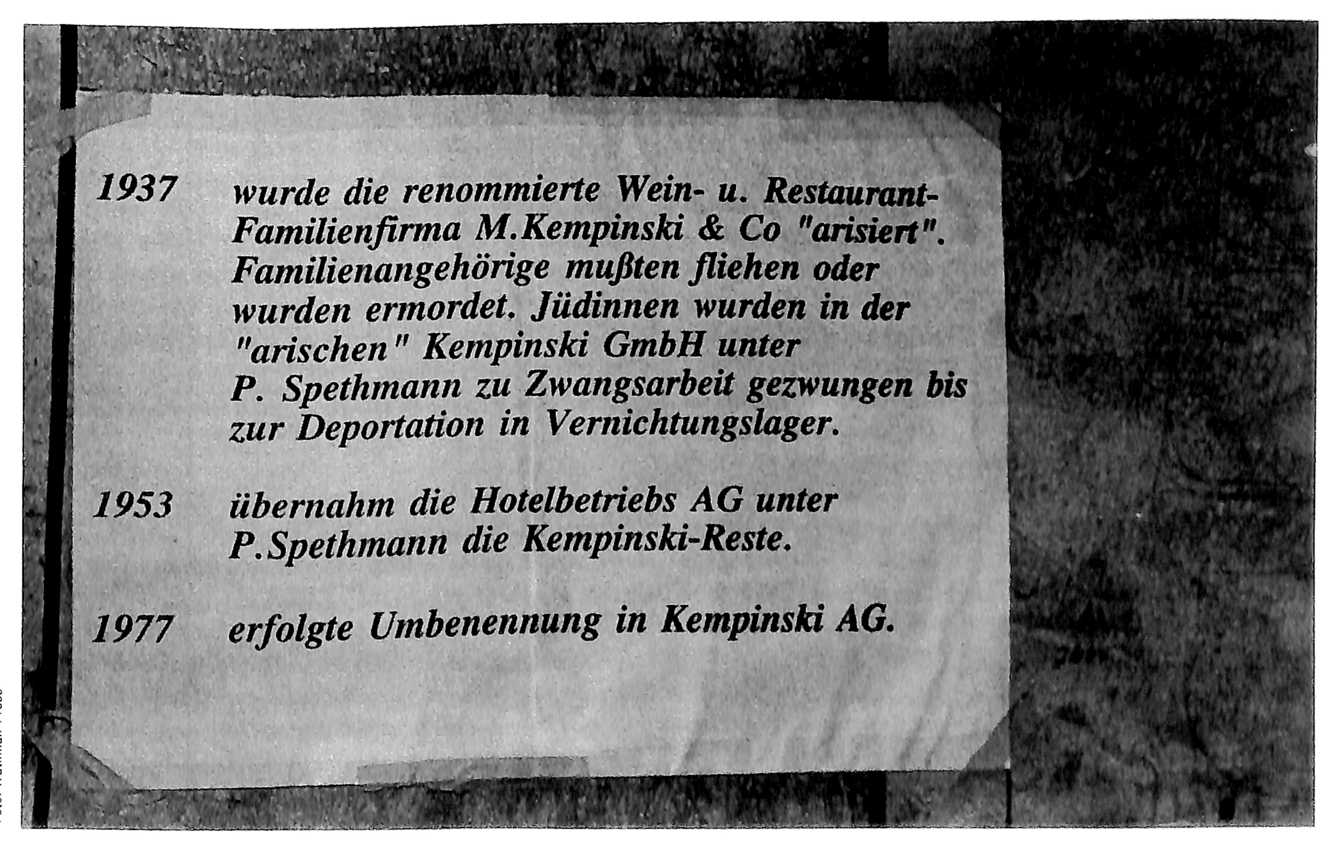


Foto: Watinkan-Press

Das damals noch nicht so hieß...

Doch. Es wurde als »Bristol-Hotel Kempinski« 1952 erbaut. Es wurde ganz am Anfang von der Hotelbetriebs-AG unter Spethmann übernommen. Das mußte er akzeptieren. Aber mehr »Kempinski«, gar die ganze Hotelbetriebs-AG in »Kempinski-AG« umzubenennen, davor scheute er zurück, verständlicherweise. Das geschah erst viel später, 1977, nach seinem Tod.

Es macht den Eindruck, als ob die Vertreter der Hotelbetriebs-AG, nennen wir sie beim Namen, sich bisher allein mit der Arroganz der Mächtigen, mit nichtssagenden formalen Floskeln der lästigen Kritik erwehren können. Gibt es denn sowas wie substanzielle Rechtfertigungsversuche oder auch rechtliche Schritte gegen die Kritiker?

Ja, es ist Arroganz der Macht, es ist aber auch ungeheure Dummheit: Wenn man SIEMENS sagt, ihr habt ja Juden bis in den Tod beschäftigt – dem Produkt, das man kauft, dem Rasierapparat oder der Werkzeugmaschine sieht man das ja nicht an. Ein Hotel ist in einer anderen Situation. Der Name »Hotelbetriebs-AG«, der hatte den Ruch Hitlers, deshalb haben sie sich schließlich in »Kempinski«-AG umbenannt, denn damit kommt man um die Welt, das war ein jüdischer Name mit gutem Klang.

Und sie lassen sich nicht auf Kompromisse ein, suchen keinen Konsens. Sie treten immer wieder auf wie der Elefant im Porzellanladen. Sie glauben, in diesem Staat mit ihrer reaktionären Ideologie einfach durchzukommen. Sie dachten: Wenn wir den Juden Geld geben, die kommen aus KZ's, die sind müde, die sind verfolgt, die werden schweigen. Und damit haben sie auch Recht gehabt. Aber ich habe keine Wiedergutmachungsansprüche, für mich geht es nicht um Geld. Für mich geht es darum, als der, der es miterlebt hat, der den Vernichtungslagern entgangen ist, als Zeuge der Wahrheit aufzutreten. Die Ermordeten belügen, in dem ich schweige, das möchte ich nicht. Das ist ihr Pech, daß da jemand ist, der sich über 14 Jahre beharrlich weigert zu schweigen. Und ich werde auch weiter den Mund aufmachen...

Aber sind nicht Eure Forderungen, so neutral wie sie formuliert sind, entsetzlich defensiv? Wäre es nicht angemessen, einen solchen Konzern ganz anders anzugehen?

Das stimmt. Unsere Forderung nach wahrheitsgemäßen Gedenktafeln an allen Hotels mit dem Namen Kempinski und unser entsprechender Textvorschlag sind Kompromisse. Das ist noch nicht mal die ganze Wahrheit. Aber sogar mit dieser zurückgenommenen Forderung gelte ich als extrem. Politik, so sagen Politologen, ist die Kunst des Möglichen. Auch wir müssen uns auf das Mögliche beschränken, um die Menschen zu mobilisieren. Es ist übrigens interessant: Ich habe schon viele Flugblätter verteilt, aber hier (bei den Samstags-Mahnwachen vor dem Hotel »Kempinski«, Red.) reagieren die Zuschauer anders als sonst. Die Leute – ob sie dafür sind oder ob sie dagegen sind – finden das offenbar so interessant, das niemand unser Flugblatt ungelesen wegwirft. Es ist ja auch so verwirrend, daß sie mehr wissen wollen.

Verbreitert sich die Sache denn so langsam? Was ist mit größeren Organisationen, Verbände von Überlebenden, der VVN...

Zur VVN: Die wirklich Verfolgten sind sehr alt. Die haben 60, 70 Jahre gekämpft, in der Weimarer Zeit, unter den Nazis, nachher. Die können nicht mehr. Dann gibt es Organisationen wie das Aktive Museum, das bekommt ein hohes Zugeld von der Bundesregierung und wichtige Posten in der Stiftung sind durch Bundesministerien besetzt. Ich habe dagegen protestiert, ich habe gesagt, nehmt von denen kein Geld. Wir müssen unsere Freiheit wahren. Nehmen wir zum Beispiel den Fall Neue Wache, wo Täter und Opfer zusammengemischt werden – da machen sie nicht etwa einen Hungerstreik, sondern veranstalten vom Gropiusbau aus einen Protestmarsch. So etwas wirkt besänftigend. Es gibt viele, die kriegen auch vom Senat Geld und solche Menschen haben Angst, etwas Durchschlagendes zu unternehmen. Allerdings muß ich sagen, daß von kirchlicher Seite, vom Niemöller-Haus z.B., von der Zeitschrift »Kirche aktuell«, von Schriftstellerverbänden, von der »Mühsam-Gesellschaft«, den Leuten, die das Andenken an den 1933 ermordeten Anarchisten pflegen, vor allem von der PDS-Abgeordneten Sigrun Steinborn viel Unterstützung kommt.

Aber die Unterstützung von Organisationen ist wirklich noch nicht stark genug. Sie ist da von der Antirassistischen Initiative, sie ist da von der Antifa-Charlottenburg, von der deutsch-jüdischen Gruppe Meshulash, dem jüdischen runden Tisch, von der orthodoxen Gemeinde »Adass Jisroel«, auch von einzelnen aus der jüdischen Gemeinde.

Es ist ja auch so: Wir leben in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit, wo zwar die Aktien steigen, wo Spekulanten immer mehr gewinnen, die meisten Leute aber große Schwierigkeiten haben, andere Sorgen haben. Aber wenn sie vergessen, für eine saubere Politik zu sorgen, werden sie den Galgen mit errichten, an dem sie dann aufgehängt werden.

Es geht hier auch nicht um sein oder nicht sein, wie beispielsweise beim Hungerstreik in Bischoferrode, für mich einer der wichtigsten Arbeiterinitiativen seit Jahrzehnten. Selbst da haben SPD und PDS, die hier in Berlin zusammen 50 bis 60.000 Mitglieder haben, nur 2-3000 mobilisiert. Das ist die Realität dieses Deutschlands unter CDU-Herrschaft, wo die Menschen auf Egoismus, auf Konsum getrimmt werden. Selbstverwirklichung ist eine gute Sache, aber was, wenn man nicht bereit ist, für andere Menschen und eine gute Geschichte Opfer zu bringen? 40 Jahre BRD haben bewirkt, daß die Menschen desolidarisiert sind und das sie sehr schwer zu mobilisieren sind. Damit müssen wir fertig werden. Und: Die Arisierung damals ist ja inzwischen für viele eine abstrakte Sache und insofern bin ich mit dem Echo bisher zufrieden.

Die Kundgebungen vor dem Hotel »Kempinski« gehen weiter?

Solange ich kann und andere wollen. Wir müssen versuchen, die Sache zu steigern. Inzwischen wurde in der Knesset über den Fall diskutiert und immerhin hat das israelische Tourismusministerium seine dort gebuchten Empfänge zur ITB schon abgesagt. Ich meine: Man darf denen keine Ruhe gönnen. Wir müssen zeigen, das sie mit anderen Mitteln die ewig gestrige Politik fortführen, die Deutschland schon einmal ins Unglück gestürzt hat.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Die Mahnwachen vor dem Hotel »Kempinski« am Kurfürstendamm finden weiterhin jeden Samstag um 18.30h statt.

Fritz Teppich, geboren während der November-Revolution 1918 in einer großbürgerlichen jüdischen Berliner Familie, wurde schon in der Schule mit dem bereits virulenten Antisemitismus unter Schülern wie Lehrern konfrontiert. Von der Mutter, die die faschistische Gefahr realistisch einschätze, als Kochlehrling in Paris untergebracht, ging er mit 17 ins Baskenland, wo er bis zum Ende des spanischen Burgerkriegs in der republikanischen Armee kämpfte. Er entkam auf abenteuerliche Weise der Deportation in die Vernichtungslager, überlebte den Weltkrieg in Portugal und kehrte 1946 nach Deutschland zurück

Kurz gemeldet

Im geschlossenen Bahnwaggon

Bayern hat die Nase bei der Behandlung von Flüchtlingen wieder einmal ganz weit vorne. Was die kalte Logistik der Nazis erfand, ist den Abschiebestrategen von heute willkommen: Massentransporte im geschlossenen Bahnwaggon!

Die Bundesbahn schiebt leere Eisenbahnwaggons, deren Fenster sich von innen nicht öffnen lassen, über ein Sonderanschlußgleis direkt in die zentrale Abschiebehaftanstalt Regensburg.

Nachdem die aus ganz Bayern in diese Justizvollzugsanstalt zusammengezogenen Flüchtlinge eingestiegen sind und das Gepäck verstaut ist, verlassen die verschlossenen Waggons die JVA und werden an den gewöhnlichen Linienzug Regensburg-Fürth angehängt. An der Grenze werden sie umgehängt an einen Zug in Richtung Prag.

Die Beförderung per Zug bezeichnen die Verantwortlichen als »menschenwürdiger«, da ausreichende Sanitärräume im Zug vorhanden seien. In Wirklichkeit dürfte der Rationalisierungseffekt und die Sicherheit bei geringem Personalaufwand die Personenbeförderung im geschlossenen Eisenbahnabteil günstig erscheinen lassen. Vergangenheitsbelastete Gedanken scheinen die Akteure nicht gepeinigt zu haben. *Guenter Haverkamp*

Totalverweigerung

Am 17.01.94 stellte sich der fahnenflüchtige Dietrich Steinhof, der mehrfach Berichte für die ZAG schrieb, öffentlich Polizei und Feldjägern vor dem Presse- und Informationsbüro der Bundeswehr am Alexanderplatz in Berlin. Er verband dies mit der symbolischen Schließung des Berliner Propagandabüros des bundesdeutschen Militärs. Zur Zeit befindet er sich im Militärarrest.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes begründet Dietrich Steinhof folgendermaßen:

»Ich verstehe die totale Kriegsdienstverweigerung als eine Form des Widerstands gegen die Politik eines Staates,

★ der sich anschickt, als Großmacht nun auch an der militärischen Unterdrückung der Völker der wirtschaftlich unterentwickelten Peripherien teilzunehmen;

★ der Militärregime in aller Welt mit großzügigen Waffengeschenken für Völkermord und Unterdrückung belohnt;

★ dessen politische Eliten soziale Konflikte im eigenen Land soweit schüren, daß ImmigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD nicht mehr sicher sind und durch Rassisten verfolgt und ermordet werden;

★ der einerseits mitverantwortlich für die Etablierung und Aufrechterhaltung autoritärer Regime in anderen Ländern ist, andererseits die Grenzen der BRD gegen Flüchtlinge militärisch abschottet und täglich Menschen in Länder abschiebt, in denen ihnen Folter und Tod drohen.«

WEG MIT NATO UND BUNDESWEHR!
ABSCHAFFUNG ALLER KRIEGS-UND ZWANGSDIENSTE!
SCHLUSS MIT DER KRIMINALISIERUNG VON TOTALVERWEIGERERN UND DER SONDERJUSTIZ DURCH DIE MILITÄRS!

Wer Dietrich Steinhof unterstützen möchte, kann sich an die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste, und Militär, Oranienstr.25, 10999 Berlin
Tel: 030/61500530/1 Fax: 030/61500599 wenden.

Auch wenn Dietrich seinen Arrest nur zeitweise in Rostock absitzt und mehrfach verlegt wurde, bleibt es weiterhin sinnvoll, sich an seinen direkten Vorgesetzten, Herrn Katzmarzyk, in Rostock zu wenden, in dessen Macht es steht, ein Dienstverbot auszusprechen:

★ Flottenkapitän Katzmarzyk
1. Marinesicherungsbataillon 3, Kopernikusstr. 1, 18057 Rostock, fon 0381/37741, fax (muß telefonisch über vorstehende Nummer angekündigt werden): 3308.

★ Kriegsminister Rühe, PF 1328, 53003 Bonn, fon 0228/1219100 bzw. 01, fax 0228/5084.

★ Oberbürgermeister von Rostock (Schröder), Neuer Markt 1, 18050 Rostock, fon 0381/3811248, fax 0381/3811902.

anzeige

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

Nr. 12 (Winter 1993/94)

Proletarischer Nationalismus
- "Antikapitalismus" von rechts

Schwerpunkt: Die Schwierigkeiten der Linken mit der sozialen Frage und ihrem Verhältnis zur Nation. Rebellischer "Antikapitalismus" und Antisemitismus: * Thesen zum Antisemitismus * Rot-braune Allianz in Rußland * Linker Antizionimus * Bedeutung der sozialen Frage in Großdeutschland * Arbeiterbewegung und Nation * Linke und Nazis - Kritik an PDS, BWK, Arbeiterpolitik und Autonomen * Mit diesem Volk?
Außerdem: * Revisionismus: Die Neue Wache * Trauer um Heitmann * Zur Diskussion um Rassismus und Antirassismus * Türcke zum Zweiten: Die Geschlechterfrage
56 Seiten

Noch erhältlich: BAHAMAS 11 - Kapitalistische Krise - militärische Intervention, Somalia, Jugoslawien, Debatte um Christoph Türckes Rassismus *Restexemplare:* BAHAMAS 10

Einzelpreis DM 6 (nur Vorauskasse/Briefmarken).
Abonnement per Überweisung DM 18 für jeweils drei Nummern im voraus oder am besten Einzugsermächtigung:

Name, Vorname
Straße
PLZ, Ort:

Hiermit ermächtige ich S. Roisch/K. Dreyer je DM 18/drei Bahamas von meinem Konto im voraus abzubuchen

KontoinhaberIn,Kontonummer:
Bank, BLZ:
Unterschrift/Datum:

Büro K, Karolinenstr. 21/Hs. 2, 20357 Hamburg, Tel. 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

OFF LIMITS

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
erscheint monatlich
Berichte - Hintergründe - Kommentare - Diskussionen
Staatliche Flüchtlingspolitik, Rechtsentwicklungen, Behördenterror, Widerstand und Protest, Reiseberichte, EG-Flüchtlingspolitik

Direktbestellung: off limits, c/o Haus für Alle, Amandastr.58
20357 Hamburg Konto: Jan Allers,Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 20010111, Kto.-Nr. 2231 751 900 Preis: 5,- DM

Rassismus und Schule – innig miteinander verbunden?

Geraten rassistische Anschläge in die Schlagzeilen, landen anschließende Überlegungen zu möglichen Ursachen und Gegenstrategien schnell bei der Schule als zentraler Erziehungsinstitution. Die Gewalttätigkeiten seien das Ergebnis einer »Werteverlotterung«, die »sogar Teile der Lehrer erfaßt habe«, rufen die einen (wie CDU-Landowsky in Berlin) und versuchen, ausgerechnet den nicht mehr wegzuleugnenden dramatischen Anstieg des offenen Rassismus als Vorwand für die endgültige Beseitigung der noch durch die 68er Bewegung ausgelösten schulreformerischen Bestrebungen zu benutzen. Der geforderte »Mut zur Erziehung« soll den berüchtigten deutschen Sekundärtugenden wie Ordnung, Fleiß und Sauberkeit zum Durchbruch gegenüber dem ständigen kritischen Infragestellen verhelfen – als ob nicht gerade diese »Tugenden« bei Rassisten hoch im Kurs stünden und oft sogar zur Legitimierung ihrer Angriffe dienten.
Andere dagegen setzen ihre Hoffnung darauf, daß die Schule und andere Bildungseinrichtungen bei den Kindern und Jugendlichen Toleranz und Verständnis gegenüber allen Menschen gleich welcher Herkunft und Hautfarbe fördern und damit verhindern, daß aus Kindern Rassisten werden. Zahlreiche Schulen versuchen, etwa mit Projekttagen gegen Rassismus oder unterschiedlichen interkulturellen Unterrichtsansätzen diesen Hoffnungen zu entsprechen.
Leicht gerät darüber die Frage in den Hintergrund, ob nicht die Institution Schule selbst rassistische Strukturen aufweist und dazu beiträgt, Rassismus zu reproduzieren. Ist es also nur frommes Wunschdenken, wenn wir ausgerechnet von der Schule die Bekämpfung von Rassismus erhoffen?

Schule als Ausleseanstalt gegen Immigranten- und Flüchtlingskinder

Zunächst einmal gilt laut Schulgesetz die Schulpflicht für alle hier lebenden Kinder und Jugendlichen; zumindest theoretisch durchlaufen sie alle unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus die Schule. Ein Blick in die Schulstatistik von Berlin (West) [1] zeigt dagegen, daß das Ergebnis dieser schulischen Bildung durchaus nicht mehr unabhängig von der Herkunft der SchülerInnen ist:
So sind »ausländische« SchülerInnen, insbesondere solche mit türkischer Staatsangehörigkeit, höchst ungleich auf die verschiedenen Schularten verteilt. Der Anteil »türkischer« SchülerInnen an allen Schulen zusammengenommen beträgt ca. 12%, und etwa diesem Anteil entsprechend sind sie auch an den Grund-, Real- und Gesamtschulen vertreten. Dagegen sackt ihr Anteil an Gymnasien um über die Hälfte auf 5,5% und steigt um über das Doppelte an den Sonderschulen für Lern- und Geistigbehinderte (24,5%) und an den Hauptschulen (fast 30%). Oder anders, in absoluten Zahlen ausgedrückt: Mehr »türkische« SchülerInnen (2800) besuchen die Hauptschule als das Gymnasium (2400), während bei den »deutschen« SchülerInnen 5000 HauptschülerInnen 37000 GymnasiastInnen gegenüberstehen. Die Verteilung bei den Schulabschlüssen sieht entsprechend aus: 32% der »ausländischen« SchülerInnen mußten nach dem Schuljahr 1991/92 die Schule ohne jeden Abschluß verlassen gegenüber 11% der »deutschen« SchulabgängerInnen. Dagegen erreichten von den deutschen SchülerInnen mit 36% über dreimal so viele die allgemeine Hochschulreife verglichen mit den 11% der ausländischen SchülerInnen, die das Abitur absolvierten. Oberflächlich betrachtet ließe sich im Vergleich mit den Statistiken früherer Jahre ein positiver Trend zugunsten der »ausländischen« SchülerInnen ablesen, da zum Beispiel verglichen mit 1978/79 der Anteil von ihnen ohne Schulabschluß fast um die Hälfte abgenommen und der Anteil von ihnen mit Abitur um über das Dreifache zugenommen hat. Verschiebungen nach oben in mindestens gleichem Ausmaß hat es freilich auch für die »deutschen« SchülerInnen gegeben – der Anteil »deutscher« AbiturientInnen hat sich seit 1978 glatt vervierfacht –, so daß sich an dem Abstand zwischen dem Schulerfolg der »deutschen« und der »ausländischen« SchülerInnen nichts geändert hat. Im übrigen ist für die vergangenen vier Jahre eine Stagnation, für das letzte Jahr sogar eine leichte Rückentwicklung bei dem Schulerfolg »ausländischer« SchülerInnen feststellbar.

Gründe der Diskriminierung

Aus den Statistiken läßt sich deutlich ablesen, daß Schule als Ausleseanstalt funktioniert und dabei die nichtdeutschen SchülerInnen eindeutig diskriminiert. Die Tatsache, daß diese Diskriminierung anhält, seitdem Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in die Schulen gekommen sind, läßt die verharmlosende Interpretation nicht zu, es handele sich bei dieser Diskriminierung um ein Übergangsphänomen, bis sich diese Kinder und die Schule »aneinander gewöhnt« hätten.
Es liegt nahe, die Diskriminierung wenigstens zum Teil damit zu begründen, daß Kinder aus ArbeiterInnenfamilien, wie es die ImmigrantInnenkinder zum größten Teil sind, seit jeher in der Schule keine gleichen Bildungschancen haben. Doch das Ausmaß der unterschiedlichen Schulkarrieren der Gesamtheit der »deutschen« SchülerInnen und der »ausländischen« SchülerInnen läßt sich allein damit nicht erklären.
Wie es zu dieser Diskriminierung der Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in der Schule kommt, ist meines Wissens für die BRD – im Unterschied etwa zu Großbritannien – noch immer nicht umfassend untersucht worden, und auch dieser Artikel kann nicht mehr leisten, als einzelne Aspekte hervorzuheben, die genauer analysiert werden müßten.

Rassistische Schulbeamte

Es reicht sicher nicht aus, nur nach Beispielen offen rassistisch auftretender SchulpolitikerInnen und LehrerInnen zu suchen, um die Diskriminierung zu erklären. Es gibt diese rassistischen Schulbeamten bis in die höchsten Stellen hinauf – erinnert sei nur an den bis 1991 amtierenden Berliner Landesschulrat Bath, der schon 1982, lange vor Schönhuber, öffentlich hetzte, bei den türkischen ImmigrantInnen handele es sich »mitten in unserem Land um eine schleichende Landnahme durch eine fremde Bevölkerung«. Als oberster Schulbeamter der Stadt war er an allen Erlassen, die die Kinder dieser ImmigrantInnen betreffen, beteiligt, u. a. an der Quotenregelung, derzufolge in Klassen mit deutschen SchülerInnen nicht mehr als 30% (bei guten Deutschkenntnissen bis zu 50%) »AusländerInnen« sein dürften (s.u.). Entsprechende Einstellungen

sind auch unter LehrerInnen vertreten, und ihre SchülerInnen bekommen sie zu spüren, meistens ohne daß dies außerhalb der geschlossenen Klassenzimmer bekannt würde. Es ist wichtig, diesen offenen, aber durch die Abschirmung von der Öffentlichkeit geschützten Rassismus aufzudecken, um ihn angreifbar zu machen, auch wenn die Erfolgsaussichten, konkrete Maßnahmen gegen rassistisch auftretende MitarbeiterInnen im Bildungswesen durchzusetzen, gering sind. Bath konnte ebenso bis zu seiner regulären Pensionierung auf seinem Posten bleiben wie der Direktor einer Berliner Berufsschule, der gar die Aufstellung bewaffneter »Bürgerwehren« gegen »polnische Autoschieber, türkische Rauschgifthändler, jugoslawische Wohnungseinbrecher und zigeunernde Taschendiebe« (Tagesspiegel, 18.12.91) propagierte.

Ignorierende Gleichbehandlung und ausgrenzende Sondermaßnahmen

Über die Bekämpfung dieses offenen Rassismus hinaus müssen wir vor allem aber untersuchen, ob nicht bestimmte Strukturen und Maßnahmen im Schulbereich – von den über Gesetze und Erlasse geregelten Rahmenbedingungen über Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien bis hin zur Unterrichtsorganisation und dem konkreten Verhalten von LehrerInnen im Unterricht – gezielt die Ausgrenzung der Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen bewirken, ohne selbst offen rassistisch begründet zu werden; auch und gerade »ausländerfreundlich« motivierte Maßnahmen sollten daraufhin (selbst)kritisch überprüft werden.
Bei dieser Überprüfung erscheinen die Unterscheidungen hilfreich, die Philomena Essed zwischen direkten und indirekten, expliziten und impliziten rassistischen Diskriminierungen getroffen hat [2]. Eine indirekte rassistische Diskriminierung als »gleiche Behandlung unter gleichen Umständen, aber bei ungleichen sozialen Bedingungen« sei »Ausdruck einer wissentlichen oder unwissentlichen Vernachlässigung der spezifischen Bedingungen, die die soziale Realität der Schwarzen und immigrierten Menschen bestimmen« (Essed, S. 22). Als direkte rassistische Diskriminierung versteht sie dagegen »die ungleiche Behandlung unter gleichen Umständen« bei auf Rassismus beruhenden ungleichen sozialen Bedingungen. Rassistische Diskriminierungen könnten explizit, d.h. als Ausdruck offener rassistischer Einstellungen erfolgen; häufiger träten sie aber implizit auf, ohne daß die unterschwellig zugrundeliegenden rassistischen Einstellungen bekannt würden (Essed, S. 23).
Tatsächlich lassen sich im Schulwesen beide Formen der Diskriminierung gegenüber den Kindern von ImmigrantInnen und Flüchtlingen feststellen: eine die Unterschiede ignorierende Gleichbehandlung ebenso wie ausgrenzende Sondermaßnahmen. Beide Formen scheinen dabei wie die zwei Seiten einer Medaille zusammenzugehören.

Das Schulpersonal: Deutsche Schulräte – türkische Putzfrauen

Durch die Zuwanderung von ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlingen hat sich in den letzten dreißig Jahren auch das Gesicht der Schulen stark verändert – was die Zusammensetzung der SchülerInnen angeht. Kaum verändert hat sich dagegen die Zusammensetzung des Personals in den Schulen und Schulverwaltungen, abgesehen davon, daß es nun mehrheitlich ImmigrantInnen sind, die die Schulgebäude putzen. Vor Jahren wurden zwar eine Reihe LehrerInnen aus den ehemaligen Anwerbeländern, besonders aus der Türkei, in den Schuldienst eingestellt, vor allem um die aus diesen Ländern neu zugezogenen Kinder besser in den hiesigen Schulen, zumeist in sog. Vorbereitungsklassen, auffangen zu können. Seitdem ist es fast unmöglich für immigrierte LehrerInnen, neu an den Schulen eingestellt zu werden, so daß es heute viele Schulen mit einer großen Anzahl von Immigrantinnenkindern, aber keiner oder nur einer oder zwei immigrierten LehrerInnen gibt. Abgesehen davon, daß diese LehrerInnen trotz vergleichbarer Arbeit schlechter als ihre deutschen KollegInnen bezahlt werden, da ihre in ihren Herkunftsländern absolvierte Ausbildung hier nicht als gleichwertig anerkannt wird, werden sie von vielen KollegInnen auch nicht als gleichberechtigt akzeptiert, sondern auf die Rolle einer ÜbersetzerIn und HilfslehrerIn reduziert. Daß es in einer Stadt wie Berlin keine nicht-deutsche Rektorin oder Schulrätin (auch nicht in der männlichen Variante) gibt, kann da kaum noch überraschen.

Schulen in Deutschland als deutsche Schulen

Der kaum veränderten Personalzusammensetzung entsprechen die weitgehende Nicht-Berücksichtigung der Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in den Lehrplänen und den Lehrbüchern sowie – besonders gravierend – die fast ausnahmslose Aufrechterhaltung von Deutsch als einziger Unterrichtssprache, obwohl es für viele SchülerInnen bestenfalls die Zweitsprache bildet. Daß für alle SchülerInnen erst einmal dieselben Bedingungen und Anforderungen – dieselbe Schulpflicht, dieselben Lehrpläne, dieselben Lehrkräfte, dieselben Unterrichtsmaterialien, dieselbe Unterrichtssprache – gelten, stellt sich schnell als nur scheinbares Element der Gleichheit heraus angesichts der so unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der SchülerInnen. Ab und an wird der diskriminierende Charakter dieser formalen Gleichheit von den Verantwortlichen sogar eingestanden, etwa wenn es im gültigen Rahmenplan Deutsch für die Berliner Grundschule im Hinblick auf Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch lapidar heißt: »Die sprachliche Situation ausländischer Kinder (Zweisprachigkeit) und damit zusammenhängende Unterschiede an kulturellen und sozialen Erfahrungen können erfolgreiches Lernen im Deutschunterricht erschweren. – Der Mißerfolg dieser zweisprachigen »ausländischen« Kinder in einem Kernbereich des Schulunterrichts wird also von vornherein einkalkuliert. Darüberhinaus schwingt in dieser Aussage des Rahmenplans eine noch schlimmere zweite Bedeutungsebene mit, derzufolge diese »ausländischen Kinder« deutsche Kinder beim Lernen behindern würden – ein Freifahrtschein für alle, die nach einer »Ausländerbegrenzung« an Schulen (und anderswo) schreien.

Die Unterrichtssprache heißt Deutsch

Die diskriminierende Wirkung der formalen Gleichbehandlung wird nirgendwo so deutlich wie an der Frage der Unterrichtssprache. Es geht hierbei nicht darum, daß Kinder nur in ihrer Erstsprache lernen könnten – viele Beispiele weltweit beweisen das Gegenteil –, sondern um die diskriminierenden Bedingungen, unter denen die Kinder lernen. Wie selbstverständlich wird – bis auf wenige, immer wieder bedrohte Ansätze zu einer bewußten zweisprachigen Erziehung (s. Kasten) – im Deutschunterricht wie in den immer auch sprachlich geprägten Sachfächern von den deutschsprachlichen Kenntnissen der deutschsprachigen SchülerInnen ausgegangen; die

Einmal hui, einmal pfui

Der Berliner Senat und die zweisprachige Erziehung

Weltoffen und innovationsbereit hat sich der Berliner Senat gezeigt und vor anderthalb Jahren einen Schulversuch zur zweisprachigen Erziehung eingerichtet, bei dem Kinder mit deutscher und Kinder mit einer anderen Erstsprache zusammen auf Gegenseitigkeit beide Sprachen lernen. Beide Sprachen sollen gleichberechtigt im Unterricht verwendet werden und sind damit auch in gleicher Weise zeugnisrelevant. Folgerichtig sollen in den zweisprachigen Klassen jeweils zur Hälfte LehrerInnen mit Deutsch bzw. mit der Partnersprache als Erstsprache unterrichten, wobei sie gerechterweise für den erhöhten Aufwand in diesen Klassen eine Stundenermäßigung erhalten.

In der richtigen Erkenntnis, daß sprachliche Entwicklungsprozesse sich über einen langen Zeitraum erstrecken und dauerhafte Erfolge bei der Ausbildung von Zweisprachigkeit nur über deren langfristige Förderung zu erreichen sind, ist der Schulversuch darüberhinaus von vornherein auf die gesamte Schulzeit – von der Vorklasse bis zum Abitur – angelegt.

Alles bestens, ist mensch geneigt zu denken und wundert sich zugleich. Gibt es doch ebenfalls in Berlin zwei andere, in über zehnjähriger Arbeit aus den Schulen heraus entwickelte Versuche zur zweisprachigen Erziehung, denen der Senat mitnichten die gleiche Unterstützung zukommen läßt. Ursprünglich nur beschränkt auf Klassen mit Kindern einer anderen Erstsprache als Deutsch, konnte zwar die Durchführung des Versuchs auch in normalen Regelklassen durchgesetzt werden. Eine Beteiligung deutscher Kinder im Sinne des obigen Konzepts einer Zweisprachigkeit auf Gegenseitigkeit kam hier für den Senat aber nicht in Frage, und auch Bemühungen von LehrerInnen und Eltern, die zweisprachige Erziehung wenigstens über die gesamte Grundschulzeit – die ersten sechs Schuljahre – auszudehnen, wurde ebenso brüsk abgelehnt wie die Einrichtung der beim erstgenannten Modell sogar obligatorischen zweisprachigen Vorklassen.

Offiziell bezeichnet der Senat dieses zweite Modell einer zweisprachigen Erziehung inzwischen nur noch als »besondere Form der Alphabetisierung« und läßt damit seine Intention erkennen, sie auf die ersten beiden Schuljahre zu beschränken.

Mühe und Kosten (ca. 80.000 DM) hat der Senat im vergangenen Jahr dennoch auch bei diesem Modell nicht gescheut – allerdings um sich damit ein linguistisches Gutachten erstellen zu lassen, das über völlig unangemessene Testfragen zur deutschen Rechtschreibung und Grammatik den Wert der zweisprachigen Erziehung in Frage stellen sollte, weil sie nicht innerhalb von zwei Jahren den Deutscherwerbsprozeß bei Kindern anderer Erstsprache beschleunigt habe. Die Entwicklung der Kinder in ihrer Erstsprache lag dagegen außerhalb des Interesses und wurde nicht getestet. Während der Senat also beim ersten Modell die gleichberechtigte Entwicklung von zwei Sprachen im Auge hat, scheint ihn beim zweiten Modell nur das Lernen von Deutsch zu interessieren. [1]

Ein letztes »atmosphärisches« Detail, das die gegensätzliche Haltung des Senats den beiden Modellen gegenüber beleuchtet:

Ermäßigungsstunden für den erhöhten Aufwand wurden den LehrerInnen des zweiten Modells seit langem gestrichen. Sie bekamen stattdessen vom Landesschulrat ins Stammbuch geschrieben, daß sich »ungeeignete deutsche Lehrer« in die Schulversuchsklassen »geflüchtet« hätten, »weil sie meinten, bei dieser Art des Unterrichts schlampiger verfahren zu dürfen«.

Zwei Modelle, die beide eine zweisprachige Erziehung anstreben und doch völlig gegensätzlich vom politisch verantwortlichen Senat behandelt werden. Der scheinbare Widerspruch löst sich, wenn wir betrachten, für wen die zweisprachige Erziehung gedacht ist: Das erste Modell beinhaltet das Konzept der »Staatlichen Europa-Schule Berlin«, die »auf die Notwendigkeiten im vereinten Europa« hinarbeiten will und dabei »die Beherrschung europäischer Verkehrssprachen« als Teil ihres Bildungsauftrags sieht. Als erste Partnersprachen wurden ausgewählt: Englisch, Französisch und Russisch. Das zweite Modell richtet sich an Kinder türkischsprachiger ImmigrantInnen (Modelle mit anderen Sprachen der ImmigrantInnen und Flüchtlinge sollten eigentlich folgen ...) und ihre deutschsprachigen MitschülerInnen.

Die Botschaft ist klar wie platt: Für einige Kinder, die auf den europäischen Markt hin ausgebildet werden, stellt Zweisprachigkeit einen Bildungswert an sich und einen Wettbewerbsvorteil dar, und die Schule setzt alles daran, sie zu Zweisprachigen zu machen. Für Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, die schon im Alltag notwendigerweise zwei und mehr Sprachen gebrauchen, ist Zweisprachigkeit in der Schule bestenfalls ein Luxus, der den Sparzwängen zum Opfer fallen kann.

Pädagogik AG der Antirassistischen Initiative

[1] Eine kleine Dokumentation zu dem Gutachten mit kritischen Stellungnahmen und der Stellungnahme des Senats ist erschienen in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie H.47, 1993, S. 187.

Foto: Archiv Umbruch



sprachlichen Fähigkeiten der Kinder nicht-deutscher Erstsprache, die sich aus zwei oder mehr Sprachen zusammensetzen, werden dagegen ignoriert. Reden diese Kinder in ihrer Erstsprache, werden sie nicht verstanden, und nicht selten wird sie ihnen im Unterricht von den deutschen LehrerInnen verboten. Reden sie auf deutsch, werden sie letztlich an den einsprachig deutschen SchülerInnen gemessen, ein Maßstab, der für viele von ihnen nur ihre Unterlegenheit im Deutschen gegenüber einsprachig deutschen Kindern vor Augen führen kann. Auf diese Weise wird so die pädagogische Grundregel, Kinder beim Lernen da abzuholen, wo sie stehen, gegenüber den Kindern von ImmigrantInnen und Flüchtlingen in das Gegenteil verkehrt: Einige mögen es schaffen, den Umständen zu trotzen und im Unterricht »mitzuschwimmen«; für viele wird der Unterricht aber zu einer Kette von Mißerfolgserlebnissen, die sie erfahrungsgemäß zum Verstummen im Unterricht bringen, weil sie immer wieder feststellen können, daß ihre Erfahrungen und Kenntnisse in der Schule nicht ernst genommen und anerkannt werden.

Wie Czock und Radtke schon vor Jahren beobachtet haben [3], unterstützen auch LehrerInnen in ihrem Unterrichtsverhalten das die Unterschiede verleugnende Gleichheitspostulat mit einer (vermeintlichen) Gleichbehandlung aller SchülerInnen. Was von ihnen als Ausdruck ihres Gerechtigkeitssinnes gewertet werden mag, erweist sich doch nur als ignorierende Toleranz, mit der sie sich besondere Bedürfnisse der Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen vom Leib halten.

Sondermaßnahmen als offene Segregation...

Die ignorierende Grundtendenz der Gleichbehandlung dieser Kinder stößt dann an ihre Grenzen, wenn sie sich nicht mehr nur untermischen lassen, sondern – durch Quantität oder »schwieriges Verhalten« als indirekte Reaktion auf ihre Situation – auffällig werden, und wird dann abgelöst oder ergänzt durch auf sie gerichtete Sondermaßnahmen. Beispiele hierfür lassen sich wiederum von der Ebene der durch Gesetze und Erlasse bestimmten schulischen Rahmenbedingungen bis zum konkreten Verhalten der LehrerInnen im Unterricht finden.

Ein eindrückliches Beispiel einer offen diskriminierenden gesetzlichen Sonderbestimmung bieten die schon oben erwähnten Berliner Quoten-Regelungen gegen nichtdeutsche SchülerInnen, in deren Folge bei einem »Ausländeranteil« von über 50% sogenannte Ausländerregelklassen gebildet werden, um in den anderen Klassen den deutschen SchülerInnen eine Mehrheitsstellung zu sichern. Diese »Ausländerregelklassen« werden nach denselben Lehrplänen wie andere Klassen und ebenfalls auf deutsch unterrichtet – mit dem Unterschied, daß dabei den SchülerInnen dieser Klassen, abgesehen von Gesprächen mit den deutschen LehrerInnen, eine weitere Kommunikation mit Deutschsprachigen unmöglich gemacht wird. Ihre Chancen, trotzdem die auf deutschsprachige SchülerInnen zugeschnittenen Schulziele zu erreichen, sinken noch einmal im Vergleich zu ihren MitschülerInnen in den »normalen« Regelklassen. In geradezu klassischer Weise werden mit diesen Quotenregelungen die Kinder für das Scheitern von Schule verantwortlich gemacht – hier konkret die Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen für das Scheitern der Fiktion einer monolingualen, monokulturellen Schule. Statt die Schule zu ändern, werden lieber diese Kinder segregiert, um weiter die Fiktion aufrechterhalten zu können. Nebenbei bemerkt, würden in England solche segregierenden »Ausländerregelklassen« als eine Form offener Diskriminierung und damit als ein Verstoß gegen die dortige Antidiskriminierungs-Gesetzgebung (den »Race Relations Act«) angreifbar sein. [4]

... und als »Hilfen« für »defizitäre« Immigrantenkinder

Nicht alle Sondermaßnahmen gegenüber den Kindern von ImmigrantInnen und Flüchtlingen tragen die schlechten Absichten so klar auf der Stirn wie die Quotenregelungen. Viele erscheinen als besondere Fördermaßnahmen für diese Kinder, die von zahlreichen LehrerInnen auch mit Engagement und dem ehrlichen Wunsch, den Kindern zu helfen, durchgeführt werden. Hinter dem Förderwillen bleibt meist die ihm zugrundeliegende, oft unbewußte Sicht auf diese Kinder als Träger von Defiziten verborgen. Wie sehr diese Sichtweise auf einer bloßen Konstruktion von Wirklichkeit mit gleichwohl weitreichenden Folgen beruht, macht ein Vergleich mit der eigentlich pädagogisch näherliegenden Sichtweise dieser Kinder als TrägerInnen von Fähigkeiten deutlich. Bezogen auf die Sprachenfrage würde letztere Sichtweise bedeuten, die Zwei- oder Mehrsprachigkeit dieser Kinder anzuerkennen und ihnen die Möglichkeit zu geben, beide oder mehr Sprachen in der Schule ebenso selbstverständlich weiterzuentwickeln wie einsprachig deutsche Kinder ihre Erstsprache Deutsch. Es wäre die Abkehr von der überholten Vorstellung einer »deutschen Schule«. Die vom Defizit-Denken geprägte Sichtweise hingegen mißt die Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen an einem – natürlich auch fiktiven – deutschen Normalschüler, dem sie sie durch die Fördermaßnahmen wenigstens insoweit anzugleichen versucht, daß der normale deutsche Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann. So stellt sich das Defizit-Denken als Abwehr gegen die längst fällige Umorientierung der Schule heraus; darüberhinaus schafft es aber auch Hierarchien zwischen den SchülerInnen: die Deutschen sind das Maß, an dem sich die Nicht-Deutschen auszurichten haben.

Der heimliche Lehrplan der Diskriminierung

An diesem Punkt wird deutlich, daß offen oder verdeckt diskriminierende schulische Maßnahmen gegen Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen nicht nur deren Erfolgschancen in der Schule beeinträchtigen. Sie wirken sich auch auf ihr Denken und ihre Einstellungen genauso wie auf die ihrer deutschen MitschülerInnen aus, ohne daß dies irgendwo als schulisches Lernziel niedergelegt wäre. Czock und Radtke sprechen deswegen auch von einem »heimliche(n) Lehrplan der Diskriminierung«, der die deutschen Schüler lehre, wie »mit den Fremden« umzugehen sei. »Das Vorbild der LehrerInnen wirkt sich hier aus. Mit der wortlos ignorierenden Toleranz«, die auch die alltägliche Diskriminierung »übersieht«, um den offenen Konflikt zu vermeiden, korrespondiert die Ausgrenzung und die heimliche und offene Stigmatisierung durch die deutschen Mitschüler. Positive Diskriminierung stellt die ausländischen Kinder als die schwächeren heraus. Negative Diskriminierung ist bloß die andere Seite der Medaille. Was liegt für die deutschen SchülerInnen näher, als den auf sie ausgeübten (Leistungs-)Druck an die Schwächeren, die ausländischen SchülerInnen weiterzugeben. Oder – so läßt sich ergänzen – von oben herab mitleidiges Verständnis gegenüber den »armen Ausländern« zu üben, das die eigene Dominanzposition

doch nur bestätigt. »Die Erziehung zur Solidarität bleibt eine moralische Leerformel.« (Czock/Radtke S. 74)

Schule ist also alles andere als eine gegenüber allen SchülerInnen neutrale Bildungsinstitution. Ein realistischer Blick auf sie ist ernüchternd; dies um so mehr, wenn wir feststellen können, daß der Lehrplan der Diskriminierung nicht einfach »von oben« verordnet, sondern auch »von unten« – von LehrerInnen und auch von deutschen Eltern, die beispielsweise ihre Kinder aus Schulen mit ihrer Meinung nach zu hohem »Ausländeranteil« herausnehmen – mitgetragen wird. Wieviel Sinn macht es da, Hoffnungen in eine antirassistische Erziehung an den Schulen zu setzen ?

Bei aller Einsicht in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wäre es doch falsch, Schule als einen durch die herrschende rassistische Politik vorbestimmten monolithischen Block aufzufassen, damit die Spielräume in ihr zu negieren und letztlich die LehrerInnen und auch die Eltern aus ihrer Verantwortung für die Ausrichtung der Schulen zu entlassen. Schulen bzw. LehrerInnen und Eltern können sich zum Beispiel vehement gegen die Einrichtung von »Ausländerregelklassen« wehren, sich für zwei- und mehrsprachige Unterrichtskonzepte einsetzen, die Einstellung von mehr LehrerInnen aus dem Kreis der ImmigrantInnen und Flüchtlinge fordern und die bereits eingestellten nicht zu Hilfstätigkeiten degradieren. Es gibt keine stichhaltigen Hinderungsgründe, warum sie sich nicht für die Gleichberechtigung aller SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen engagieren und diese auch, wo immer es ihnen möglich ist, praktisch verwirklichen sollten. Tatsächlich arbeiten einige Schulen und zahlreiche LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern in diese Richtung und müssen sich dabei auf zum Teil harte und zähe Auseinandersetzungen mit KollegInnen und vor allem mit den vorgesetzten Behörden einlassen. Billiger sind Ansätze zu einer antirassistischen Erziehung allerdings nicht zu haben. Ihre Glaubwürdigkeit hängt davon ab, ob ihre VertreterInnen nicht nur ihren guten Willen einbringen, sondern bereit sind, »vor der eigenen Haustür zu kehren« und die eigenen Konzepte und den Rahmen für diese Erziehung, die Schule, kritisch zu durchleuchten und beabsichtigte oder unbeabsichtigte, direkte oder indirekte rassistische Diskriminierungen aufzudecken und zu bekämpfen.

Pädagogik AG der Antirassistischen Initiative

[1] Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport: Das Schuljahr 1992/93 in Zahlen. Berlin 1993 Wir gehen von den Zahlen für die westlichen Stadtbezirke aus, da der »Ausländeranteil« in den Ostbezirken kaum eine Rolle spielt. Im übrigen geht die Statistik immer von der Staatsangehörigkeit der SchülerInnen aus; sie vermittelt damit nur ein ungefähres Bild der Diskriminierung der Kinder von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, da sie, wenn sie den deutschen Paß besitzen, statistisch zu den deutschen SchülerInnen gerechnet werden.

[2] Philomena Essed, Chris Mullard: Antirassistische Erziehung: Grundlagen und Überlegungen für eine antirassistische Erziehungstheorie. Felsberg: Migro-Verlag, 1991

[3] Heidrun Czock, Frank Olaf Radtke: Sprache – Kultur – Identität. Die Obsessionen der Migrationspädagogen. In: Peters/Strüwe (Hg.): Lebenszusammenhänge von Ausländern und pädagogische Problematik. Bielefeld 1984

[4] s. Commission for Racial Equality: Code of Practice – For the elimination of racial discrimination in education. London 1989. Danach wird die Segregierung einer Person aufgrund von »Rasse«, Hautfarbe, Staatsbürgerschaft, ethnischer oder nationaler Herkunft als eine die Person benachteiligende Handlung, die eine direkte Diskriminierung bedeutet, definiert.

Foto: Archiv Umbruch



»Benimm dich wie in Mitteleuropa!«

Einige Gedanken zum alltäglichen Rassismus in den Schulen und zu Versuchen antirassistischer Erziehung

Noch 20 Minuten bis zur großen Pause. Noura quatscht gelangweilt mit ihrer Nachbarin. Das einzige, was sie intensiv betreibt, ist das Kauen ihres Kaugummis. Knall! Die Kaugummiblase ist geplatzt. Die Umsitzenden schrecken ein wenig aus ihrem Dösen auf, einige haben ein flüchtiges Grinsen im Gesicht. Der Lehrer schaut genervt in Nouras Richtung. »Noura, hör mit der Störung auf und benimm dich! Wir sind hier in Mitteleuropa.« Noura erwidert irritiert den Blick. Dann sagt sie: »Mit dem Kaugummi – okay, aber was hat das mit Mitteleuropa zu tun? Glauben Sie, in meiner Heimat benehmen sich die Leute schlecht, oder was?« Der Lehrer wendet rasch seinen Blick von der Palästinenserin ab und fährt mit dem Unterrichtsstoff fort.

Eine banale Szene aus dem Schulalltag. Sie wiederholt sich x-fach in verschiedenen Variationen an den Schulen: Unterrichtsstörungen, vergessenes Grüßen, Verstöße gegen die »Regeln des guten Benehmens«. »Benimm dich wie in Mitteleuropa!« lautet die Antwort in Kolonialherrenmanier vieler deutscher Lehrkräfte, »und nicht wie im Busch« der oft gedachte, und allzuoft auch ausgesprochene Zusatz. Ähnlich den Stereotypen bei der geschlechtsspezifischen Erziehung mögen diese Beispiele im Einzelfall als harmlose unbedachte Äußerungen durchgehen, die ja sowieso nicht so gemeint waren. In ihrer Summe ätzen sie sich aber tief ins Bewußtsein der Jugendlichen ein und führen zu dauerhaften seelischen Verletzungen. Zugleich geben sie den zunehmend hilfloser dem Schulalltag gegenüberstehenden Lehrkräften in der Rolle der Verteidiger der abendländischen Zivilisation das Gefühl der Superiorität zurück.

»Der Osmanenriegel«

Solche Äußerungen sind v.a. aber auch Ausdruck einer generellen Haltung gegenüber ImmigrantInnenkindern, Ausdruck der Ungleichbehandlung an deutschen Schulen. Analog der teilweise schon praktizierten, teils lautstark von Kommunalpolitkern geforderten Zuzugssperre für Nicht-Deutsche in bestimmte Wohngebiete, wird für diesen Teil der Bevölkerung auf das Recht auf freie Schulwahl außer Kraft gesetzt. Auch hier ist die Sprache verräterisch und zweigeteilt in eine offizielle, oft euphemistisch getünchte Fassade, hinter der sich im informellen Sprachgebrauch die eigentliche Botschaft versteckt. Offiziell ist neutral klingend von einer »Ausländerquote an den Schulen« die Rede, hinter den verschlossenen Türen – auch der höheren Etagen – der Schulbürokratie redet man ungeniert vom »Osmanenriegel« und kann sich bei dem Kampf um dessen konsequente Durchsetzung wie weiland die Verteidiger Wiens fühlen.

Die LehrerInnen an der »Basis«, die an den Schulen mit einem hohen Anteil von Immigrantenkindern unterrichten, pflegen davon zu sprechen, daß sie an der »pädagogischen Front« tätig seien, gerade so, als hätten sie ihr neues Einfamilienhäuschen in die strahlenbelastete Nachbarschaft eines Atomkraftwerks gebaut.

»Mohammed macht uns ein Frühstück«

Nun hieße es, die Situation schwarz-weiß zu zeichnen, würde man die Schule ausschließlich als einen Hort eingefleischter Rassisten beschreiben. Viele LehrerInnen bemühen sich in ihrer konkreten Unterrichtspraxis um eine Gleichbehandlung aller ihrer SchülerInnen, Projekttage oder andere Vorhaben gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Leider beschränken sich einige dieser Vorhaben nach wie vor darauf, die Anwesenheit von Menschen nicht-deutscher Herkunft als kulinarische oder musikalische Bereicherung multikulturell abzufeiern. Oft wird das Spotlight einseitig auf die SchülerInnen nicht-deutscher Herkunft gerichtet. Der deutsche Lehrer und die deutschen SchülerInnen bleiben im sicheren Dunkel im Zuschauerraum oder in der Position hinter der Kamera sitzen. Gemeinsam schaut man sich interessiert den Lebensfilm der »ausländischen Mitschüler« an, bemüht sich um Verständnis für die fremden Gewohnheiten, und versichert, bei der Aufarbeitung von Defiziten der »ausländischen Mitschüler« behilflich zu sein. Die Notwendigkeit der Eigenveränderung und der Arbeit an eigenen Defiziten kommt für die deutschen TeilnehmerInnen solcher Veranstaltungen nicht in Sichtweite. Ebenfalls nicht ins Rampenlicht gerückt wird hierbei das grundsätzliche Defizit der »deutschen Nationalschule«, unfähig zu Schulreformen zu sein, die anstelle von antiquierten Begrenzungsparolen innovative Modelle und Angebote erarbeiten, die der multiethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft gerecht werden. Die gutgemeinte »Verständnispädagogik« von LehrerInnen greift häufig zu kurz und gerät zudem in Gefahr, die diversen, sich dynamisch verändernden Identitäten von ImmigrantInnenkindern zu simplifizieren und auf einige tatsächliche oder vermeintliche kulturelle Eigenheiten beinhaltende Bilder zu fixieren. Es gibt aber auch eine »linke Variante« der pädagogischen Bemühungen auf diesem Feld, die allerdings ebensowenig erfolgversprechend zu sein scheint. Linke LehrerInnen erstellen in viel Fleißarbeit umfangreiche Unterrichtseinheiten, in deren Verlauf die SchülerInnen mit einer Vielzahl von Fakten, Informationen, Statistiken, Hintergrundberichten und Stellungnahmen konfrontiert werden, mit viel Aufwand vorbereitete Projektwochen werden zu diesem Thema veranstaltet. In linken antirassistischen Gruppen und Diskussionszirkeln wird in letzter Zeit wieder verstärkt die Frage diskutiert, wie man angesichts der rassistischen Wellen im Land an die in den Schulen versammelte Jugend »herankommen« könne. Nun ist weder gegen gutgemeinte Unterrichtseinheiten noch gegen Aufklärungsversuche von außen etwas zu sagen, beides tut not. Das Problem ist nur, daß viele dieser Versuche im Bewußtsein gestartet werden, dem falschen Bewußtsein der unwissenden Schülerschaft mit dem eigenen richtigen Bewußtsein auf die Sprünge helfen zu können oder müssen.

Kommunikation statt Kommuniquès

Der in den siebziger Jahren auch in Deutschland breiter rezipierte und inzwischen schon wieder halb in Vergessenheit geratene brasilianische Pädagoge Paulo Freire kritisiert diese Herangehensweise: *»Echte Befreiung – ein Prozeß der Vermenschlichung – besteht nicht in einem weiteren Deposit, das man in Menschen einlagert. Befreiung ist ein Vorgang der Praxis, die Aktion und Reflexion von Menschen auf ihre Welt, um sie zu verwandeln. Die die der Sache der Freiheit wirklich ergeben sind, können weder das mechanistische Bewußtseinskonzept akzeptieren, das von der Vorstellung ei-*

nes leeren Gefäßes ausgeht, das es zu füllen gilt, noch den Gebrauch der Bankiersmethode der Beherrschung (Propaganda, Slogans-Einlagen) im Namen der Freiheit ... Sie müssen mit dem erzieherischen Ideal aufräumen, als gelte es, Einlagen zu machen, und müssen an seine Stelle die Freiheit setzen, daß Menschen ihre Probleme in ihrem Verhältnis zur Welt formulieren. »Problemformulierende Bildung«, die dem Wesen des Bewußtseins entspricht – nämlich seiner Intentionalität – verwirft Kommuniqués und verwirklicht Kommunikation« (Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, 1971, S. 64).

Vereinzelt gibt es an den Schulen auch schon Versuche, eine antirassistische Arbeit zu praktizieren, die es sich zur Aufgabe macht, die SchülerInnen zu ermuntern, zwischen den Zeilen zu lesen, eindimensionale Bilder aufzulösen, in Widersprüchen zu denken und die eigenen Alltagserfahrungen zu decodieren. Solche Projekte beschäftigen sich z.B. mit Stereotypen aller Art. Bewußt mehrdeutig gestaltete Bilder werden unterschiedlich interpretiert, soziale Stereotypen zu eigenen Alltagserfahrungen in Beziehung gesetzt, die klischeehaften Rollenzuschreibungen der Geschlechter, Covergirls und -boys mit den eigenen Träumen konfrontiert. Das persönliche Kennenlernen über das in schulischen Zusammenhängen sonst Erfahrbare hinaus beschränkt sich nicht auf die Aufforderung: »Morgen werden uns Mohammed und Ali mal ein typisch arabisches Frühstück machen«, wobei dann noch übersehen wird, daß Frühstücken gar nicht typisch arabisch ist und die so geforderten Familien zu allerlei möglicher künstlicher Vorbereitungshektik gezwungen werden, vielmehr erzählt, malt, spielt jede bzw. jeder, natürlich einschließlich der deutschen TeilnehmerInnen und LehrerInnen einige Lebensstationen oder -bilder.

Wenn über das »Fremde« gesprochen wird, definiert nicht die Lehrkraft, wer oder was fremd ist, vielmehr kommt es z.B. von den TeilnehmerInnen an einem Spielprojekt zu ganz unterschiedlichen Definitionen und Bewertungen und zu Äußerungen, die teilweise parallel, zum Teil aber auch in Koalitionen völlig quer zur ethnischen Herkunft gemacht werden. Bei Theateraktionen (z.B. unsichtbares Theater nach A. Boal) auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln können Reaktionen auf provozierte Anlässe gemeinsam erfahren und ausgewertet, aber auch Diskussionen im öffentlichen Rraum initiiert werden. Es gibt vielfältige Methoden von ganz unterschiedlichen Ansätzen, das Material liefern weniger die Schulbuchverlage als vielmehr die Alltagskultur der Jugendlichen selber, sei es in Form von Musik, Videos, Filmen, Theater, Fotos, Comics, Bildern oder mündlichen Erzählungen.

»No justice – no peace!«

Aber auch die in den mit oben kurz skizzierten Bewußtsein und Absichten betriebenen Aktivitäten bleiben Kosmetik, wenn im Zentrum der antirassistischen Arbeit nicht der Abbau des institutionellen Rassismus an den Schulen steht. Die kulturelle Dominanz drückt sich eben nicht nur im Alltagsdiskurs aus, sondern ist institutionell festgeschrieben. Das Recht auf Muttersprache, Einstellung von nicht-deutschen Lehrkräften und SozialpädagogInnen und deren Beförderung in leitende Positionen, gleiche Bezahlung für die in der Schule tätigen Deutschen und Nicht-Deutschen, Curricula und Lehrmateralien, die der multiethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft Rechnung tragen, unabhängige, mit Kompetenzen ausgestattete Beschwerdestellen und Antidiskriminierungsvorschriften im Schulgesetz, all dies sind Forderungen, die ein fester Bestandteil des demokratischen Kampfes gegen die neue Bildungsmisere und für demokratische Schulreformen sein müßten.

In der öffentlichen Diskussion um den Werteverfall der Jugend und in den Schulen werden immer wieder Tugenden wie Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Pflichterfüllung beschworen, von einem Wert ist hierbei nie die Rede: Gerechtigkeit! Auch altlinke LehrerInnen und ehemalige Antiautoritäre sehen zunehmend im härteren Durchgreifen das probate Mittel gegen Gewalt und Desintegrationstendenzen in den Schulen. Bei den sogenannten Rassenunruhen in Los Angeles, die unlängst durch einen Justizskandal ausgelöst wurden, rief die plündernde Menge in den Straßen immer wieder einen Slogan: »No justice – no peace!«. Wer sich ernsthaft Sorgen macht um das friedliche Zusammenleben auch an unseren Schulen macht, wird diesen Zusammenhang berücksichtigen müssen.

Norbert Böhnke

anzeige



Schule als Luxus
Minderjährige Flüchtlinge im Bildungsbereich

Wir hatten die Gelegenheit, mit einer Lehrerin, einer Betreuerin und einem Betreuer von jugendlichen Flüchtlingen ein Gespräch über deren Chancen in der Schule und später im Ausbildungsbereich in Berlin zu führen. In dem folgenden Artikel fassen wir die wichtigsten Fakten zusammen.

Laut Gesetz gilt auch für Flüchtlingskinder und -jugendliche wie für alle anderen die Schulpflicht. Faktisch steht sie aber nur auf dem Papier, denn die Grundlagen dafür, daß sie auch durchgesetzt wird, sind nicht geschaffen worden. Die jugendlichen Flüchtlinge werden gewöhnlich durch die offiziellen Stellen nicht über ihre Schulpflicht informiert. Werden sie von sich aus aktiv oder werden von ihren Eltern oder BetreuerInnen an der Schule angemeldet, ist es sehr schwierig für sie, einen Schulplatz zu bekommen. Zwar sind für 14- bis 16jährige Flüchtlinge an einigen Schulen viermal jährlich beginnende sog. Eingliederungslehrgänge (EGL) eingerichtet worden, doch die Zahl der BewerberInnen übersteigt das Angebot an Plätzen bei weitem. Bei jedem Termin bleiben in Berlin 40 bis 50 Jugendliche übrig, die nur auf den nächsten Lehrgang warten können. Diese Situation ist seit Jahren bekannt, und doch wird von den zuständigen Senatsstellen nichts unternommen, um den Mangel zu beseitigen. Jugendliche, die kurz vor ihrem 16. Geburtstag einreisen, werden gar nicht erst mehr an den Schulen zugelassen, es sei denn, ein Rektor zeigt guten Willen und nimmt sie dennoch in einer Klasse auf. Besonders schwierig ist die Lage für Kriegsflüchtlinge, die statt eines ordentlichen Aufenthaltsstatus nur eine Duldung haben und damit von einigen Bezirksbehörden als »Touristen« eingestuft werden, die sich hier nicht »gewöhnlich aufhalten« und damit auch kein Recht auf einen Schulplatz haben.

Abgesehen von den Schwierigkeiten, überhaupt einen Platz an der Schule zu finden, ist der Name »Eingliederungslehrgänge« insofern irreführend, als eine Eingliederung in das reguläre Schulsystem für diese Jugendlichen gar nicht vorgesehen ist. Es gibt zwar Schulen, die sich von sich aus bemühen, die EGL innerhalb der Schule zu integrieren; andere dagegen versuchen, die EGL-SchülerInnen so weit wie möglich von den anderen SchülerInnen zu trennen. Und inzwischen gibt es sogar Überlegungen, die Lehrgänge aus den Schulen in die Wohnheime zu verlagern und dort von StudentInnen durchführen zu lassen, d.h. den Flüchtlingsjugendlichen den einzigen öffentlichen Raum, wo sie sich ein bißchen entfalten können, zu nehmen.

Es ist für die Situation der Flüchtlingsjugendlichen bezeichnend, daß selbst ein Platz in einem EGL wie ein Luxus erscheint und der Besuch einer Schule oder eines EGL gleichbedeutend damit ist, etwas »Tolles« zu machen. Wartezeiten auf einen Platz in einem EGL, wie sie die Senatsstellen ganz selbstverständlich in Kauf nehmen, sind für die Flüchtlingsjugendlichen, die ja nicht arbeiten dürfen und oft auch alleine hier sind, schlimme »Hängezeiten«, die sie aus dem Lebensrhythmus bringen bzw. verhindern, einen solchen zu finden. »Wenn sie zwei Monate statt eines Monats warten müssen, dann ist das für sie nicht doppelt, sondern viermal so schlimm.«

Für Flüchtlingsjugendliche, die aus dem »schulpflichtigen Alter« heraus sind, wird die Lage nicht besser. Es gibt an den Volkshochschulen in Berlin-Kreuzberg und Schöneberg zwar Hauptschulabschlußlehrgänge für »ausländische« Jugendliche, für die sich auch Flüchtlinge bewerben können. Doch die 180 Tagesplätze für ganz Berlin reichen bei weitem nicht aus – die Zahl der BewerberInnen übersteigt die Anzahl der Plätze um ein Mehrfaches. Die Zusage des Senats, einen dritten Lehrgang einzurichten, wurde wegen Geldmangels gestrichen, und auch das rot-grüne Bezirksamt Kreuzberg hat den Etat dafür seit über zehn Jahren nicht erhöht, obwohl der Bedarf größer und größer wird. Um überhaupt in einen Hauptschulabschlußlehrgang zu kommen, müssen die Jugendlichen zuvor einen Test (in Deutsch und Mathematik) ablegen. Für die, die den Test nicht schaffen und nicht aufgenommen werden, wird es immer schwieriger, überhaupt einen Zugang zu Bildung und Ausbildung zu finden. Einen längerfristigen Vorbereitungskurs auf die Hauptschulabschlußlehrgänge gibt es nicht. Grundlehrgänge, wie sie für ImmigrantInnenkinder durch das Arbeitsamt noch finanziert werden, fallen für Flüchtlingskinder weg. Für sie bleiben einige von freien Trägern oder Projekten angebotene Kurse; aber auch dort existieren lange Wartelisten, und zunehmend weigern sich Jugendämter, die anfallenden Kosten zu übernehmen. Jugendlichen, die außerhalb von Jugendhilfeeinrichtungen bei ihren Eltern oder in einem Wohnheim wohnen, wird nur noch einmalig ein dreimonatiger (Deutsch-)Kurs an einer Volkshochschule oder woanders finanziert – und dann werden die Jugendlichen kritisiert, warum sie denn immer noch nicht gut deutsch sprechen können. Im übrigen werden auch die Volkshochschulangebote immer weiter reduziert, abgesehen davon, daß sie auf einen anderen Kreis von AdressatInnen – z.B. AusländerInnen, die an den Hochschulen studieren bzw. promovieren wollen – zugeschnitten sind. Werden sie über den »Sprachverband« finanziert, stehen sie nur für Leute aus Europa und den ehemaligen Anwerbeländern offen. Für Jugendliche, die in Jugendhilfeeinrichtungen wohnen und dort von BetreuerInnen unterstützt werden, gibt es eher die Möglichkeit, weitere Kurse zu besuchen. Letztlich drehen sie sich aber auch im Kreis, durchlaufen ohne ein richtiges Ziel die verschiedenen Einrichtungen und landen womöglich wieder in denselben Kursen, die sie schon zwei, drei Jahre zuvor belegt hatten. Sie bekommen hier die Auswirkungen einer Flüchtlingspolitik zu spüren, die es verhindert, daß Flüchtlinge ihr Leben hier überhaupt über einen auch nur wenige Wochen übersteigenden Zeitraum hinweg planen können. Das Ergebnis dieser Politik läßt sich gut daran ablesen, was aus den palästinensischen und libanesischen Flüchtlingskindern geworden ist, die seit über zehn Jahren in der Stadt leben: Sie sind ohne Ausbildung geblieben und müssen nun die schlechtbezahltesten Arbeiten ausführen. Ganz in diesem Trend liegt eine Weisung des Innensenats an die Ausländerbehörde, das grundsätzliche Verbot eines Studiums oder einer Berufsausbildung für AsylbewerberInnen auch dann nicht (wie es vor dieser Weisung die Praxis war) aufzuheben, wenn sie ein Ausbildungsangebot irgendeines Betriebes vorweisen können. Nach Protesten durch den Flüchtlingsrat und anderen sollen zwar nun die vor dem Stichtag des 6. April 93 eingereisten jugendlichen Flüchtlinge von dieser Weisung ausgenommen werden. Tatsächlich bleiben aber auch sie oft im Kreislauf zwischen Ausländerbehörde und Arbeitsamt

hängen, weil erstere das Ausbildungsverbot ohne vorherige Zusage des Arbeitsamts auf eine Arbeitserlaubnis nicht streichen will, das Arbeitsamt aber diese Zusage wiederum davon abhängig macht, ob es bevorrechtigte BewerberInnen (Deutsche oder ImmigrantInnenkinder) für den Ausbildungsplatz gibt – und leider gibt es sie meistens. Und für nach dem Stichtag eingereiste Jugendliche bleibt das grundsätzliche Ausbildungsverbot bestehen. Noch auf einem anderen Wege versuchen derzeit bestimmte Bezirksämter, Flüchtlingsjugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung zu nehmen: Für sie wird grundsätzlich die Jugendhilfe mit der Vollendung des achtzehnten Lebensjahres gestrichen, während normalerweise Jugendliche, die sich in der Ausbildung befinden, bis maximal 27 Jahre von der Jugendhilfe unterstützt werden. Jugendliche Flüchtlinge verlieren so mit dem 18. Geburtstag ihren Wohnplatz in einer Jugendhilfeeinrichtung und ihre Ausbildungsperspektive. Ein Gericht hat in einem Fall die Rechtmäßigkeit der Streichung von Jugendhilfe an einen 18 Jahre alt gewordenen Flüchtling zynischerweise damit begründet, dieser bräuchte keine finanzielle Unterstützung mehr, da er seine Selbständigkeit hinreichend unter Beweis gestellt habe – er habe sich seinen Ausbildungsplatz schließlich selbst besorgt.

Welche Forderungen haben unsere GesprächspartnerInnen, welche Alternativen für die Bildung und Ausbildung von jugendlichen Flüchtlingen können sie sich vorstellen? »Eigentlich müßte das Ganze umgekrempelt werden.« Alternativen für den Bildungsbereich sind kaum ohne eine grundsätzliche Änderung der Flüchtlingspolitik insgesamt denkbar. Allerdings handeln die Behörden hier noch sturer als anderswo, sie »haben wirklich keine Phantasie und Humanität sowieso nicht«. In Holland zum Beispiel wurde Ende letzten Jahres jugendlichen Flüchtlingen, die ausgewiesen werden sollten, die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung für eine einjährige handwerkliche Ausbildung angeboten. In Schweden wird Flüchtlingen, denen die Einreise in das Land gewährt wird, sofort eine gewisse Lebensplanung ermöglicht. Sie bekommen Schwedisch-Kurse bezahlt, ihre Sozialhilfe erhöht sich, je mehr Kurse sie belegen, und danach stehen ihnen prinzipiell alle Bildungseinrichtungen offen. Die Kehrseite ist freilich, daß auch Schweden eine rigorose Abschottung gegen Flüchtlinge aus bestimmten Ländern betreibt. Flüchtlinge aus Somalia werden zum Beispiel zur Zeit ins Land gelassen und anerkannt (im Gegensatz zu hier), Flüchtlinge aus Eritrea dagegen sofort abgeschoben.

Den jugendlichen Flüchtlingen hier müßte endlich auch die Möglichkeit gegeben werden, ihr Leben zu planen. Statt wie bisher völlig von dem guten Willen, den Launen und Wertvorstellungen von SachbearbeiterInnen oder SozialarbeiterInnen im Jugendamt abhängig zu sein, müßte für sie das Kinder- und Jugendhilfegesetz in gleicher Weise wie für deutsche Kinder und Jugendliche angewandt werden. Jugendhilfeeinrichtungen für Flüchtlinge dürften nicht wie bisher finanziell und personell schlechter als Einrichtungen für deutsche Jugendliche ausgestattet und konzeptionell auch nicht mehr als »Ablage-Heime« verstanden werden, in denen man die jugendlichen Flüchtlinge einfach »verstaut« und warten läßt. Kurz: Jugendliche Flüchtlinge müssen endlich in der Schule, in der Ausbildung und im Jugendhilfebereich die gleichen Rechte wie deutsche Jugendliche erhalten.

Pädagogik AG der Antirassistischen Initiative

Neu im iz3w

Heute hier – morgen fort

Das Buch zu Migration, Rassismus und der (Un)Ordnung des Weltmarkts

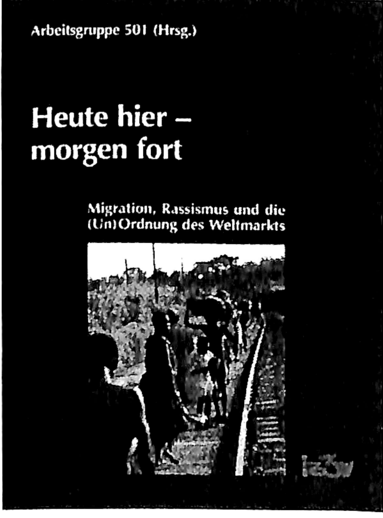
Mit Beiträgen von:

Hanna Beneker / Eva Wichtmann • Michael Bommes / Albert Scherr • Augusta Dwyer • Peter Franke • Klaus Kriener • Graciela Malgesini • Bernhard Merk • Necati Mert • Jens Chr. Müller / Manon Tuckfeld • Lydia Potts • Nora Räthzel • Saskia Sassen • Katina Schubert • Helga Tewes • und anderen •

208 Seiten, für DM 19,–
(+ 3,– DM Porto/Verp.) bei:

Informationszentrum
Dritte Welt, Pf 5328
79020 Freiburg
Tel. (07 61) 74 00 3
Fax (07 61) 70 98 66

Buchhandel über Prolit,
35463 Fernwald
ISBN 3-92226312-7





Rassismus in Biologieschulbüchern

Schulbücher stellen eine besondere Form von Texten dar. Von wissenschaftlichen oder populärwissenschaftlichen Werken unterscheiden sie sich durch die staatliche Verordnung und Prüfung der Inhalte, sie werden nicht nur nach fachlichen und didaktischen Grundsätzen geschrieben, sondern im Einklang mit Lehrplänen erstellt. Für Schüler und Lehrer sind sie als verordnete Literatur Teil ihrer Alltagswelt. Diese Staatlichkeit strukturiert den besonderen regierungswissenschaftlichen Blick der Schulbiologie, in dem Bevölkerung in ihrer Vermehrung, Quanti- und Qualität betrachtet wird.

Bio-Politik, Rassismus, Volks- und Individualkörper

Im Rahmen der Ideologie der »Neuen Rechten«, aber nicht nur bei ihr, läßt sich zunehmend ein politisches Konzept erkennen, das Michel Foucault in »Der Wille zum Wissen: Sexualität und Wahrheit 1« mit dem Etikett »Bio-Politik« belegt hat und dessen Wurzeln im 18. Jh. auszumachen sind: *»Eine der großen Neuerungen in den Machttechniken des 18. Jahrhunderts bestand im Auftreten der ›Bevölkerung‹ als ökonomisches und politisches Problem: Die Bevölkerung als Reichtum, die Bevölkerung im Gleichgewicht zwischen ihrem eigenen Wachstum und dem ihrer Ressourcen. Die Regierungen entdeckten, daß sie es nicht nur mit Untertanen, auch nicht bloß mit einem ›Volk‹, sondern mit einer Bevölkerung mit spezifischen Problemen und eigenen Variablen zu tun haben wie Geburtenrate, Sterblichkeit, Lebensdauer, Fruchtbarkeit, Gesundheitszustand, Krankheitshäufigkeit, Ernährungsweise und Wohnverhältnissen [...]. Im Zentrum des ökonomischen und politischen Problems der Bevölkerung steht der Sex: Man muß die Geburtenrate und das Heiratsalter analysieren, die Geschlechtsreife und die Häufigkeit der Geschlechtsbeziehungen, die Mittel, die fruchtbar oder unfruchtbar machen [und] die Wirkungen von Ehelosigkeit und Verboten untersuchen.«*

Der moderne, staatliche, biologisierende Rassismus bietet dieser Bio-Politik einerseits die Möglichkeit, eine Einteilung der Gesellschaft in tendenziell zu vernichtende bzw. förderungswürdige Gruppen vorzunehmen, andererseits bietet die »mystische Sorge um die Reinheit des Blutes und der Rasse« (ebd.) einen Weg, der Sexualität eine geschichtliche Mächtigkeit zu unterlegen. Die Bio-Politik als Makropolitik der regierungswissenschaftlichen Regulation des Gesellschaftskörpers tritt zu historisch älteren Disziplinartechniken, die unmittelbar auf den Individualkörper normierend wirken. Dadurch ist »der Sex (...) zum Einsatz, zum öffentlichen Einsatz zwischen Staat und Individuum geworden; ein ganzer Strang von Diskursen, Wissen, Analysen und Geboten hat ihn besetzt.« (ebd.).



Auch die Schulbücher stellen einen öffentlichen Einsatz zwischen Staat und Individuum dar, bilden einen idealen Ort, Kindern bio-politische Ideologien zu vermitteln. In Deutschland ist in der Geschichte der Schulbiologie ein Sonderweg zu beachten: Die NS-Biologie, in der offen wertender Rassismus/Antisemitismus mit Eugenik, Gesundheitsbelehrungen und Gattenwahl verschmolzen wurde. Die Nachkriegsschulbiologie wurde von Didaktikern, die schon den Aufbau der NS-Biologie maßgeblich förderten (wie etwa Erich Thieme oder Hermann Linder), mitaufgebaut, daher verwundert es kaum, wenn sich in den Büchern dieser und anderer Autoren »Reste« des typischen NS-Wissenschafts- und Ideologiekonglomerats, allerdings von allzu eindeutigem, offen wertendem Rassismus gesäubert, finden. Der erste Eingang von (Kolonial-)Rassenkunde und mithin auch von Rassismus in die deutsche Schulbiologie findet sich bereits in kaiserzeitlichen Schulbüchern.

Sexualkunde: Die Mutter und Gesundheit als Norm

Die Sexualkunde steht vollkommen unter der Normalitätsvorstellung der heterosexuellen Partnerschaft mit Kindern. War es im NS wichtig, daß das »Mädchen« nicht »dem Juden zum Opfer fällt«, daß es eigenverantwortlich – so das didaktisch-propagandistische Ideal – als Ahnherrin den richtigen »nordischen, erbgesunden« Gatten wählt, so gilt es heute, Schülerinnen vor zu frühen, zu häufigen Sexualkontakten zu warnen und Schüler vor Homosexualität zu beschützen: *»Petting (bei Jugendlichen) bedeutet insofern Gefahr, als unter dem Erleben des Orgasmus die Willensstärke verloren gehen kann, besonders dann, wenn enthemmende ›Drogen‹ mit im Spiel sind.«* (Bukatsch 1972). *»Gleichgeschlechtliche Handlungen in der Jugendzeit müssen nicht zur Homosexualität führen, können es aber. Daher haben ältere Verführer, die homosexuell sind, oft Mitschuld an der geschlechtlichen Fehlprägung Jugendlicher. Die seelenärztliche (psychotherapeutische) Behandlung der Homosexualität ist meist schwierig und langwierig.«* (Duderstadt 1975).

Die Eugenik wird in der Schulbiologie nach 1945 eigenverantwortlich in die Hand der zukünftigen Eltern gelegt: »Genetische Beratungsstellen können dem Menschen helfen, erbkranken Nachwuchs zu vermeiden. a) Überlege, welche Bedeutung der genetischen Familienberatung zukommt! Berichte! Überlege, welche Verantwortung jeder einzelne von uns für seine Nachkommenschaft übernimmt! Erkläre!« (Lange, Strauß, Dobers 1975). Und ihre NS-Geschichte wird heuchlerisch abgetrennt: *»Der Begriff der Eugenik ist vor allem unter dem Nationalsozialismus mißbraucht worden. Er wurde zu dieser Zeit mit »Rassenhygiene« gleichgesetzt. Dabei wurden wissenschaftlich haltlose Maßstäbe zur Legitimierung politischer Verbrechen herangezogen. Trotz dieser geschichtlichen Belastung müssen heute wieder Fragen der Eugenik diskutiert werden, um der zunehmenden Ausbreitung genetisch bedingter Krankheiten in der Gesellschaft zu begegnen«* (Miriam/Scharf: Biologie heute, Sek. II, 1981). Die unauflösliche Verbindung zwischen Rassismus und Behindertenfeindlichkeit, wie sie im »Dritten Reich« für die deutsche Schulbiologie als Rassenhygiene typisch war, findet sich zwar in solchen Nachkriegsquellen nicht mehr, aber der Normalitätsentwurf: »gesunde Staatsbürger« beinhaltet die Vorverlagerung von Tötung von Behinderten durch genetische Beratung und pränatale Diagnostik. Es ist kein Wunder, wenn Behinderte wie Ausländer zu den Opfern rechtsextremer Gewalt gehören.

Rassismus und Rassenkunde

»Ungleich hat die Natur den Menschen ihre Gaben gespendet. Im Norden mangelt es an Licht und Sonnenwärme: Dort ist es rauh und kalt, schwer ist dem Boden etwas abzuringen. Nur Menschen, die einen harten Kampf ums Dasein ertragen konnten, überstanden hier die Auslese (...) Daher sind die Menschen des Nordens (...) Träger von Willensstärke, Zähigkeit, Kampfesfreudigkeit und trotzigem Erhaltungswillen. Auch regten gerade die harten Bedingungen des Nordens die Menschen an, sich Schutz- und Trutzeinrichtungen zu schaffen und über die Abwehr schädlicher Außenweltwirkungen nachzusinnen, somit letzten Endes die Ausgangspunkte hoher Kultur zu schaffen. Anders im Süden (...) Mühelos spendet die Natur das, was zur Notdurft des Lebens und der Nahrung nötig ist. Der Antrieb zur tatkräftigen Arbeit ist also weniger vorhanden.« (Thieme 1935).

Diese typische Stelle des NS-Rassismus erklärt Unterschiede von »Rassen« aus materiellen Gegebenheiten der Geographie: die biophysikalische Grundlage determiniert im Lauf der Evolution die Kultur. Sich von solchen schlichten rassistischen Vorstellungen abzugrenzen, ist leicht und vermittelt das fälschlich sichere Gefühl, gegen Rassismus mittels objektiver Information zu kämpfen. Die offene ideologische Wertung wie im Nationalsozialismus gilt in der Nachkriegsanthropologie – und bei den von ihr abschreibenden Schulbuchautoren – oftmals als die einzige Form bzw. Ursache der »Rassendiskriminierung«, die »nicht in der Feststellung von Verschiedenheiten, sondern in der Wertung, die immer eine ideologische ist, da sie nach bestimmten Maßstäben erfolgen muß« liegt (Knußmann 1980). Da die »Feststellung von Verschiedenheiten« – auch ohne Wertung – die nicht zu umgehende Voraussetzung für Rassismus ist, wird im folgenden Rassismus als ein »gesellschaftliches Ein- und Ausschließungsverhältnis, das (...) mit ›Eigenschaften‹ behaftete ›Fremd- und Heimatkollektive‹ schafft« (Reinfeldt 1991) verstanden. Dies entspricht auch der zentralen Begründung im Schulbiologieerlaß des nationalsozialistischen Kultusministers: »Der Grund der Ausschaltung der fremdrassigen Gruppen ist nicht ihre Schlechtigkeit, sondern lediglich die Feststellung der unabweisbaren Andersartigkeit« (Brohmer 1936).

»Rasse« wird beispielsweise in »Biologie« von Lange u.a. (1975) mit Abbildungen aus NS-Lehrbüchern vermittelt, die Darstellungen der einzelnen »Rassen« erfolgt entlang der trennenden Vorstellungen des Heimatkollektives zu denen der Fremdkollektive: Hautfarbe (hell, dunkel, braun, schwarz), Haarform (blond, braun, schwarz), Haarform (glatt, wellig, kraus) usw. Die enge Verbindung der deutschen »Rassenkunde« mit Rassismus bzw. rassenhygienischen Vorstellungen wird verschwiegen, obwohl eine für diese Verbindung paradigmatische Untersuchung von Eugen Fischer als Klassiker vorgestellt wird.

In einem weiteren Buch derselben Autoren heißt es: *»Die Menschengruppe der Negriden zeichnet sich durch eine dunkle Haut aus. Neben dem krausen Haar, einer breiten Nasenwurzel, wulstigen Lippen und dem meist etwas vorstehenden Unterkiefer besitzen diese Menschen mehr Schweiß- und Talgdrüsen. Vermehrte Schweißabsonderung bewirkt die Abkühlung des Körpers. Durch das abgesonderte Fett der Talgdrüsen glänzt der Körper, so daß ein Teil des Lichtes vom Körper zurückgespiegelt wird.«*

Die »eigentümlich riechende« Haut des »Negers« war schon 1892 eine rassenkundliche Bemerkung wert, der »stinkende Neger« ist ein verbreitetes Element von Alltagsreligionen.

Privilegien: Geborene Genies und Verbrecher

Daß Menschen verschiedene objektiv meßbare Qualitäten besitzen, ergibt sich für Schüler aus ihrer Alltagswelt: Aus Noten. »Wissenschaftliches« Äquivalent hierzu sind die IQ-Tests. In Bioschulbüchern findet sich eine ganze Reihe von Angaben über die Erblichkeit von Intelligenz sowie anderer »kranker« oder »gesunder« psychischer Merkmale. Sofern diese Untersuchungen nicht von den gefälschten Ergebnissen des Rassisten Cyril Burt (getrennt aufgewachsene Zwillinge) herrühren, lassen sie sich meist auf NS-Quellen zurückverfolgen. Hierher gehört der Stammbaum der Familie Bach als Beweis für die Erblichkeit der Musikalität, der dem NS-Klassiker »Baur/Fischer/Lenz: Menschliche Erblehre und Eugenik« entstammt. Aber auch Angaben über »Schwachsinn« oder Schizophrenie: Die »Manifestationswahrscheinlichkeit« beim Schwachsinn betrüge »praktisch



100%«, bei Schizophrenie dagegen »nur 70-80%«. Die Zahlenangaben sind z.B. in Gütt u.a.: »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« enthalten und sind von Hans Luxemburger, der auch über Sterilisation publizierte, veröffentlicht worden. Dieser biologische Determinismus, der den Diskurs des Erbe-Umwelt-Streites in Richtung Erblichkeit festlegt, ist die logische Voraussetzung für Eugenik und biologisierenden Rassismus, der »Völkern« einen »Rassencharakter« zuschreibt.

Die Agitation für »erbliche Fähigkeiten« durch Konservative und Faschisten hat noch weitere politische Folgen: sie legitimiert die Verweigerung von Schulbildung gegenüber als unbegabt geltenden Bevölkerungsschichten und behauptet Hierarchie, Herrschaft und Wohlstand als durch besondere erbliche Fähigkeiten unabänderlich sachlich begründet.

Eine neue Reformulierung der Thesen vom »geborenen Verbrecher« (Lombroso ab 1894) wird in neueren Schulbüchern über die These, daß Männer mit zwei Y-Chromosomen zu Aggressivität und Mordlust neigen, vertreten. Dies hat vor allem eine gesellschaftliche Stabilisierungsfunktion, da Gewalt und Verbrechen dem Normalbürger als nicht immanent betrachtet werden. (In diesem Zusammenhang wäre die neue Debatte über jugendliche männliche Gewalttäter mit ihren biologistisch-sexistischen Interpretationen abzuwarten. Eventuell findet diese über soziobiologische Interpretationen demnächst Eingang in die Schulbiologie).

Die explodierende Bevölkerung

Kurz sei nur darauf hingewiesen, daß die weltweite Bevölkerungspolitik sich in die Praktiken des Kalten Krieges bzw. Neokolonialismus lückenlos einfügte. So finden sich in Bioschulbüchern etwa Informationen über die explodierende Bevölkerung in der »Dritten Welt«, oder die Bevölkerungsentwicklung des Westens wird der des Ostens gegenübergestellt.

Schulbiologie als Ausgangspunkt von Ungleichheit und Rassismus

»Die Wissenschaft hat festgestellt, daß Coca-Cola Schnaps enthält.« Dieser Spottvers persifliert den Diskurs des Schulbuches wohl am besten. Schulbücher teilen, zumeist unter Verzicht von Quellen, Kritik und durch Didaktik zusätzlich vereinfacht, wissenschaftliche Ergebnisse in der Form universeller Wahrheiten mit. Sie stellen ein Beispiel für den Rassismus der Eliten dar, der rassistische Alltagsreligionen verstärkt, steuert oder anregt.

Für rechte Ideologen sind Biologieschulbücher von besonderem Interesse: Auf sie kann als neutrale Quelle verwiesen werden, sie bilden einen allgemein anerkannten Kanon von zwangsweise rezipierten biologischen Theorien und biologistischen Theoremen.

Die Biologisierung von menschlichen Handlungen, die Behauptung von angeborenen Qualitäten und Verhaltensmustern (z.B. Xenophobie), die Warnung vor dem genetischen Verfall, ermöglicht es, bestehende Ungleichheit und bewußte Ungerechtigkeit als durch »Wissenschaft« bewiesene, objektive Naturgegebenheit darzustellen.

Dem trägt die »Neue Rechte« Rechnung, indem sie systematisch gerade auf die verhaltensbiologischen Modelle Lorenz und Eibl-Eibesfeldt bezug nimmt oder systematisch Intelligenzforschung rezipiert.

Es wäre eine gründliche Entstaatlichung der Schulerziehung, zumindest aber ihres Schulbiologiediskurses anzustreben, um den regierungswissenschaftlichen Blick auf »die« Bevölkerung und die ökologischen Probleme zu beseitigen. Die Sexualkunde kann sich als Element des naturwissenschaftlichen Biologieunterrichtes wohl kaum aus der Dominanz einer Sexualwissenschaft befreien, sie wird damit immer Normierungen verbreiten. Das Wissen über »Behinderungen« läßt sich – da dieses als »nichtnormal« und leidbehaftet vermittelt wird – kaum von eugenischen oder bioethischen Gedanken trennen. *Detlev Franz*

Quellenangaben siehe: Detlev Franz (1993): »Biologismus von oben« (DISS-Texte Nr. 28).

Als weitere Lektüre zum Thema »Rassismus in Schulbüchern« sei auf Teun A. van Dijk: »Rassismus heute« in dem Kapitel »Bildungsdiskurse: Schulbücher« (S. 21-28), erschienen als DISS-Texte Nr. 14, verwiesen.

Wachsende Gewalt an den Schulen

Über den latenten Rassismus der Pädagogik und die Unmöglichkeit, dem Rassismus mit erzieherischen Mitteln beizukommen

»Besonders brutal sind die 10- bis 15jährigen«, »Versagt die Schule?« – so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen. Der hektische Aktionismus, mit dem die SozialtechnokratInnen ein »neues« Tätigkeitsfeld entdecken, stimmt nachdenklich. Sicher, keineR wird bestreiten wollen, daß rassistische Übergriffe und der Haß gegen alles »Andersartige« – gegen Nicht-Deutsche, aber auch gegen Behinderte, Linke, Lesben, Schwule etc. – zunehmen. Doch die Art und Weise, wie staatliche Instanzen und Institutionen aus dem Bereich der sozialen Arbeit auf diese Bedrohungen lange Zeit zunächst überhaupt nicht reagiert haben, um nun in hektischen Aktionismus zu verfallen und mit ein paar publicityträchtigen Verboten zur Stelle zu sein, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Ich gehe im folgenden von drei Grundannahmen aus, die ich an dieser Stelle nur kurz bezeichne:

1. Erziehung – und Pädagogik als deren institutionalisierte Form, auf der in diesem Beitrag mein Hauptaugenmerk liegt – beinhalten per se ein Gewaltverhältnis von Menschen über Menschen. Die als »unfertig« und »ungenügend« betrachteten Kinder und Jugendlichen werden zum Objekt der Erwachsenen, die diese mittels bestimmter Richtlinien, Normen- und Wertschemata zu vervollständigen trachten – wobei den so angeleiteten der Einblick in die Methoden und Ziele dieses Prozesses bewußt vorenthalten wird. Mittels der konstruierten Erziehungsbedürftigkeit der »Zöglinge« und dem alleinigen Wissen der erziehenden Menschen über das, was gut für die Lernenden und deren Zukunft ist, geraten Kinder und Jugendliche so letztlich in den Status von Kolonisierten. (1)

Die eurozentristische Modernisierungsphilosophie – Kultur und Fortschritt durch Kolonisierung bzw. Erziehung und Bildung – ist deutlich erkennbar. Das darin steckende pädagogisierende Denken erweist sich so, wenn wir es als gesamtgesellschaftliches, über den engen Rahmen von Schule hinausgehendes Phänomen begreifen, als Wurzel der Vorurteile, die Menschen von Menschen haben. Statt vorbehaltloser Annahme des Gegenübers

sehen Eltern, LehrerInnen, Verwaltungsapparat, PolitikerInnen, Sozial- und Kulturbehörden, Justiz etc. ihre »Klientel« von vornherein als bevormundungs- und verbesserungsbedürftig an.

2. Erziehung war und ist immer auch Nationalerziehung: Erziehung in den Staat hinein – dies gilt erst recht in einem System mit staatlicher Schulkontrolle wie in der BRD. Völkische und nationalstaatliche Motivationen standen bereits bei so bekannten Denkern und Pädagogen wie A. v. Humboldt, Rousseau und Pestalozzi im Vordergrund. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert.

3. Über die vielfältigen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Pädagogik und ihrer PädagogInnen habe ich bereits an anderer Stelle geschrieben. (2)

»Atemberaubend alternativ und reinrassig« (Werbung des Autoherstellers BMW)

Das Primat der Ökonomie dominiert in unserer Gesellschaft alle Bereiche des täglichen Lebens – und hat entsprechende Bedeutung für die geschichtliche Entwicklung der Kindheit, für die Entstehung des Patriarchats, für Erziehung und Bildung. Die komplexer werdende Wirtschaftswelt forcierte die Herausbildung von Hierarchien – auch des von Wilhelm Reich so bezeichneten »Miniaturstaats Familie« – und begünstigte damit die gesellschaftlichen Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten von Staat und Kapital. Einen Aufschwung erhielt dabei zugleich auch die Errichtung von Straf-, Disziplinierungs- und Kontrollinstanzen (z. B. bildeten sich Gefängnisse, Militär und Schulen in ihrer im Prinzip noch heute bestehenden Form heraus), die den Lebensweg möglichst normiert vorbestimmen und bei Verstößen gegen die Ordnung die Unangepaßten reglementieren sollten. Begleitend wurde in der Gesellschaft eine regelrechte »Arbeitssucht« durchgesetzt.

Auch die Nationalsozialisten machten ihre rassistische Ausgrenzungspolitik nicht zuletzt an einer rigiden Arbeitsideologie fest. Die Vernichtung, zumindest aber Zwangssterilisierung der »Arbeitsscheuen«, »Schmarotzer« und »Ballastexistenzen« wurde sozialdarwinistisch und ökonomisch begründet.

Foto: Archiv Umbruch

Mit ähnlichen Argumentationsmustern werden heute Arbeitende, »soziale Randgruppen«, »Gastarbeiter« und »Scheinasylanten« nach dem Prinzip »teile und herrsche« gegeneinander ausgespielt.

Der Leistungsmythos stellt die Legitimation der Deutschen schlechthin dar, es hat sich ein »Wirtschafts- und Leistungspatriotismus« entwickelt, der auch auf die Bedingungen in der Schule zurückwirkt: SchülerInnen identifizieren sich Untersuchungen zufolge stark mit dem schließlich lange genug eingeübten Leistungsanspruch der Schule und übertragen die kapitalistische Leistungsideologie damit auf die von ihnen ausgegrenzten »Außenseiter« und »Versager« – die die Schule wiederum selber herstellt.

Es werden deutsche Überlegenheitsmythen reproduziert und nationalistische Grundmuster als nicht mehr zu hinterfragende »Normalität« in die Köpfe der Bevölkerung getragen. Die Tatsache, daß Gutachten aus Wirtschaftskreisen den Effekt der nicht-deutschen Menschen in Deutschland durchweg als positiv bewerten, hat schließlich auch nichts mit »Ausländerfreundlichkeit« zu tun, sondern eher mit dem unternehmerischen Interesse an einer Hebung der »Arbeitsmoral« mit dem Argument »es warten schon genug auf deinen Arbeitsplatz«. Ganz im Interesse des Kapitals wurden die öffentlichen Reaktionen auf pogromartige Ausschreitungen gegen AusländerInnen nicht von humanistischen oder moralischen Überlegungen bestimmt, sondern vom Verweis auf die möglicherweise gefährdeten Geschäftsbeziehungen zu anderen Nationen.

»Nationalismus, Volksbiologismus und Rassismus stehen im Widerspruch zur ›Weltmarktgesellschaft‹, sind aber zugleich deren Resultate und Bestandteile – als ›Kampfgruppenideologien‹ im Konflikt um das Oben und Unten in einer globalen und zugleich innergesellschaftlichen Dynamik sozialer Ungleichheit ...«. (3)

»Man wird es sich doch eines Schülers wegen nicht mit dem Direktor verderben«

Der plötzliche Aufschrei angesichts des »erschreckenden Ausmaßes der Gewalt« kann angesichts einer Gesellschaft, die – u. a. aufgrund der oben angerissenen ökonomischen Logik – ein enormes Gewaltpotential immer wieder reproduziert, eigentlich nur heuchlerisch sein. Gewalt und Rassismus in der Schule sind zumeist das Abbild der erfahrenen gesellschaftlichen Strukturen.

Die Frage, ob zum Lehrberuf notwendigerweise auch die soziale Beschwichtigung – durch altmodische Repression sowie durch moderne Therapie – gehört, wurde schon in den siebziger Jahren sehr konsequent von Paulo Freire (Brasilien) beantwortet, der die Disziplinarfunktion der Lehrenden klar erkannte und ein Gegenmodell zu entwickeln versuchte.

In heutigen Diskussionen scheinen solche Fragestellungen weitestgehend vergessen zu werden. Das Thema Gewalt in der Schule beinhaltet keine grundsätzliche Kritik der Schule mehr, die aktuellen Antworten auf das im übrigen gar nicht mehr neue Phänomen »Jugendgewalt« fallen damit hinter den Erkenntnisstand der vergangenen zwei Jahrzehnte zurück. So stellte die Zeitschrift »betrifft: erziehung« schon im Juli 1976 in ihrem Titelthema »Gewalt in der Schule« den Zusammenhang von Gewalt in der Schule und »Schule als Gewalt« ausführlich dar.

»Kann man diese Schule überleben?« wurde mit Blick auf die Gewalt an Schulen der USA gefragt, in denen das Ausmaß der Gewalt seit den sechziger Jahren beträchtlich anstieg – übrigens nicht nur unter SchülerInnen: Allein 1974 gab es 189.332 »größere Tätlichkeiten« gegen LehrerInnen. Dort wurden – wen überrascht es ? – nicht Schule und Schulalltag verändert, sondern die Schule zu einer bewaffneten Festung aufgerüstet. Dies umfaßte die ständige Stationierung von Polizei in der Schule, die paramilitärische Aufrüstung von LehrerInnen und Schulverwaltung, hochtechnisierte Frühwarn-, Alarm- und Überwachungssysteme, Umzäunung, Flutlichtanlagen, Sicherheits- und Einlaßkontrollen und »vandalism resistant windows«. Die »betrifft: erziehung« bleibt jedoch dabei stehen, den Begriff »Gewalt« abstrakt zu behandeln, anstatt rassistische, sexistische und gegen die Institution gerichtete Gewalt etc. spezifisch zu betrachten.
Sehen wir uns bezogen auf den Rassismus genauer an, wie die Schule strukturiert ist; hierzu einige unvollständige Anmerkungen: »In allen Gesellschaften sind LehrerInnen die ReproduzentInnen der herrschenden Normen und Werte (...) Im Auftrag eines Staates sind sie verpflichtet, dessen kulturelles System zu tradieren. ReproduzentInnen der herrschenden Ideologie sind LehrerInnen somit strukturell, unabhängig davon, wie sie selbst dazu stehen.« (4)
Schule als Institution ist außerdem monokulturell ausgerichtet, sie vertritt die »Dominanzkultur«. LehrerInnen reproduzieren an Überlegenheitsdenken orientierte Erziehungsmuster und praktizieren, wenn auch zum Teil sicher ungewollt und unbewußt, Ausgrenzungen. Wie wollen sie so den Rassismus wirksam bekämpfen? So kommt es zu Ausrutschern wie diesem: Kurz vor den rassistischen Überfällen in Mannheim-Schönau 1992 baten Flüchtlinge, im Mehrzwecksaal des Jugendhauses in Schönau Sport treiben zu dürfen. Diese Bitte wurde abgelehnt, weil, so die PädagogInnen und SozialarbeiterInnen »damit das bislang so erfolgreiche Konzept der langfristigen emanzipatorischen Arbeit mit deutschen und ausländischen Jugendlichen zusammenbrechen« werde. Begründet wurde dies u. a. damit, daß »die Asylbewerber auf's engste mit der Rauschgiftszene verzahnt sind.« (5)
Hier tritt zutage, daß LehrerInnen mittelschichtsorientiert sind. Die Sozialisationshintergründe vieler, vor allem nichtdeutscher SchülerInnen und deren Lebenswelten sind ihnen fremd, deren Lebensweise und Herkunft werden häufig als Angriff auf das eigene labile Selbstverständnis gewertet. Zudem liegt, abgesehen vom persönlichen Ausgangspunkt, auch der inhaltliche Fixpunkt auf der Reproduktion von Mittelschichtverhalten und Dominanzkultur.
Dies wird auch an Schulbüchern deutlich. Die Thematisierung etwa der sogenannten »Dritten Welt« und ihrer aktuellen Probleme in den Schulbüchern spiegelt die ethno- bzw. eurozentristischen Werthierarchien wieder. Georg Auernheimer zitiert eine Untersuchung bayrischer Lehrpläne und Schulbücher, dessen Verfasser etwa folgendes Ergebnis herauskristallisiert: »Zwar hatten die Mittelmeerländer wie Griechenland und Italien einmal hochentwickelte Kulturen, diese verfielen jedoch schon in weit zurückliegender Zeit (...) Die Mittelmeerländer haben ihre Kultur verloren oder sind kulturlos geblieben, sie haben es zu nichts gebracht. Wenn ihre Bewohner etwas zuwege bringen wollen, müssen sie nach Deutschland als Gastarbeiter kommen.« (6)
Auernheimer kommt zu dem Resümee, daß hier mit dem Bild einer erst von uns Deutschen vollendeten Geschichte auf versteckte Art Hochmut erzeugt wird, die SchülerInnen damit gewissermaßen nochmals an der Verteidigung des »christlichen Abendlands« teilnehmen.

»Geisha, Geisha, bitte noch a Maß ...!« (der japanische Jodler T. Ishi)

Seit das Scheitern der etablierten Pädagogik immer offensichtlicher zutage tritt, sehen die Protagonisten der »multikulturellen Erziehung« ihre Stunde gekommen. Es ist fraglich, ob die ethnische Hegemonie der dominanten Gruppe hier nicht nur in neuem Gewand zementiert wird. Das Konzept der kulturellen Identität, das Grundlage der »mulitkulturellen Erziehung« ist, ist auch unter SoziologInnen umstritten, da kulturelle Eigenheiten und Differenzen erst durch soziale Etikettierung geschaffen werden, die wiederum gerade im Interesse einer Politik der Ethnizität liegt. Eine solche Politik kann sich bei zunehmenden innergesellschaftlichen wie weltweiten Verteilungskämpfen jederzeit wieder gegen die umworbenen Gruppen richten.
Die multikulturelle Erziehung, die diesen Kulturbegriff nicht grundsätzlich hinterfragt, versucht sich hier herauszuwinden, indem sie gerade die »Wertschätung der Andersartigkeit« und schließlich eine »Erziehung zur Weltzivilisation« preist. (7)
Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnte eine konsequent antirassistische Erziehung bieten, die die Diskussion um Erziehung als Diskussion um Rassismus und als Debatte um die Grundstruktur der Gesellschaft führt, wie dies etwa Chris Mullard fordert (8). Doch auch diese Forderung müssen wir mit dem dargestellten Berufsbild der PädagogInnen, mit ihrem Selbstverständnis, ihrer Funktion und der Organisation der Schule (Leistungsprinzip, Zensuren, die die SchülerInnen zu RivalInnen machen, offener und heimlicher Lehrplan, rigide Zeitdisziplin, Zerstückelung des Tagesablaufs, Unterdrückung spontaner Gefühlsäußerungen – das wären hier nur ein paar Stichworte) kontrastieren. Schließlich hätte eine solche antirassistische Erziehung in der Staatsschule nur dann eine Chance, wenn die machttragenden Gruppen daran Interesse hätten. Mullard, Direktor des »Center for Race and Ethnic Studies« an der Universität Amsterdam, versteht diese antirassistische Erziehung als explizit politische Pädagogik, die auf eine Veränderung der Strukturen bedacht ist und eine grundlegende Umwälzung im Verhältnis der LehrerInnen zu den SchülerInnen mit sich bringen würde. Doch dies ist noch Zukunftsmusik.
Von Mullard stammt auch die folgende Kritik am »multikulturellen« Erziehungskonzept: *»Einer der Hauptgründe für die Unpopularität der antirassistischen Erziehung bei den Multikulturalisten liegt darin, daß sie von ihrer Definition her einen Zusammenhang zwischen institutionellen Diskriminierungen und den Benachteiligungen von Rasse, Klasse und Geschlecht herstellt. Da die multikulturelle Erziehung diesen Bezug nicht herstellen kann, ohne ihr soziologisch nichtssagendes und unbestimmtes Konzept aufzugeben und ihre ethnische Ausrichtung fallen zu lassen, ist sie nicht in der Lage, irgendeinen Angriff gegen den institutionalisierten Rassismus zu führen. Jede Versicherung in dieser Richtung – trotz oder gerade wegen der ›radikalen‹ oder ›progressiven‹ Auslegungen – ist unehrlich und gehört in den Abfalleimer leerer Rhetorik«* (ebd.).
Mullard folgert, daß die multikulturelle Erziehung, da sie durch ihre Fixierung auf die Ethnizität Sexismus und Klassendenken ignoriert und damit Sexismus und Klassendenken stützt, die etablierte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Grunde stabilisiert.
Ein geschlossenes multikulturelles Konzept in der Pädagogik gibt es bislang nicht. VerfechterInnen der mul-

tikulturellen Erziehung toben sich bislang bei Rollenspielen aus – deren Wert durchaus zweifelhaft ist. Auf die Grenzen von Rollenspielen, auf die Diskrepanz zwischen kognitivem Verstehen und emotionalen Unsicherheiten und Bewertungen weist auch Georg Auernheimer hin. Das Ergebnis sei allenfalls eine oberflächliche »Mitleidspädagogik«: »Nicht zu verkennen ist die Gefahr eines moralisierenden Unterrichts, mit dem nur ein äußerlich aufgesetztes Verhalten erreicht wird und mit dem sich der Pädagoge/die Pädagogin in die Tasche lügt.« (6)
Ein wenig beachteter Aspekt ist auch der der Sprache: Schule als zentraler Ort der Herrschaftssicherung zeigt ihren Charakter nicht zuletzt in der Verhinderung oder Beschränkung muttersprachlichen Unterrichts.

Neue Werte braucht das Land?

Die Schuldigen am Dilemma der Pädagogik sind schon ausgemacht: »Die antiautoritäre Erziehung der 68er ist maßgeblich mit schuld an der rechten Jugendgewalt der neunziger Jahre« – so oder ähnlich tönen seit einiger Zeit BildungspolitikerInnen und LeitartikelschreiberInnen von den Konservativen bis zu den Grünen. 1990 kommen Klaus Farin und Eberhard Seidel-Pielen in ihrem Buch »Krieg in den Städten« – einem Bericht über Jugendgangs unterschiedlicher Couleur und Nationalität – zu der These, »linke« PädagogInnen seien mit schuld an Neo-Faschismus und Rassismus, da sie stets von deutschen SchülerInnen Rücksicht und Toleranz gegenüber nichtdeutschen SchülerInnen forderten, den deutschen SchülerInnen die Äußerung und Entwicklung ihrer eigenen Identität aber versagten. Kein Wunder, daß solche »Erkenntnisse« Balsam in den Ohren der rechten Szene sind und z. B. von der »Jungen Freiheit«, dem wohl auflagenstärksten Blatt der Neuen Rechten, entsprechend wohlgefällig kommentiert werden. Die Frage, ob sich Identität nicht noch anders als durch nationale Bindungen aufbauen läßt, wird hier von den Autoren gar nicht erst gestellt. Allerdings dürften Chauvinismus und Nationalismus nach dieser These bei nicht-deutschen Jugendlichen ja gar nicht vorkommen. Daß dem nicht so ist, es vielmehr durchaus Gangs von ImmigrantInnen-Kids mit betont nationalistischer Ausrichtung gibt, zeigen Farin und Seidel-Pielen in ihrem Buch letztlich selber. Nur wird dieser Widerspruch so nicht in einen Zusammenhang gestellt.
Der »Ex-68er« Thomas Schmidt spricht von »antiautoritäre(n) Monster(n) der Fortschritts-Pädagogik« und plädiert dafür, über die Notwendigkeit von Autorität nachzudenken, denn »nicht Autorität, sondern nur begründungslose Autorität ist schädlich« (9). Ganz ähnlich schulmeistert uns Claus Leggewie: »Was die Öffentlichkeit vom Staat einfordert: konsequente Bestrafung und Re-Education der neuen Nazis, muß sie selbst in ihrem Verantwortungsbereich ernst nehmen und pädagogisch übersetzen. Antiautoritär oder nicht: Erziehung muß sein.« (10)
Stabile »sozial-moralische Fundamente« als Gegenmittel zunehmender Gewalt fordert er in seinem provokant »Mut zur Erziehung« (unter diesem Label firmierte 1978 ein konservatives erziehungspolitisches Forum!) betitelten Kapitel und »Ziel der Autorität ist die Sicherung, nicht die Abschaffung der Freiheit.« (ebd.) Damit keine Mißverständnisse aufkommen, betont Leggewie, daß Autorität nicht einfach ein neues Wort für »Überzeugen von gleich zu gleich, sondern ihrem Wesen nach hierarchisch« sei – familiäre Leitbilder sollen, gestützt durch eine entsprechende Schulpädagogik verhindern, daß die Jugendlichen in einen rechten »unzivilen Ungehorsam« abgleiten.
Die vollendete rechte Wendung der Erziehungsdebatte ist in mehrerlei Hinsicht schon von ihren Begründungen her unsinnig, falsch und fatal:

★ Die »68er-Pädagogik« hat sich gesellschaftlich ja nie wirklich durchgesetzt, die emanzipatorische Erziehung etwa zu mehr Selbständigkeit entsprang immer nur der Lebenseinstellung einer Minderheit. Diese verkürzend »antiautoritär« genannte Variante der Pädagogik hatte damit nie den Einfluß (obwohl in der Tat überproportional viele »68er« gerade als MultiplikatorInnen im Bereich Pädagogik und Sozialpädagogik arbeiten und so mehr Gewicht bekommen, als ihrer Anzahl in der Bevölkerung entsprechen würde), der es rechtfertigen würde, sie sozusagen posthum für die gegenwärtig ablaufenden breiten rassistischen gesellschaftlichen Erosionen verantwortlich zu machen.

★ Gerade der rechtsradikale und gewalttätige Mob kann sich des Zuspruchs weiter Teile der Elterngeneration sicher sein. Er ist damit der ausführende Arm der Älteren, die sich ihre Gedanken und Wünsche nicht umzusetzen getrauen. Insofern ist es unsinnig, einfach von einer »Revolte von rechts« (so etwa auch Michael Rutschky) zu sprechen. Die Aussage eines Jugendlichen bezüglich neonazistischer Videospiele dürfte nicht untypisch sein: »Ich spiel' das gar nicht heimlich, den ›KZ-Manager‹ hab' ich von Papa, der spielt das mit Kollegen.« (11)

Vor Gericht stehende Schläger, Vergewaltiger und Mörder haben, wie aus zahlreichen Prozeßprotokollen hervorgeht, gerade eine betont autoritäre Erziehung »genossen«. Der brutale und rassistische Terror ist damit gerade das Produkt konservativer Erziehungsmuster.
»Aus Fehlern lernen«, das ist auch der Tenor eines Interviews, das die taz am 2.12.93 mit der CDU-Landtagsabgeordneten Heidi Busch zur neuen »Werteinitiative« – unter anderem von Habermas und Daniel Cohn-Bendit unterzeichnet – führte. So haben wir sie endlich, die große pädagogische Koalition, die der kontroversen Diskussion um Erziehung ein Ende bereiten und endlich ordentliche Werte vermitteln und Regeln und Grenzen aufzeigen möchte.
Diese Thesen finden auch in den pädagogischen Wissenschaften ihre Entsprechung. Ausgehend von einer vermeintlichen »Orientierungslosigkeit« der Jugendlichen (bedingt durch den »Verfall der klassischen Autoritäten«) werden die neuen Werte gesucht, die diese »verunsicherten« Jugendlichen stützen sollen. Gefunden wird als Lösung vor allem ein »neues Nationalbewußtsein«. Aus »Unsicherheit habe man 45 Jahre lang an den Schulen auch die Frage nach der nationalen Identität ausgeklammert« und »statt dessen haben wir uns mit Ersatzlösungen wie dem Verfassungspatriotismus oder dem europäischen Staatsbürger begnügt«, erklärt der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft D. Wunder. (12)

Ausblick

Im privaten Halbdunkel der »heiligen Familie« herrscht ein enormes Maß an Gewalt, das in den letzten Jahren eher zu als abnimmt. Die Familie ist wie die Schule ein getreues Abbild einer umfassend wirksamen Ellenbogengesellschaft – und zugleich der quasi eigendynamisch verstärkende Treibriemen dieser Entwicklung. Ein fataler Kreislauf, angesichts dessen es niemanden mehr überrascht – und entsprechend wird es allenfalls als Randnotiz in den Zeitungen gemeldet –, daß 21% aller Mädchen und 6% der Jungen unter 16 Jahren Opfer sexuellen Mißbrauchs wer-

den. (13) Wie es um weitere gewalttätige Umgangsformen Kindern und Jugendlichen gegenüber steht – etwa Prügel – darf nur vermutet werden.
Wenn wir uns dazu den herrschenden institutionellen und strukturellen Rassismus und die Mechanismen und Strukturen im ökonomischen System ansehen, wird deutlich, daß selbst die wohlmeinendsten bildungspolitischen Maßnahmen erfolglos bleiben werden, wenn nicht zugleich in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen eine bewußte Politik des Antirassismus und des Prinzips der Gewaltlosigkeit betrieben wird.
Eine Schule, die knallharte Auslese betreibt, kann nicht gewaltvermeidend und antirassistisch wirken. Wenn jetzt SozialpädagogInnen, LehrerInnen und SchulsekretärInnen nun z. B. nach dem Ausländergesetz vom 1.1.1991 verpflichtet sind, den Ausländerbehörden Mitteilung zu erstatten, wenn ihnen Informationen über mögliche Ausweisungsgründe bekannt werden (z.B. Inanspruchnahme von Sozial- oder Jugendhilfe, nicht vorhandener »ausreichender« Wohnraum und Drogengebrauch), so werden sie als PolizistInnen instrumentalisiert und werden den Rassismus noch verschärfen.
Insgesamt zeichnet sich ein pessimistisch stimmendes Bild der Lage ab. Möglichkeiten der Gegenwehr gegen Gewalt und Rassismus sehe ich eher im nichtpädagogischen Bereich. Ohnehin sind die PädagogInnen mit den an sie herangetragenen Erwartungen überfordert. Daß dies nicht offen eingestanden wird und stattdessen versucht wird, immer mehr Probleme mit immer mehr Pädagogik – je mehr Medizin, desto besser – zu bekämpfen, ist schon ihr erster Fehler. Hier sehe ich Möglichkeiten z. B. im Rahmen interkulturellen Erziehens (besser: Lernens), das sich ungefähr im Mullardschen Sinne gegen jede Segmentierung und Parzellierung der Welt und der Menschen zur Wehr setzt.
Ein beträchtliches Potential könnte eine breite antipädagogische Bewegung erzielen. Beides sind Utopien. Alleine als Schulkampf ist diese Auseinandersetzung von vornherein zum Scheitern verurteilt. Gefragt ist weniger die Auseinandersetzung um eine andere Pädagogik als vielmehr die Auseinandersetzung um eine andere Gesellschaft – ohne die alltägliche Situation an den Schulen außer acht zu lassen. solange wir lediglich vom Staat eine andere Schule einfordern, sind wir noch ganz im staatlichen Denken befangen. Stellen wir die Systemfrage! *Gerald Grüneklee*

Anmerkungen:

(1) vgl. Klaus Rödler: Kinderbefreiung und Kinderbewußtsein, Afra/Trotzdem Verlag 1983
(2) Gerhard Kern/Gerald Grüneklee : Lernen in Freiheit, Anti-Pädagogische Thesen und Pamphlete, Unrast Verlag Münster 1993
(3) Arno Klönne: Der Stiefel und der Schlips, in: Dem Haß keine Chance, Papyrossa, Köln 1993
(4) Marie-Theres Albert: Interkulturelles Lernen in der LehrerInnenbildung, S.203, in: Helga Marburger (Hg.): Schule in der multikulturellen Gesellschaft, IKO, Frankfurt 1991
(5) zit. in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen, S.192, Konkret Verlag Hamburg 1992
(6) zit. in: Georg Auernheimer: Einführung in die interkulturelle Erziehung, S. 186f., Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1990
(7) so etwa Helmut Essinger: Interkulturelle Erziehung in multiethnischen Gesellschaften, in: Helga Marburger (Hg.), a.a.O., S.17
(8) vgl. Philomena Essed/Chris Mullard: Antirassistische Erziehung, Migro Verlag Felsberg 1991
(9) zit. in: Focus 12/1993, S.116
(10) Claus Leggewie: Druck von rechts, S.66, C.H.Beck Verlag München 1993
(11) zit. in: Stern 23/1992, S.90
(12) in: Frankfurter Rundschau, 16.11.1992
(13) taz, 14.1.94

anzeige

Antifaschistisches



Das Antifaschistische Infoblatt erscheint als bundesweite Zeitung alle 2-3 Monate.

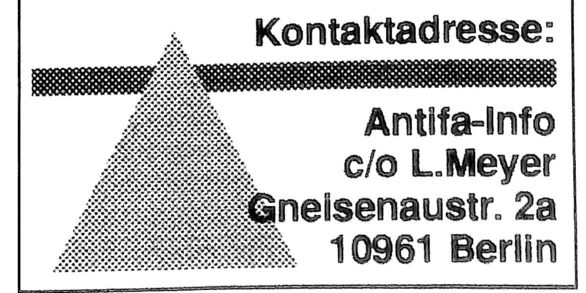
Die Schwerpunkte sind:

* Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
* Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
* Neue Rechte und Braunzone
* Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
* Darstellung von Diskussionen über Möglichkeiten von Antifaarbeit
* Der Ruck nach Rechts und die Rolle der Biedermänner in der Regierung
* Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft
* Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
* Progressive Entwicklungen und Aktivitäten

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Das Antifa-Info ist für 4,- DM + 2,- DM Porto zu erhalten. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30,- DM.

Kontaktadresse:



Antifa-Info
c/o L.Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

»Es gibt nicht viele türkische Erzieherinnen...«
Ein Gespräch mit immigrierten Erzieherinnen

TIO ist ein seit 1990 bestehendes Qualifizierungsprojekt für immigrierte Frauen. Arbeitslose Migrantinnen können sich hier 12 bzw. 18 Monate lang auf eine Ausbildung und Tätigkeit im sozialen oder medizinischen Bereich vorbereiten. Wir haben mit vier Frauen gesprochen, die den Kurs bei TIO bereits abgeschlossen haben und nun die berufsbegleitende ErzieherInnenausbildung am SPI machen oder anstreben, dies zu tun. Uns interessierten ihre Erfahrungen als Migrantinnen in der pädagogischen Ausbildung und in der pädagogischen Praxis. Die Namen der Interviewpartnerinnen wurden zur Anonymisierung abgekürzt.

ZAG: Gab es für euch als Migrantinnen Probleme, an der ErzieherInnenfachschule aufgenommen zu werden?

Ni: Nein, eine Stelle in einer Einrichtung zu bekommen, ist das Problem. Ich war in der Erzieherschule, habe dort meine Papiere abgegeben und dann Bescheid bekommen, daß ich mit dem nächsten Kurs anfangen kann. Aber ich brauche eine Stelle, sonst weiß ich nicht, wie ich das machen soll. Ich kann die Vollzeitausbildung nicht finanzieren, viele können das nicht finanzieren... In der Zeit bei TIO haben wir Ausbildungsbeihilfe bekommen und jetzt stehe ich da und komme nicht weiter. Das ist so unsinnig: Erst haben sie Geld investiert, wir haben uns auf die Ausbildung vorbereitet und jetzt gibt es keine Stellen, wir können die Ausbildung nicht beenden und alles war umsonst. Der Senat sollte garantieren, daß wir die ganzen vier Jahre unterstützt und finanziert werden! Nicht nur ich, viele Frauen sind nervlich am Ende...

Vor einigen Jahren haben sie türkische Frauen wirklich dringend gebraucht. Da gab es sehr wenige. Zur Zeit gibt es zuviele, zur Zeit suchen viele Kitas Erzieherinnen aus anderen Ländern, z. B. aus Jugoslawien. Als türkische Erzieherin ist es schwer, es gibt zuviele.

A: Es gibt nicht soviele türkische Erzieherinnen....

Ni: Es gibt in vielen Horten eine ...

Nu: Das ist überhaupt nicht viel! Aber als ich zum Bezirksamt gegangen bin, sagten sie mir, es gäbe leider keine Chance, zuerst müßten die Frauen aus dem Ostteil genommen werden, es gibt einen ErzieherInnen-Stop.

Wieviele Frauen wart ihr bei TIO?

A: Pro Jahrgang dreißig.

Wieviele sind davon untergekommen?

A: Bei uns haben vier aufgehört, die anderen aus unseren beiden Klassen haben fast alle – bis auf eine – etwas bekommen. Wir können alle weitermachen.

Nu: Bei uns haben von dreißig Frauen drei noch keine Stelle gefunden. Ich hatte zwei Jahre eine ABM-Stelle und wurde nicht übernommen. Eine deutsche Kollegin bekam die feste Stelle, obwohl ich ein besseres Zeugnis hatte.

Wie ist der Umgang von Mitschülern, Mitschülerinnen, Lehrern und Lehrerinnen mit euch, habt ihr Diskriminierungserfahrungen direkt in der Schule?

A: Wenn wir z. B. eine Klausur schreiben, geht es doch nicht um die deutsche Sprache, sondern um Inhalte. Das nervt mich, z. B. habe ich letztes Mal in Soziologie über das Fernsehen geschrieben in Bezug auf Vorschulalterkinder. Meine Kinder sind sechs, acht und zehn Jahre alt – ich habe diese Zeit schon erlebt und habe Cousinen in diesem Alter, aber als ich die Klausur zurückbekommen habe, habe ich mich sehr geärgert. Die Lehrerin hat gesagt, was du geschrieben hast, war alles gut, aber ganz durcheinander und eine »drei« ist noch zuviel dafür. Das ist traurig, sie hat gesagt, wenn du mir das nicht glaubst, gebe ich dir die Klausur von Hans zum Vergleich. Das ist ein Mitschüler, der hat kein Kind und keine Erfahrung...

Ni: Ich finde, die könnten in der Erzieherschule und an manchen Arbeitsplätzen toleranter sein zu Ausländerinnen, denn die kommen ja aus einem anderen Land und sprechen eine andere Sprache, wir sind ja zweisprachig aufgewachsen. Natürlich haben wir da unsere Schwierigkeiten, natürlich können wir nicht alles perfekt und korrekt darstellen, aber im Grunde bringen wir als Ausländerinnen die größere Leistung.

R: Bei uns ist es so , daß die Ausländerinnen in der Klasse sich nicht an jeder Diskussion beteiligen können. Sie nehmen einfach nicht teil, sie halten sich zurück.

Warum könnt ihr nicht immer mitdiskutieren?

R: Wir haben keinen Mut. Es hat auch mit unseren Informationen zu tun, wir haben vielleicht über manche Sachen nicht soviel Informationen wie Deutsche. Die, die in ihrem Land aufgewachsen sind, wissen, worum es geht, z. B. bei Jugendrecht, da kenne ich mich überhaupt nicht aus, mit deutschen Gesetzen.

Ni: Vielen fehlt auch die Geduld, uns zuzuhören. Wenn jemand nicht fließend sprechen kann, sieht man schon, daß sie sich langweilen und nicht mehr zuhören, die Mitschülerinnen beklagen sich, jetzt haben wir wieder Zeit verloren.

Habt ihr denn mal in der Schule über eure Situation im Unterschied zu den deutschen Erzieherinnen gesprochen?

A: Wir haben darüber nicht gesprochen.

R: Wir ja, wir sind zwanzig, fünf türkische Kollegen, drei Iranerinnen, einer aus Peru und einer aus Finnland, überwiegend ausländische Kollegen, abgesehen von drei oder vier. Wir haben eine oder zwei Wochen darüber ausführlich gesprochen, warum es so ist. Aber die ausländischen Kollegen sitzen auch fast immer zusammen. Da ist eine Ecke für Türken, da für die anderen, und die Dozenten wollten auch, daß sich die Ausländer trennen, auf verschiedenen Plätzen sitzen, damit es nicht so auffällt, daß diese Ecke an der Diskussion nicht teilnimmt.

Du kannst das ja auch als Form von Diskriminierung sehen, in einer Situation, wo du benachteiligt bist, wo selbstverständlich ist, die Sprache ist Deutsch, und deine Sprache wird überhaupt nicht gewürdigt, daß du dich zusammenschließt und daß dich das starkmacht, das wird dann von oben wieder auseinandergerissen.

A: Das stimmt eigentlich.

Habt ihr das Thema Rassismus oder »Ausländerfeindlichkeit« im Unterricht behandelt?

A: Nein.

Ni: Wir auch nicht.

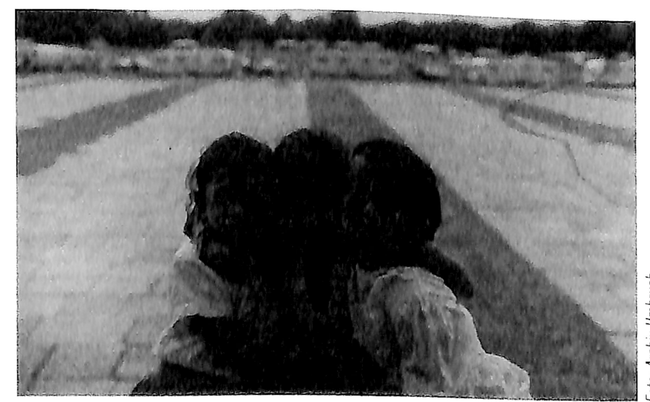


Foto: Archiv Umbruch

R: Wir haben zum Thema Rassismus drei Monate lang eine Gruppenarbeit gemacht, wir haben ein Referat gehalten über »Ausländer – Rassismus – Gewalt«. Wir haben einen Film angeschaut, ich habe über meine Erfahrungen als Asylanerkannte aus dem Iran erzählt. Meine Kollegin hat ihre Erfahrungen in Schweden als Asylbeantragende erzählt.

Hat das auch Auswirkungen für die Pädagogik, wie ihr mit den Kindern umgeht?

R: Das ist mehr theoretisch.

Es gibt also keine Konzepte für eine antirassistische Pädagogik?

R: Nein.

A: Das wäre ganz gut, aber das gibt es nicht.

Ni: Ich finde wirklich, daß die Erzieher und Erzieherinnen sich mal zusammen setzen und über Ausländer reden sollten, daß man mit den ganzen Kindern Teamsitzung macht und mit den ganzen Kindern darüber redet, erzähl' du mal von deinem Land oder von deinem. Aber die meisten Kinder sind ja in Deutschland geboren. Die Eltern sollten mal erzählen, das kommt echt nicht vor. Sogar unsere Erzieher, die sehr nett und überhaupt nicht ausländerfeindlich sind, reden fast überhaupt nicht darüber. Sie sagen, die Eltern kommen zwar aus der Türkei oder aus Afghanistan, Afrika, aber die Kinder sind hier geboren, die sind deutsch. Die werden behandelt, als seien sie deutsch. Aber wenn z. B. die arabischen Kinder was machen, wird gleich gesagt, na, die Araber haben ja so viele Kinder und da wird nicht aufgepaßt, da kommen immer wieder Vorurteile.

Formal und offiziell werden alle »gleich« behandelt...

Ni: Wir haben Kinder aus Afghanistan, die noch nicht lange hier sind. Die Kinder konnten nicht mit Spielzeug spielen. Die haben nie mit Spielzeug gespielt, die haben nur rumgetobt, waren aggressiv und konnten keine Spiele. Die Erzieherinnen wunderten sich, mein Gott, die können ja überhaupt keine Spiele, spielen nicht mit den Spielsachen. Da habe ich gesagt, vielleicht kennen die ja überhaupt keine Spielsachen.

Das Verständnis fehlt für die Kinder, z. B. auch dafür, daß die sich nicht ausdrücken, nicht reden können. Viele sind für Monate stumm, trauen sich nicht, den Mund aufzumachen. Dann kommen die schicken deutschen Kinder an, die sind alle süß gekleidet, die Haare gemacht, und die arabischen und türkischen Kinder sitzen da. Die deutschen Kinder sind wie ein Vorbild, die anderen bekommen echt Komplexe, das habe ich auch erlebt. Aber darüber sollte man reden. Man sollte auch mehr zu den Familien gehen, die Erzieher sollten nicht nur im Hort arbeiten, sondern auch einmal in der Woche oder einmal im Monat zu den Eltern gehen. Viele machen sich nicht die Mühe; die machen ihre Arbeit und Schluß. Die sind so abgehärtet in ihrem Beruf, die haben kein Herz mehr, darüber bin ich traurig.



A: Wir haben im Moment ein polnisches Kind und meine Kollegin sagte mir immer wieder, es habe psychische Probleme, ich solle ein Auge auf das Kind werfen. Als Ausländerin bin ich auf die Idee gekommen, vielleicht kann sie gar kein Deutsch! Und sie hat tatsächlich nichts verstanden und war deshalb so zurückhaltend, aber mit Mimik und Gestik ist sie immer dabei. Immer wieder, wenn ein Kind nicht sprechen kann oder etwas mitmachen kann, kommt es vor, daß es als gestört gilt. Sie haben vorher die Eltern nicht nach den Sprachkenntnissen gefragt. Da ich mich um das Mädchen bemüht habe, habe ich die Mutter gefragt, ob es zuhause polnisch redet, ob sie überhaupt redet. Die Mutter sagte, sie redet sogar sehr viel. Ich habe nur gedacht, natürlich, wenn sie den ganzen Tag im Kindergarten nicht redet, redet sie zuhause ganz viel.

In dem Hort, wo ich arbeite, sind mindestens die Hälfte Immigranten-Kinder, aber bis vor kurzem gab es da ausschließlich deutsche Erzieher und Erzieherinnen. Da habe ich irgendwann meinen Mut zusammengenommen und bin zur Leiterin hingegangen und habe gesagt: »Warum sind hier keine ImmigrantInnen als ErzieherInnen?«. Und sie hat gesagt, es gibt kein Hindernis ... wenn eine Stelle frei wird ... Und tatsächlich, als eine Stelle frei wurde, ist ein türkischer Erzieher eingestellt worden. Er ist jetzt der einzige Immigrant.

Ni: Es wird Zeit, daß auch viele Männer mal diesen Beruf lernen.

Ich hatte dann aber das Gefühl, so, jetzt ist die Schuldigkeit getan. Er kann übersetzen, wenn es mal Probleme gibt. Ich bin sehr neugierig, wenn wieder eine Stelle frei wird, ob wieder ein Immigrant eingestellt wird oder ob es bei einem Alibi-Erzieher bleibt.

Ni: In vielen Horten, wo ich hingehe, gerade in Kreuzberg, da sind fast alles ausländische Kinder und deutsche Erzieher. Dann wundere ich mich auch. Ich kenne auch viele Horte, wo ein oder zwei ausländische Erzieher sind. Aber wenn man nachdenkt, wenn die Mehrheit der Kinder ausländisch ist, dann sollte es anstatt fünf deutschen ErzieherInnen eine Deutsche und vier aus verschiedenen Ländern geben. Die könnten diese Probleme gemeinsam vielleicht eher und schneller bewältigen.

A: Auch als Erzieherin ausländische Kollegen zu haben, ist sehr wichtig, und für die deutschen Erzieherinnen ist es ebenfalls gut, einmal zu erleben, wie das bei den »Fremden« ist. Ich habe als ausländische Erzieherin in der Kita nicht nur die Aufgabe dort als Erzieherin zu sein, ich habe mich als Ausländerin den anderen Kolleginnen zu zeigen – wie bin ich denn, und wie bin ich zu den Eltern. Das hilft doch bei der Erzieherarbeit. Wenn sie mich als Kollegin haben, das ändert doch vieles.

Unterhaltet ihr euch denn über verschiedene »Kulturen« oder über Probleme wie Rassismus?

Ni: Viele wollen das gar nicht hören, die haben das satt, zu hören.

Und bei Ereignissen, wie Solingen oder Rostock, wurde darauf reagiert oder mit den Kindern gesprochen?

A: Da kommt was von den Kindern, z.B. waren wir einmal mit den Kindern schwimmen und ein deutsches Mädchen hatte sein Schwimmzeug vergessen. Zufälligerweise hatte ein türkischer Junge zweimal Schwimmzeug bei und wir wollten, daß er eins dem Mädchen gibt. Er hat sich total geweigert. »Ich will ihr mein Schwimmzeug nicht geben, wenn sie groß ist, bringt sie mich um«, sagte er.

Haben denn die ErzieherInnen sich nach Mölln oder Solingen zusammengesetzt und überlegt, mit den Kindern, die das ja im Fernsehen sehen oder hören, darüber zu reden?

Ni: Nein, die würden sich rausreden und sagen, die Kinder

würden darunter leiden, schlecht davon träumen. Viele Kinder haben das gesehen, aber ich habe nichts von den Kindern gehört. Die arabischen Kinder haben mal gesagt, da ist ein Mädchen verbrannt worden, aber sonst...
R: Ich habe mit türkischen Kollegen gearbeitet, daher habe ich ganz andere Erfahrungen. Wir haben abgesprochen, daß wir nicht allein Frühdienst machen, sondern zu zweit. Eltern haben auch Dienst gemacht und haben einen Strauß Blumen für die türkischen Kollegen mitgebracht, sich zu entschuldigen. Es ist eine tolle Atmosphäre.
Bei uns sind die Hälfte deutsche und die Hälfte türkische oder andere Erzieher. Unsere Reinigungskraft ist deutsch. Unsere Leiterin türkisch.

Ich habe den Eindruck, es werden viel weniger diskriminierende Erfahrungen gemacht, wenn die Teams in etwa paritätisch zusammengesetzt sind...

Ni: Wir haben auch eine türkische Leiterin, eine tolle Frau, die hat da zu sagen, sie hat diesen Hort vor 14 Jahren aufgebaut, als es sowas fast noch nicht gab. Die hat dafür gekämpft, daß dieser Hort für ausländische Kinder entsteht und die anderen Deutschen, eine Frau und zwei Männer, sind später gekommen, die arbeiten etwa seit vier, fünf Jahren da. Sie ist für mich ein Vorbild, ich freue mich und bin stolz, daß eine türkische Frau so toll in ihrer Arbeit ist und auch etwas zu sagen hat, daß man nicht immer deutsche Vorgesetzte hat, sondern auch eine türkische Vorgesetzte...
Wenn ich mit der Frau zusammen bin, fühle ich mich stark. Wenn ich zu ihr hingehe, kann ich mit ihr über alles reden, weil sie meine Kultur kennt, weil sie meine Sprache kennt, weil sie weiß, wie es für türkische Frauen ist, wie sie aufwachsen, was sie für Schwierigkeiten haben. Wenn diese türkische Frau mal einige Tage krank ist und ich bin allein, dann fühle ich mich so schwach, fühle ich mich irgendwie so allein, fühle ich, daß mir etwas fehlt.
A: Es ist sehr schwierig, in einem fremden Land zu leben...
Ni: Weißt du, die bestimmen über uns. Da kommt so ein deutscher Erzieher oder eine deutsche Erzieherin und tun so, als würden sie die türkische Sprache und Kultur perfekt kennen. Sie erklären uns, wie wir psychologisch angeblich funktionieren. Z. B. in der Jugendarbeit – in unserer Einrichtung sind sechzehn- bis zwanzigjährige türkische Jungen, das sind alles Halbstarke, zwei deutsche Erzieher sind da, stell dir das vor. Einer ist neu eingestellt worden, als ich da schon gearbeitet habe, der hat sich mit den türkischen Jugendlichen nicht verstanden. Die akzeptieren ihn überhaupt nicht. Später haben sie dann einen türkischen Sozialpädagogen eingestellt – eigentlich ein Maler und Künstler, er sollte mit den Jugendlichen künstlerisch was machen. Aber seine Aufgabe war dann, zu schlichten und zu vermitteln.
Ich habe diesen deutschen Erzieher dann mal gefragt, sag mal, hast du überhaupt mal türkische Freunde gehabt oder mit Türken zusammengearbeitet? – Nein. Er hat zum ersten Mal mit Türken gearbeitet. Der kennt Leute aus USA, Brasilien und aus diesen Ländern hat er Freunde, aber mit Türken hat er nichts zu tun. Er war so geschockt und depressiv, daß sie ihn nicht akzeptiert haben. Er hat das nicht verstanden.

Die haben auch keine Hemmungen, sich auf so eine Stelle zu bewerben...

Ni: Hauptsache, es ist gut bezahlt, sie machen ihre Arbeit, kriegen ihr Geld und dann ist Schluß.

Wie ist es mit dem Material, gibt es z.B. Bücher auch in anderen Sprachen als in deutsch, kommen andere als deutsche Kinder in den Geschichten, in den Büchern vor?

R: Getrennt. Es gibt türkische Geschichten und deutsche.

Eine gemischte Gesellschaft, die wir tagtäglich hier haben, daß Deutsche, Türken, Araber und andere alle miteinander aufwachsen, kommt das in den Büchern gemeinsam vor?

Ni: Bei uns gibt es nicht ein einziges arabisches Buch. Aber wir haben Nasrettin Hoca in deutscher Sprache, das sind türkische Eulenspiegelgeschichten. Die Mehrheit sind deutsche Bücher, Weihnachtsbücher und was weiß ich. Die ganzen Kinderlieder sind alle deutsch.
R: Und was ist mit dir, singst du auch keine türkischen Lieder?
Ni: Wir haben mit den Kindern, die Interesse haben, eine Folkloregruppe gebildet, und dann haben wir das vorgeführt. Ich finde das so schade, es wird nicht viel gemacht. Die Kinder kommen und jammern »ist das langweilig«. Die Kinder haben das so satt, tagtäglich dasselbe zu essen, zu singen, dasselbe zu hören. Mit sieben Jahren kommen sie dort hin und mit elf Jahren gehen sie raus, stell dir vor, wie ein Arbeiter, tagtäglich dasselbe.
A: Die Kinder sehen das als Arbeit an...
Ni: Sie sehnen sich nach interessanten Sachen und interessanten Gesichtern. Keiner hat sich die Mühe gemacht, als ich dort angefangen habe, mit den Kindern eine Teamsitzung zu machen und zu sagen, »die Ni. ist jetzt hier neu, hat auch zwei Kinder«. Ich habe mich nur den Erziehern vorgestellt, ob ich nett bin und auch einigermaßen gut aussehe ...
Viele türkische und arabische ErzieherInnen sind in kinderreichen Familien aufgewachsen, wir sind alle Frauen und haben selber Kinder. Wir haben da Erfahrung, nicht nur im Berichte schreiben oder sowas. Diese Erfahrungen werden nicht geschätzt. Zwar sehen sie den Unterschied, sie sagen »man sieht, daß du zwei Kinder hast«, in allen Dingen. Ich will nicht sagen, daß ich perfekt bin, um Gottes willen, aber ich möchte nicht abgebrüht sein ... ich möchte das nicht. Ich möchte diesen Beruf machen, um den Kindern wirklich die Liebe und etwas von mir zu geben.

Pädagogik AG der Antirassistischen Initiative

coppyproppy



20 Pfennig von jeder Farbkopie werden für die Antirassismusarbeit eingesetzt

Die 20 Pfennig Aktion ergab in 1993

1610,- DM

Wir bedanken uns, auch im Namen der Antirassistischen Initiative, bei unseren Kundinnen und Kunden für die Unterstützungen, und Empfehlungen.

Und in 1994 werden wieder 20 Pfg. von jeder Farbkopie für die Antirassismusarbeit eingesetzt.

Wider den Rassismus an der Hochschule



Wir sind eine Gruppe ohne Namen, bestehend aus Studentinnen und Dozentinnen an der Technischen Universität Berlin. Die Gruppe hat sich in einer Aktionswoche im Sommersemester '93 zusammengefunden. Diese Woche war eine Reaktion von StudentInnen auf das Nicht-Entgegenwirken der Regierung auf die rassistischen Übergriffe in Solingen, sowie die Änderung der Artikel 16 und 218. Diese Empörung richtete sich auch gegen die Untätigkeit der Intellektuellen innerhalb und außerhalb der Universität. Eine in so einem Umstand geborenen Gruppe hat natürlich auch im universitären Rahmen einen politischen Charakter.

Eine Anregung für unsere Auseinandersetzung mit Rassismus an der Hochschule waren die Ergebnisse einer Untersuchung von StudentInnen der Alice-Salomon-Fachhochschule, der Freien- und der Technischen-Universität über Eurozentrismus, Rassismus und Antisemitismus an der Hochschule. Die Studie verdeutlicht, daß keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den genannten Themen im Rahmen der Universität stattfindet und die vorhandenen Handlungs- und Einflußmöglichkeiten der HochschullehrerInnen nur unzureichend oder gar nicht wahrgenommen werden.

Die Ignoranz der WissenschaftlerInnen gegenüber Rassismus, Eurozentrismus und Antisemitismus zeigt sich in folgenden Zitaten: So antwortete zum Beispiel einE HochschullehrerIn auf die Frage nach Forschung über dieses Thema: »Ich werde im nächsten Jahr einen Auftrag über Senioren und Türken im Wedding ausführen, aber unmittelbar über Rassismus mache ich zur Zeit nichts. Also unmittelbar nichts, vielleicht immer etwas drumherum.« In Bezug auf Aktionsforschung zum Thema Rassismus äußerte einE HochschullehrerIn: »Wir haben beispielsweise, es ist uns gelungen, mit Rechtsextremisten ein freundliches, verstehenwollendes Gespräch zu führen. Wobei dann die Studenten hinterher, nach dem Gespräch, total gespalten waren. Es war dieses Gespräch gelungen und anderseits waren sie noch voller Wut über die Inhalte, von dem, was sie da gerade gehört hatten. Aber sie hatten gemerkt, sie verstanden ... Da war eine Studentin, die sagte ›Ich habe die so gut verstanden, daß ich Angst habe, daß ich meine Meinung ändern könnte.‹ So weit geht das und dies, ja, die hatte offenbar richtig teilgenommen.« Diese Art von Beispielen könnten wir beliebig weiterführen. Die Naivität und Arroganz der ProfessorInnen gegenüber diesem Themenkomplex wird jedoch so schon deutlich genug. Und die Sensibilität der deutschen Intellektuellen, die sie sich selbst allzugern zuschreiben, erweist sich als nicht vorhanden. Viele unserer Erfahrungen und Beobachtungen fanden wir in dieser Studie wissenschaftlich belegt.

»Rassismus an der Hochschule« ist für uns die Diskriminierung der »ausländischen« Studierenden aufgrund des ihnen zugeschriebenen Andersseins von Seiten der StudentInnen oder DozentInnen. Die Formen der Diskriminierung sind verschieden, einige davon sind:

★ Sprüche von Lehrenden/Studierenden (von »die Frau mit dem Kopftuch« bis »Kanake«)
★ Zuschreibung/Begrenzung der Kompetenz auf das »Exotische«
★ Ungleichbehandlung bei der Festlegung der Prüfungsthemen (so wird ImmigrantInnen z.B. oft die Kompetenz, sich über die deutsche Gesellschaft zu äußern, abgesprochen)
★ Zuständigkeit als ExpertInnen für Rassismus
★ Ausgrenzung, z.B. aus Arbeitsgruppen
★ Ignoranz gegenüber dem Vorhandensein bzw. Nicht vorhandensein von Sprachkenntnissen

Hier fängt unsere Arbeit an. Nein, wir wollen keine missionarischen Aufgaben übernehmen, und auch nicht der moralische Zeigefinger sein. Wir wollen die Diskussion, die durch die Welle der rassistischen Übergriffe neuester deutscher Geschichte angefangen hat, in der Universität weiterführen. Wir versuchen, eine grundlegende Überprüfung der Lehrinhalte für das sozialpädagogische Studium durchzuführen.

Unsere Forderungen sind:

★ Eine Quotierung für Minderheiten in Bezug auf die Stellenbesetzung an den Hochschulen. Die ProfessorInnen sagen: »Personen schwarzer Hautfarbe haben wir im Institut und im Fachbereich, soweit ich weiß, auch nicht. Aber das ist ja, das ist ja, nicht so wichtig...« Aber wir sagen: »Genau das ist wichtig.«
★ Die Einrichtung von »Beschwerdestellen« an der Hochschule, die den StudentInnen bei rassistischen Übergriffen offen stehen und ihnen Möglichkeiten zum Handeln bieten.

Det is ja 'ne janze Menge! Wir sind doch erst *eine kleine Gruppe ohne Namen* – aber das macht uns nix.

Kontakte über die ZAG-Redaktion

Pax Germanica: Das deutsche Menetekel
oder: Soll Europa am deutschen Wesen genesen?

Im folgenden wird der Versuch unternommen, die Visionen von Sigrid Hunke, die über einen spezifischen Einfluß in einschlägigen politischen Kreisen verfügt, genauer unter die Lupe zu nehmen. Sigrid Hunke wurde 1981 mit der Kant-Plakette, 1985 mit dem Schiller-Preis und 1988 mit der höchsten Stufe des Ägyptischen Ordens pour le Merite für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet.

Mir geht es darum zu erklären, daß sie die grundsätzliche Haltung, die sie als NS-Wissenschaftlerin hatte, variiert beibehalten hat, und sie daher zu den IdeologInnen der »Neuen Rechten« gezählt werden muß. Sie gehört zu den geistigen Wegbereitern, die den Knüppel schnitzen, mit dem andere zuschlagen.

Ihre Vorbilder, und die zukünftigen Vorbilder eines neuen Europas sind die altgermanischen Vorbilder aus der deutschen und der nordischen Mythologie, die der neuen Zeit immer wieder angepaßt werden. Der Europäer könne im Laufe der Geschichte seine Rollen wechseln, solle aber den altgermanischen Tugenden treu bleiben.

Unter der Berücksichtigung einiger ausschlaggebenden Denkmuster wird es im folgenden darum gehen, die Kontinuität ihrer Geisteswelt zu belegen. Eine Kontinuität, die sie als Schülerin von Herrn Dr. L.F. Clauß, einem nationalsozialistischen Rassen- und Stiltheoretiker, nachweislich bis heute beibehalten hat. Das Ziel ihrer Dissertation war es, die Einflüße des Fremden auf das Eigene zu überprüfen. *»Wenn seelenkündliche Wissenschaft dem Leben des Volkes dienen kann, so möge die Kenntnis artfremder Vorbilder und ihrer Gefahren für das seelische Leben des Volkes und des Einzelnen, die sich gerade auch durch die neue Aufgabe des Deutschen im neuen Europa ergeben, helfen sie zu vermeiden und wir selbst zu werden, wie unser Gesetz es betimmt.«* [1] Diesem Prinzip ist sie bis heute treu geblieben.

Wie wir sehen werden, teilt sie die Welt in Kulturkreise auf. Jede »Rasse« hat demnach einen Stil, dem eine Ordnung der Werte unterliegt. Für den nordischen Deutschen sei das nordische Vorbild entscheidend und nicht das vorderasiatische, mittelländische oder das ostische. *»Im Betrachten des Fremden erkennt man die eigene Grenze. Aber es darf niemals unser werden: nie unser Vorbild.«* (1940) Sie fordert das europäische, dimensionelle Einheitsdenken, das ureuropäisch, d.h. germanisch sein muß. Denn dem *»supranationalen«, dem »von außen eingreifenden, (...) gelten die Absagen«.* [2]

Zunächst werde ich zu Beginn jedes Kapitels das Gedankengut ihrer nationalsozialistischen Periode darstellen, um dann zu zeigen, daß sie dasselbe, anders verpackt, heute zur politischen Ideologie macht. Frau Hunke ist in ihren Forderungen nicht allzu bescheiden, denn sie fordert: Die Germanisierung Europas par excellence.

Das Eigene und das Fremde

Bis heute trennt sie ihre Veröffentlichungen in zwei Formen. Einmal, wenn es um den ›eigenen Ursprung‹ geht und wenn es um die Einflüße der ›wüstenländischen‹ Kulturen handelt. Der ›eigene Ursprung‹ sei der Sippe und der Gemeinschaft entwachsen. Noch in ihrer Dissertation schreibt sie, wie der Nationalsozialismus das christliche Mittelalter überwindet: *»Und im Gegensatz zum Mittel-Alter steht ferner die nationalsozialistische Zeit, durch die es sein Ende findet und die gleich der germanischen Frühe jeden dem einen arteignen Vorbild unterstellt«.* (1940) Der nordische Mensch bleibe ein nordischer Mensch, auch wenn er als Mönch vor dem Kreuz kniet. Die nordischen Menschen wechseln ihre Rollen: als SS-Mann, als Soldat oder als Ehemann üben sie unterschiedliche Rollen aus, aber der nordische Leistungsstil durchzöge alle ihre Lebensbereiche. Beim Stilwandel handele es sich nicht einfach um das Wechseln der Masken, *»sondern um rassenverschiedene (Stile, d.V.), oder sagen wir: nicht um ›Rollen‹, die die ›Grundrolle‹ einer Rasse nur in den verschiedenen Lebensbereichen darstellen;«* (1940). Nach Frau Hunke können Völker nur dann geschichtsgestaltend sein, wenn sie dem artlichen Stilgesetz treu blieben.

»Aller zeitweiligen Überfremdung zum Trotz aber sind deutsches Volk, deutsche Geschichte und deutsche Kultur Werke nordischen Stiles, und auch das Fremde wurde, wo es einbrach in deutsches Leben, im Sinne des nordischen Stilgesetzes umgewandelt.« (1940) Das gesamte völkische Leben solle vom Fremden gereinigt werden, auch wenn nicht die entscheidenden Bereiche des völkischen Lebens berührt werden, sondern »ein Wesenproblem des ganzen Volkes« (1940). Denn der Stilwandel zerreiße den Menschen. *»Wir aber wollen ganze Menschen aus einem Guß, stark und gesund an Leib und Seele: ›artrechte Seele in artrechtem Leibe und beide als Ganzes in ihrer eigenen artrechten Welt‹, (...) und d.h. unter artrechtem Vorbilde«.*(1940, Hervorhebung im Original) Gewiß gäbe es den einheitlichen »Rassenstil« nicht, doch um so verpflichtender sei es, sich innerlich auf die nordische Seite zu stellen. *»Wie der Nationalsozialismus sich wieder zu den großen Gesetzen des Lebens und zu dem Gesetz der eigenen Art bekennt und damit zur Ewigkeit des deutschen Volkes«.* (1940) Es gehe nicht darum altgermanische Lebensformen wiederzubeleben, die zeitbedingt seien, sondern es gehe um die Erkennung des Gesetzes der eigenen Art. »Alles Fremde aber muß uns fremd sein.« (1940)

Das Vorbild werde stets nach dem gleichen Gestaltgesetz bestimmt, das neue Züge unter besonderen sozialen Verhältnissen gewinnen könne.

Es ist für das Verständnis der späteren Werke von besonderer Bedeutung, zu wissen, daß nach Hunke, das Vorbild in der angelegten Richtung eine Weiterentwicklung erfahren kann. Doch unverändert bleibe durch die Zeit das »rassische« Gesetz, die seelische Struktur der Menschen, bleibe die innere Linie des Vorbildes, da Artgesetze sich nicht wandeln würden. Der nordische Geist habe nicht nur im Krieger- und Soldatentum, nicht nur im preußischen Offiziertum eine historische Gestaltung erfahren, sondern fand im »nationalsozialistischen Führer ihre neue Wirklichkeit.« (1940)

Heute fragt Frau Hunke nach der Wiedergeburt einer eigenwüchsigen Kultur. Diese sei im Ursprung des Abendlandes zu suchen, *»in Ursprung und Sprache, Bewußtseinsstruktur und Denkweise, Lebensform und historischem Schicksal geistigen und kulturellen Einheit innerhalb der individuellen nationalen Vielgestalt einander verwandter Völker«* (1989) lasse sich die innere Logik des gegenwärtigen Geschehens erkennen. Das gegenwärtige Geschehen ist im übrigen der anwachsende Nationalismus. Nur im Vergleich mit dem Eigenen, mit dem Ursprünglichen könne man die Ursachen der Störungen und der Krankheitserscheinungen, die durch den Verlust des Selbst bedingt sind und das Antlitz Europas entstellen, erkennen und messen. Sie spricht wieder von »apokalyptischen Entartungen der abendländischen Endzeit« (1989), die das Selbst zerstört haben. Europas Untergang werde nicht stattfinden, wenn erkannt wird, daß Europa Eigenes hat. Europa dürfe sich nicht entfremden lassen. *»Oder der Verlockung des Fremdartigen erlegen, in die zu Hun-*

derten im Abendland jäh emporschießenden Moscheen des Islams. Und damit wieder fremden Religionen zu, die Welten anderen Bewußtseins und Denkens entstammen, das der Europaer niemals aus erster Hand nachzuvollziehen in der Lage ist.« (1989) Diese Form der geistig-kulturellen Verabschiedung alles Fremden muß für jeden aufgeklärten Menschen bedrohlich klingen. Moderne Menschen sollen beziehungslos gegenüber der Heimat geworden sein und sich keiner Autorität und Ordnung mehr fügen können. Der wurzellose Mensch wird mit dem Nomaden verglichen, der *»aus Herkunftshaß, ruhelos aus der verhöhnten Heimat in die Hotels Spaniens und Portugals treibt und wieder zurück und schon zum Aufbruch zu neuer Flucht.«* (1989) Sie schreibt von ihrer neuen Geschichtstheorie, die kulturelle Verläufe aufgrund geistig-seelischer Ursprünge deutet. Dabei behauptet sie, daß dieses strukturpsychologische Geschichtsmodell aus den 50er Jahren stamme und verschleiert damit den Zusammenhang mit dem seelenkündlichen nationalsozialistischen Stil- und Gestaltgesetz. Wenn ein Volk von der Invasion von Religionen und Wertewelt anderer Völker bedroht, überlagert und umgepolt werde,
»folgen Zeiten totalen Wertewandels und vollständiger moralischer Desorientierung bis zum weitgehenden Sittenverfall« (1989). Die gegenwärtige Bewußtseinskrise sei eine Folge der frühen Überwältigung Europas durch die christliche Missionierung und der »Unvereinbarkeit allzu gegensätzlicher Bewußtseinsstrukturen.« (1989) Denn die Ahnen, die den Europäer, gemeint ist der Germane, gemacht haben, seien noch in ihm.
Die europäische Jugend dürfe sich nicht aus der Wirklichkeit in andere okkulte und übersinnliche Welten begeben und sich betäuben lassen, stattdessen solle sie sich der europäischen Mystik widmen. Denn nur durch das tiefere Eintauchen in das eigene ›Selbst‹ und des ›Ichs‹ können neue Dimensionen erreicht werden, damit der europäische Mensch nicht entfremdet werde. Das germanische solle nicht einfach imitiert werden, aber das eigene Selbstverständnis, das den Menschen stärke, müsse beibehalten werden.

Die germanischen Ritter und die Zukunft Europas

Als Vorbild für den nordischen Menschen gelten z.B. die Märchen von Thorstein und Bjarni. Der gestreckte Angriff, die kämpfenden nordischen Männer sollen, das dürfte nicht in Vergessenheit geraten, Vorbilder für die aufstehenden europäischen Ritter von Morgen sein. Sie schreibt in Anlehnung an ihren Meister:
»Im Kampf, in dem sein Größtes und Kühnstes sich entfaltet und er hinaufwächst zur hellsten Höhe seines Heldentums, erlebt er das ›Hochgezeit, in dem sich sein Artgesetz am vollsten offenbart‹ (Clauß).« (1940). Denn die Ehre sei die wahre Voraussetzung aller Bluts- und Schwurgemeinschaft. Wehe die Ehre der Sippe, der Hausgemeinschaft oder des Männerbundes wird verletzt, *»so blutet die Wunde, solange bis der Rächer die Ehre von dem anderen wiedergeholt hat, bis er Rache ›genommen‹ hat.«* (1940)
Heute schreibt sie in der alten Tradition: Am Feind und Gegner vermöge der Germane Bewunderung zu empfinden, auch wenn das Rachegebot vorherrsche. Wir wollen aber wissen, wie sich der Ritter verhält? *»Rache muß eine wundgeschlagene Gemeinschaft heilen, indem der Rächer ›Rache nimmt‹, indem er die Ehre des Täters der Lücke einfügt, mit ihr die Wunde heilt, um die Sippenehre nicht verbluten zu lassen, um überhaupt existieren zu können.«* (1989)
Diese ehrenhafte germanische ›Ritterlichkeit‹ gewähre Hilfe und Schonung nicht jedem, und auch nicht aus christlicher Nächstenliebe. Den Ausschlag gäbe nur die anständige Gesinnung, die die Feindschaft in Kampfverbundenheit verwandle. Wer ist der Feind im europäischen Bund der Neuen Rechte Europas, frage ich die LeserInnen? Das Ich habe seit undenklichen Zeiten in der Sippengemeinschaft verharrt, greife nun aber über den Kreis der geschlossenen Bluts- und Schwurgemeinschaft hinaus, in dem auch der Mann von Ehre und ehrenhafter Gesinnung geachtet werden soll.
Europa brauche ein Vorbild vom Menschen, das seine sittlichen Energien anspricht und nicht die von Kulturverfall erkrankte Verweigerermentalität der alternativen Grünen und Hausbesetzer, womit der unwürdige, unehrenhafte Feind schon geortet ist. Europa müsse das nur verschüttete germanische Einheits- und Ganzheitsbewußtsein wieder entdecken.

Vom Antichristentum über Todeskultur zur neuen europäischen Religion.

Vorweg sei erwähnt, daß Hans-Peter Hasenfratz, Prof. für Religionswissenschaften in Bochum schreibt, daß die These, daß das Christentum dem ›germanischen Wesen‹ artfremd sei, vom Chefideologen des Dritten Reiches Alfred Rosenberg und von Hitler vertreten wurde. *»Heute wird sie von neuheidnischen Gruppen ...und in den Büchern von Sigrid Hunke mit bezeichnenden Titeln wie ›Europas eigene Religion‹.... wider verfochten.«* [3]
Es mag richtig sein, daß die Kirche Missionskriege oft zu ›Heiligen Kriegen‹ erklärt hat, so wie Hunke nicht müde wird, es zu beschreiben. Ihre auf die Vergangenheit gerichtete, regressive Haltung ist jedoch gefährlich. *»Durch die Kirche haben wüstenländisch-vorderasiatische Gedanken ihren Einzug gehalten, fremder Glaube und fremde Weltanschauung.«* (1940) Durch den erreichten germanischen Ruhm erreiche man ein verewigtes Dasein. Tot sein, sei nur relativ. *»Der nordische Held lebt im ehrenhaften, heldischen Untergang und im Tode in voller Heilsfülle.«* (1940) Sie entwickelt einen religiös verbrämten Todeskult, in dem das Irdische in das zweite Leben der Ewigkeit übergeht. Das Irdische sei nur Wert, wenn diese als ein Weg in den Tod zur Geltung kommt. *»Damit entfällt jenem kirchlichen Christentum die höchste Todesart des Heldentums: der Tod als ein Verschenken des Todes.«* (1940) Verschenken komme einem Hingeben zur selbstlosen Verwirklichung eines höchstens Wertes gleich. Das Christentum kenne keinen Heldentod. Der Tod des Heiligen und des Märtyrers sei das Gegenteil davon. Der christliche Weg sei eine asketische Verstümmelung, Weltflucht und Weltverneinung.
In der Tradition derjenigen, die von der Auschwitzlüge sprechen, und den Holocaust verharmlosen, schreibt sie heute wieder, daß das intolerante Christentum schuld daran sei, daß der Nationalsozialismus an die Macht gekommen ist: *»Daß es das Dritte Reich war, das allzu stürmisch nachzuholen versuchte, was tausend Jahre voreingenommener Schmähung und christlicher Intoleranz den ungetauften Teufeln des unerleuchteten West-, Nord- und Mitteleuropa verweigert haben, hat unsere armen Großeltern mit noch schwererem Makel behaftet, unser historisches Gedächtnis an sie vollends blockiert und den Umgang mit ihnen in die Nahe des Strafwürdigen, ja Verbrecherischen gerückt.«* (1989) Die Kirche habe die germanische Religion zerstört und dies sei der Grund der Gegenreaktionen, bis zum Nationalsozialismus. Das Christentum habe unvereinbare Bewußtseinsstrukturen in die germanische Welt gebracht, die für die Betroffenen ein »Totalverlust ihrer selbst« (1989) bedeutet.
Im Christentum sieht sie das dualistische Denken verankert, das durch Jahrtausende »der tödliche Stachel im Organismus des Abendlandes« (1989) gewesen ist, das durch »To-

talzerstörung« (1989) der europäischen Identität die seelisch-geistigen Wurzeln der Menschen ausgemerzt hat.
Sie versucht, eine neue Religion für Europa aus der Taufe zu ziehen, mit dem indogermanischen Gott, Ghu, altgermanisch God. Bei der germanischen Religion gehe es um den Begriff des ›Heils‹. Das Heil soll das Fundament aller Sippengemeinschaft sein. Menschlicher und göttlicher Wille können eins sein, so daß im »Akt der Vernichtung sich höchste Gestaltung vollzieht.« (1989). Einige Zeugnisse bewiesen, daß *»wenn einer in übermenschlicher Kampfsteigerung über sein Maß hinauswüchse, man das Göttliche in ihm anwesend glaubte.«* (1989) Der König sei z.B. von göttlicher Natur, wie das Volk selbst. Selbst der tote König sei in den heiligen Thingstätte der Volksversammlung geehrt worden. Der europäische Mensch könne nur durch Rückbesinnung auf diese Kultur eine Ganzheit und Authenzität bekommen.
Das Beschneiden der moralischen Selbstbestimmung des europäischen Menschen durch die orientalischen Religionen habe über Jahrhunderte das Verantwortungsbewußtsein und die Eigeninitiative der Menschen unterentwickelt und eine menschliche Involution und krebsige Entartungen bewirkt, die den Niedergang des Zeitalters mitverschuldet haben sollen. Das Ich müsse sich entfalten. Die evolutionären Entwicklungsschritte des Ich sollen sich von der Sippe und der Gemeinschaft über das Volk zur Nation beziehen.
Die Religion der Zukunft sei eine uralte europäische Religion. die sich mit jedem Menschen erneuern könne, der in ihr den eigenen Wurzelgrund aufs neue entdeckt. Die germanische Religion unterscheide sich von allen östlichen, orientalischen, griechisch-mittelmeerländischen Religionen. *»Urketzerisch ist bereits seine Vernichtung der Kluft zwischen Gott und dem Menschen.«* (1989) Dies sei ein spezifisch europäischer Protest, der immer wieder schlagend die geistige Identität Europas ausweist.
Für sie sind der Dualismus des Christentums und der griechischen Philosophie von Aristoteles daran schuld, daß es keine Entwicklung der Wissenschaften in der frühen europäischen Gesellschaft gegeben hat, sie behauptet aber, daß der Islam eine andere Gottesvorstellung hat. Wir wissen jedoch, daß der Islam dieselbe theologische Vorstellung ›von oben‹ hat, wie das Christentum und Judentum, aus dem Grund akzeptieren auch die Muslime die vorangegangenen Religionen. Es ist zwar richtig, daß der Islam *»die Methoden naturwissenschaftlicher Forschung, die letzlich der gewaltigen Entwicklung abendländischer Neuerkenntnis und Naturbeherrschung die Bahn bereitet hat.«* [4] Und natürlich hat die Kirche im Mittelalter die Entwicklung der Wissenschaften gehemmt, wie wir es aus dem Leben von Galilei kennen. Aber dies hat nichts mit der Gottesvorstellung des Christentums und des Islam zu tun. Denn sie haben in der Tat die gleiche Gottesvorstellung. Und es ist das Gesetz der fortschreitenden Offenbarungsreligionen, daß die neuen Religionen, die alten erweitern. Der folgende Vergleich sei gestattet, daß wir auch heute beobachten können, wie in der islamischen Welt, die Anhänger der neuen Baha'i Religion verfolgt werden, obwohl die Anhänger dieser neuen Offenbarungsreligion den Islam in die Religiongeschichte einordnen. Die Verfolgung der Baha'i und das Verbot ihrer administrativen Organisationsstruktur in der islamischen Welt kann heute als ein Barometer für die Toleranz der jeweiligen Gesellschaft gesehen werden. Daher ist es geradezu demagogisch, wenn Frau Hunke mit dem Hinweis auf das Mittelalter immer wieder von der Toleranz des Islam spricht. Es sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß nach Hunke die orientalische Gottesvorstellung an sich die Entwicklung der Wissenschaften hemmt. Frau Hunke verteidigt den Islam aus politischen Gründen. Die Auseinandersetzungen mit dem Islam haben bei ihr das Ziel, das Maß der Verunreinigung der nordischen Kultur zu bestimmen. Sie verteidigt den Islam gegenüber Judentum und Christentum, aber nicht als ein Kulturgut, das sich in Europa verbreiten sollte.
Wie läßt es sich erklären, daß sie das reaktionärste arabische Land, das heutige Königreich Saudi-Arabien als die Zukunft der islamischen Welt vorstellt. Weist etwa die gesellschaftliche Realität in Saudi-Arabien besondere Toleranzformen aus? Nein, Saudi- Arabien zeichne sich aus, *»im eigenen Abstoßen des Wesenfremden und der Offenheit für die Entwicklungen in der modernen Welt, um sie durch den eigenen Geist aufzugreifen, ihnen die eigene Seele einzuhauchen und mit dem eigenen Atem zu beleben«.* [5] Der Islam soll für die Wüstenländer erhalten bleiben. Die Ideale des Rittertums geben die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit gleichwertigen Menschen anderer Glaubensgenossenschaften, die jenseits der Volks- und Sprachgrenzen leben.
»Selbstverständlich sind dabei nationale Unterschiede im Rittertum vorhanden und sichtbar auf dem Untergrunde aller standestümlicher und christlicher Gemeinsamkeit. Der deutsche Ritter bleibt trotz allem der Enkel seines germanischen Vorfahren.« (1940)
Nur die ganzheitlich denkende, uralte »europäische Religion«, könne die erkrankten Menschen im gespalteten Europa wieder heilen. Dies habe aber nichts mit dem östlichen Harmoniewunsch zu tun, *»entsprechend dem sich geistreich gebenden Trugschluß, ›Östliches‹ plus ›Westliches‹ (was sie nur aufgrund zufälliger geographischer Lage bzw. Perspektiven sind) ergäbe das Ganze.«* (1989) Dies hieße sich in fremden Denkstrukturen wieder verrenken. Nein, die neue Denkungsart müsse der Europäer in sich neu entdecken.
Sie hebt den Islam vom Christentum ab, weil der Islam keinen Wertdualismus haben soll und weil der Islam die Missionierung von Christen, Juden und Parsen ausschließe. Die machtpolitische und expansionistische Realität des Islam seit der Gründung widerspricht jedoch dieser Interpretation. Ihr Interesse für den Islam ist primär ein pragmatisch politisches. Sie erkennt, daß theologische Argumentationen politischer Herrschaftsmechanismen unterliegen können. Und wenn alte Religionen mit Feindbildern arbeiten, bekommen sie einen politischen Charakter. Sie kündigt die Epoche der friedlichen Koexistenz mit den islamischen Ländern an. Sie erkennt, daß wir heute eine neue Weltkonstellation haben und daß neue Länder die Bühne der Weltgeschichte betreten haben. Der Dualismus des Abend-Morgenland sei durch einen Pluralismus relativiert: *»ist nicht nur jene von Glaubenhaß aufgeladene Spannung zwischen den einstigen Todfeinden in partnerschaftlicher Koexistenz entfallen, sie verkehrt sich heute in die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen westlichen Industrienationen und arabischen Öllländern und in einen Dialog von Freunden über Glaubensgrenzen hinweg.«* (1989)

Mann und Frau im Germanentum

Vorrang habe die Sippe immer vor der Ehe, Blutsverwandte vor dem Gatten und die Blutrachepflicht würde sich gar auf den eigenen Ehemann erstrecken. Nordische Frauen würden nicht ihre Reize besingen, sondern geben sich selbst ihren Wert. Die nordische Persönlichkeit entstehe nicht in der Bezogenheit auf einen anderen. Die nordische Persönlichkeit beruhe auf Tat und

Leistung und sei ein Werk des Willens zum eigenen Gesetz. Die nordische Frau müsse nicht auf die Werbung des Mannes warten, da sich beide Geschlechter mächtig fühlen. *»In dieser Welt gelten keine Vorschriften allgemeinverbindlicher Moral, die sich ohne Ansehung des Menschen auf alle beziehen.«* (1940) In der germanischen Geschichte gäbe es von beiden Geschlechtern Ideale, Führer und Götter. Die nordische Persönlichkeit habe Sachlichkeit, Gemeinschaftssinn, was ein natürlicher Ausdruck seines Stiles sei. Dies gelte für die deutsche Frau und für den deutschen Mann. *»Solche Gemeinschaftsformen, die die Erziehung eines starken, aufrechten und kämpferischen Frauentums gewährleisten, hat der Nationalsozialismus seit langem geschaffen, wie vor allem im weiblichen Arbeitsdienst, der bewußt die Arbeitsmaiden zu nordischen Werten erzieht.«* (1940)

Auch im Jahre 1989 ist Frau Hunke überzeugt, daß die einst freien germanischen Frauen, die ebenbürtig neben dem Mann standen und mit ihren Sippen in allen Richtungen Europas wanderten, durch die Kirche zu Evatöchtern und Sünderinnen erniedrigt werden. Betrachten wir, wie die Ehre der germanischen Frau, die für ihre Ehre bis in den Tod geht, aussehen kann. Durch die Einflüsse der Kirche sei die Ehre der Frau *»weit zurückgetreten hinter einer Kriemhild, die die Schläge ihres Gatten, Siegfrieds, duldet, der ihr in der Kemenate ›den Leib zerbläut‹ und, solcherweise zum Gehorsam erzogen, einsieht, daß der Degen ›kühn und gut‹ recht getan hat, sie zu züchtigen.«* (1989) Ja, die Erziehung zum Gehorsam und das Bläuen des Leibes ist der Beweis für die germanische Freiheit, für Frau Hunke wohlgemerkt.

Die eigene Familie soll den Germanen unverletzlich sein, wobei die Christen belehrt worden seien, Vater und Mutter zu verlassen. Aus dem germanischen Nebeneinander der Geschlechter sei ein Herschaftsverhältnis entstanden.

Nach Hunke sind die Mitglieder einer Sippe durch denselben Blutkreislauf verbunden, *»während bei den Menschen der Bibel das Verhältnis unter Brüdern als die ständig von Spannung, Zwist, Eifersucht, Feindschaft, Haß bis zu gefährdeten Beziehungen«* (1989) sei. In der Sippengemeinschaft bleibe der Tote auch nach dem Tod ein aktives Mitglied der Familie, während nach dem alten Testament der Tote sich vom irdischen Leben verabschiede.

Fazit

Wer will schon ein Europa der germanischen Urahnen haben, gesäubert vom griechischen Geist, gesäubert vom Christentum und Judentum? Wie ist eigentlich dann die scheinbar proislamische Seite von Frau Hunke zu verstehen? Frau Hunke verfährt immer noch, nach den Spielregeln der alten kalten Krieger, die davon ausgehen, daß der Feind meines Feindes, vorläufig mein Freund werden kann. Deswegen verteidigt sie den Islam. Wenn Frau Hunke während des Golfkrieges Sadam Hussein verteidigt, beweist dies nach Kenntnisnahme ihrer Veröffentlichungen, bestenfalls ihren Antiamerikanismus, ihren Antisemitismus. Denn ihr Europa hat auch keinen Platz für Muslime. Ihre europäische Religion ist im eigenen Sprach- und Kulturkreis nur tolerant gegenüber Gleichgesinnten. Und außerhalb des eigenen kulturellen Raumes gibt sie sich mit den würdigen Rittern ab: Islam ist gut für die islamischen Wüstenländer, aber nicht für Europa. Frau Hunke hat die Vision einer urzeitlich tribalistischen Aufsplitterung der Kulturen in einer hierachisierten Welt, mit vertikalen Herrschaftsverhältnissen. Diese Vision ist die bornierteste Variante des Nationalismus, so daß die Menschen auseinander dividiert werden. Und verteidigt wird bestenfalls das reaktionäre Saudi-Arabien, um a) zu beweisen, daß andere Kulturen andere Sitten haben, und um b) zu beweisen, daß unter ihrer Form einer ritterlichen Partnerschaft, die Dummen besser ausgebeutet werden können. Noch braucht der Westen das schwarze Öl, und noch sitzen die Araber nicht auf leeren Öllöchern und solange wird man auch miteinander ritterlich umgehen müssen.

Ihre ureuropäische Religion ist nicht in der Lage Türen für Anhänger anderer Religionen zu eröffnen. Ihre Religion ist nur dann tolerant, wenn das Andere im eigenen Raum gar nicht mehr existiert. Carl Schmitt, der Kronjurist von Hitler, hat auch von der Demokratie gesprochen. Nur seine Demokratie *»beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – Die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen«*.

Hunke will homogenisieren, indem sie alles germanisiert. Das Fremde wird sanft vermieden, zur Gefahr für das fiktive germanische Ich. Ihr Programm kann man als antidemokratisch-reaktionären Versuch betrachten, fiktive soziale Homogenitäten wiederherzustellen. Sie reklamiert die nationale Gemeinschaft, gegen die moderne Industriegesellschaft, die nicht mehr überschaubar ist. Sie plädiert für das Volk als historisches Subjekt und für die Nation als ethnisch-politischen Orientierungsrahmen.

Wie oben belegt, ging der Nationalsozialismus nach der Meinung von Frau Hunke zu stürmisch vor. Für Frau Hunke ist der deutsche Holocaust in die Nähe des Strafwürdigen gerückt. Kein Wunder, daß in Deutschland Häuser von unschuldigen Flüchtlingen durch Neonazis angezündet werden, wenn eine Frau Hunke mit der Kant-Plakette und mit dem Schiller-Preis verehrt wird. Ist dies der Zeitgeist des verbürgerlichten Neonazismus, der von Hunke repräsentiert wird? Ja, die homogene Kultur möchte sie nun in einem langsameren Prozeß einführen, indem alles nicht germanische in der europäischen Geschichte als schädlich erklärt wird.

Obwohl Frau Hunke türkischer Abstammung ist, hat ihre germanische Seite ihre Dominanz bewiesen. Das Projekt von Frau Hunke zur Germanisierung Europas ist eine ominöse Schreckensvision, die in der Tat einem späten Sieg Deutschlands, einem Vierten Reich, einer friedlichen Revanche der Pangermanisten gleichkäme. Frau Hunkes Vision eines neuen Europas ist höchst totalitär und undemokratisch. Leider ist unsere gesellschaftliche Realität vor barbarischen Wiederholungen nicht gefeit. In menschlichen Dingen gibt es keine Irreversibilitäten. Auch Europa kann wieder faschisiert werden. Der langsam schleichende ›sanfte Faschismus‹ ist heute die Gefahr. Das Projekt Europa kann nur dann Erfolg haben, wenn es demokratisch ist. Europa muß sich dem Unheil der fünfhundertjährigen Kolonialgeschichte stellen und der eigenen Verantwortung bewußt, eine andere politische Praxis gegenüber den Staaten des Südens und des Ostens anstreben. Das atavistische Barbarentum einer Pax Germanica ist ein unüberhörbares Menetekel, das mit dem Tod der vielgepriesenen Vielfalt und Pluralität der Kulturen und Lebensweisen endet. *Wahid Wahdatehagh*

Die Originalversion dieses Artikels, die aus Gründen des Umfangs von der ZAG-Redaktion gekürzt werden mußte, ist bei der Redaktion erhältlich

[1] Hunke, Sigrid. Herkunft und Wirkung fremder Vorbilder auf den deutschen Menschen. Dissertation. Berichterstatter. Dr. L. F. Clauß. Berlin 1940 [2] Hunke, Sigrid. Vom Untergang des Abendlandes zum Aufgang Europas. Bewußtseinswandel und Zukunftsperspektiven. Rosenheim 1989 [3] Hasenfratz, Hans-Peter. Die religiose Welt der Germanen. Ritual, Magie, Kult, Mythus. Freiburg 1992 [4] Hunke, Sigrid. Allahs Sonne uber dem Abendland. Ffm 1990 [5] Hunke, Sigrid. Allah ist ganz anders. Bad Konig 1990

Auszüge aus »Freedom Now!«, Bulletin Nr. 4 vom Dez. 93 des Archivs '92; Kampagne »Abu-Jamal« Bremen

Zum derzeitigen Stand der Kampagne für Mumia Abu-Jamal

Der als »voice of the voiceless« bekannt gewordene schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal wurde 1982 in einem rechtsbeugenden Verfahren wegen Polizistenmord zum Tode verurteilt. In dem Prozeß wurden ihm wesentliche Verteidigungsrechte vorenthalten, als »Beweis« seiner Schuld dienten dem Staatsanwalt Zitate aus Artikeln„ die Jamal Anfang der 70er Jahre als »Black Panther« verfaßt hatte – wie z.B. »Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen«. Die Geschworenenjury bestand nur aus Weißen. Am 6.3.1989 bestätigte der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania dieses Urteil und lehnte eine Berufung ab. Die nationalen und vor allem internationalen Proteste haben bisher die Vollstreckung der Todesstrafe verhindert, aber der Hinrichungstermin kann durch den Gouverneur jederzeit unterschrieben werden. 1994 ist Wahljahr in den USA, und von den Kandidaten wird eine eindeutig befürwortende Haltung zur Todesstrafe erwartet.

Seit Februar '92 arbeitet ein Verteidigungsteam daran, einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens vorzubereiten. Diese Arbeit erwies sich als aufwendig und kostspielig, da zum Beispiel Zeugen des Geschehens von 1981 identifiziert und aufgefunden werden mußten. Jamals Anwalt Len Weinglass berichtet in einem Brief an die Kampagne: *»Es war eine langwierige, öde und teure Untersuchung. Nichtsdestotrotz haben wir bereits den zweiten Entwurf eines 80seitigen Antrags fertiggestellt, in dem die Gründe dargelegt werden, warum Mumia ein neues Verfahren bekommen muß. Der Antrag konnte aber bisher nicht der Justiz übergeben werden, weil wir noch den endgültigen Ausgang der Untersuchungen abwarten müssen. Nach der neuen Prozeßordnung ist es unabdingbar, daß schon der erste Antrag alle entscheidenden Fakten enthält, sonst hat das zur Folge, daß man auf die nicht erwähnten Fakten für immer verzichtet. Wir gehen nun davon aus, daß wir unsere formalen Schriftsätze gleich nach Neujahr einreichen werden ...*

Zwischenzeitlich habe ich Mumia besucht. Er ist in einer guten physischen und psychischen Verfassung. Ein Grund dafür ist sicher auch, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania, der Mumias Schicksal besiegelt hat, vor kurzem Gegenstand einer Untersuchung war. Das hat im Ergebnis dazu geführt, daß einer der Richter sein Amt niederlegen mußte und gegen die anderen Richter weitere Ermittlungen laufen. Dieses Gericht steht nun als der am meisten diskreditierte Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten da. Das verbessert natürlich das Klima für die Anträge, die wir stellen werden.«

Auf einer Solidaritätsveranstaltung im Dezember '93 in Philadelphia für Jamal und andere zum Tode verurteilte Gefangene wurde beschlossen, im April '94 eine zentrale Demonstration zur Durchsetzung des Wiederaufnahmeantrags in der Hauptstadt von Pennsylvania, Harrisburg, durchzuführen. Die Kampagne für Jamal wird jetzt auch durch ein Komitee von Prominenten, darunter vielen schwarzen SchauspielerInnen, unterstützt, das vor allem versucht, Spendengelder aufzutreiben. Bisher konnten durch Spenden aus dem In- und Ausland etwa die Hälfte der Kosten von 150.000 Dollar für das Wiederaufnahmeverfahren aufgebracht werden.

Es ist also weiter wichtig, zu spenden und vor allem gegen die hinrichtende rassistische Klassenjustiz zu protestieren, die nicht nur das Leben von Mumia Abu-Jamal vernichten will, sondern auch das von 2700 anderen, in der Mehrzahl schwarzen Gefangenen, in den Todestrakten der USA!

Anschrift der Kampagne:

Archiv '92, Kampagne 'Abu-Jamal', Postfach 150 323, 28093 Bremen

Spendet auf das Sonderkonto 'Mumia Abu-Jamal': BfG Bremen, Konto-Nr. 100 587 76 01, BLZ 290 101 11

Spenden für die Informationsarbeit hier: Sonderkonto 'Kampagne':, BfG Bremen, Konto-Nr. 100 587 76 02, BLZ 290 101 11

Adressen: Mumia Abu-Jamal, AM 8335, 1100 Pike Street, , Huntingdon, PA 16654-112, USA

Protestiert gegen das Todesurteil: Governor Robert Casey, Main Capital Building, , Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA

Kurz gemeldet

Aktionsbündnis der Ausgegrenzten und Deklassierten gegründet!

Im Hinblick auf den bevorstehenden Regierungsumzug und die zahlreichen Wahlen des Jahres 1994 soll offenbar die »Innere Sicherheit« Berlins hergestellt werden, indem mißliebige Bevölkerungsgruppen mittels staatlicher Gewalt kriminalisiert und unter massive Dauerkontrolle gestellt werden. Um dieser organisierten Ausgrenzug von MigrantInnen, Obdachlosen, Drogensüchtigen, Prostituierten und BettlerInnen entgegenzutreten, hat sich ein Bündnis gegründet, dem bisher das Straßenkinderkomitee des FDCL, »Unter Druck« und die Antirassistische Initiative angehören. Geplant sind bisher gemeinsame Aktionswochen im Mai mit Infoständen, verschiedenen Theateraktionen und diversen anderen kreativ-provokativen Maßnahmen.

Kontakt: Antirassistische Initiative, Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Verdeckte Ermittlerin beim SOS-Infotelefon aufgeflogen

Beim SOS-Infotelefon Berlin ist im Januar eine verdeckte Ermittlerin entdeckt worden. Sie heißt Christine Schindke und ist schon einige Jahre in der linken Szene (u.a. am autonomen 1. Mai-Plenum und in Anti-Olympia-Aktivitäten) aktiv. Zum SOS-Infotelefon ist sie über eine Arbeitsgruppe zur ZAST Hohenschönhausen im Dezember 1992 gekommen.

Ehemaliges SOS-Schutzwachenplenum unter neuer Berliner Adresse

Ab Februar '94 sind wir, das ehem. Schutzwachenplenum von SOS-Rassismus unter der Telefon- und Fax Nr. 786 99 84 der Antirassistischen Initiative zu erreichen. Wir treffen uns jeden Mittwoch ab 19 Uhr in der Galerie »Olga Benario« (Weser/Hobrechtstr., Nähe U-Bhf. Herrmannplatz). Jeden 1. Mittwoch im Monat ist unser Treffen von 19-20 Uhr für interessierte Menschen offen.

Wir organisieren zu aktuellen Anlässen Fahr- und Schutzwachen. Außerdem halten wir es für notwendig, den alltäglichen Rassismus aufzudecken und zu benennen.

Bücher und Broschüren

Von der interkulturellen zur antirassistischen Erziehung

Interkulturelle Erziehung ist politische und antirassistische Erziehung – der interkulturellen Erziehung diese neue Gewichtung zu geben, ist Ziel des Readers »Erziehung: Interkulturell – politisch – antirassistisch«, den Helmut Essinger und Ali Uçar gerade herausgeben. Das Buch kostet 37 Mark und erscheint im migro Verlag, Obergasse 14, 3582 Felsberg, Tel: 05662/4985, Fax: 05662/2668.

Erfahrungen eines schwarzafrikanischen Lehrers an Brandenburger Schulen

In der Reihe der Werkstatthefte zu interkultureller Erziehung haben das Pädagogische Landesinstitut Brandenburg (PLIB) und die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen e.V. (RAA Potsdam) das vierte Heft herausgegeben: Ein Schwarzafrikaner in brandenburgischen Schulen – Eindrücke und Anregungen. In dem Heft beschreibt Jean-Jérome Chico-Kaleu Muyemba, der aus Zaire stammt, wie er mit SchülerInnen in Brandenburg Unterricht macht und damit gegen Rassismus arbeiten will. Die Broschüre (Werkstattheft 20) kann für vier Mark beim PLIB bestellt werden: 14974 Ludwigsfelde, Tel: 03378/821-181, Fax: 03378/821-199.

JEK CIP – Mit einer Zunge reden

So lautet der Name der neuen Zeitung des Rom e.V., die unregelmäßig viermal im Jahr erscheinen soll. Die erste Ausgabe ist im November letzten Jahres erschienen, ihr Schwerpunkt ist die Behandlung der Roma in den gedruckten Medien, vor allem in Zeitungen und Zeitschriften.

In drei Artikeln befassen sich die Autorinnen und Autoren mit der Berichterstattung in westdeutschen Tageszeitungen, in der Kölner Presse und im Spiegel. Die Ergebnisse der Untersuchungen und Dokumentationen sind eindeutig und erdrückend: Wenn überhaupt über Roma berichtet wird, dann in meisten Fällen im Zusammenhang mit kriminellen Delikten (Diebstahl) oder über Auseinandersetzungen zwischen Roma und der sie umgebenden Bevölkerung.

In einem weiteren Artikel wird nachgewiesen, daß insbesondere die Berichterstattung über Roma-Kinder eine eindeutige Diskriminierungsabsicht verfolgt.

Ein weiterer Aufsatz untersucht die Tätigkeit des Deutschen Presserates in Hinsicht auf diese diskriminierende Berichterstattung und kommt zu dem Schluß, daß sich die Spruchpraxis des Presserates seit 1991 weitgehend zum Negativen gewandelt hat, daß Beschwerden und Einwände, die von Roma, vom Zentralrat der Sinti und Roma und von anderen vorgebracht wurden, weitgehend abgelehnt wurden. Interessant ist auch die Zusammenfassung einer Untersuchung über die Berichterstattung über die Ostjuden während der Weimarer Republik. In dieser Berichterstattung lassen sich viele Parallelen zu der heute üblichen Praxis in der deutschen Presse finden. Daß die Nazis die solcherart geschürten Vorurteile aufgriffen und damit ihre rassistische Vernichtungspolitik begründeten, ist bekannt.

Die Zeitung kann für 4,- DM beim Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln, bezogen werden. Ein Abo für sechs Ausgaben kostet einschließlich Versandkosten 32,- DM, Bestellungen an dieselbe Adresse.

Diskriminierung und Rassismus in München

Das Anti-Rassistische Telefon München (ART) hat in einer Dokumentation die Arbeit eines Jahres zusammengefaßt. Neben Selbstdarstellungen des ART und des Ökofonds der bayrischen Grünen (der das Projekt gefördert hat) sind Dokumentationen der eingegangenen Briefe, Stellungnahmen zu struktureller Diskriminierung, zum Antidiskriminierungsgesetz, zur kommunalen Minderheiten- und Gleichstellungspolitik, ein juristischer Ratgeber u.v.m. enthalten.

Zum Preis von 10,- DM kann die Dokumentation bei dem Anti-Rassistischen Telefon München, c/o Manfred Bosl, postlagernd, 80074 München, bestellt werden.

Menschenrechtsverletzungen in Deutschland

Unter dem Titel »Menschenrechtsverletzungen in Deutschland« hat das »Forum Buntes Deutschland e.V. – SOS Rassismus« eine Auflistung der Übergriffe von Polizei und Behörden gegen ImmigrantInnen herausgegeben. Die Broschüre beschreibt Fälle rassistischer Gewalt und Diskriminierungen, rechtswidrige und besonders brutale Abschiebungen und Abschiebedrohungen, schlampige Ermittlungen, Strafvereitelungen und unterlassenen Hilfeleistungen seit Juli 1989. Neben der Beschreibung der Fälle werden die Konsequenzen wie Strafanzeigen und Prozesse und deren aktueller Stand aufgeführt. Hinzu kommen die Vorwürfe von Amnesty International an die Bundesrepublik Deutschland und ein Forderungskatalog an Politik und Polizei. Zu bekommen bei: Forum Buntes Deutschland e.V. – SOS Rassismus, Postfach 2644, 53016 Bonn, Tel: 0228/213061, Fax: 0228/262978.

Frauen und Asyl

In der Schriftenreihe vom »Institut Frau und Gesellschaft« in Hannover ist die Studie »Frauen – Flucht Asyl« von Lydia Potts und Brunhilde Prasske erschienen, die die bisherigen Erkenntnisse, Forderungen und Konzepte in gebündelter Form wiedergibt und ein Materialienband im besten Sinne ist. Für alle in der Flüchtlingsarbeit Tätigen, aber auch für jene, die einen umfassenden und kompetenten Einstieg in das Thema suchen, ist der Band eine ausgesprochen hilfreiche Handreichung. *Margit Gottstein*

Lydia Potts/Brunhilde Prasske: Frauen – Flucht – Asyl. Eine Studie zu Hintergründen, Problemlagen und Hilfen, Kleine Verlag, Bielefeld 1993, 154 Seiten. Aus: ai-Info November 1993



anzeige

Infos zum Asylbewerberleistungsgesetz

Seit dem 1. November ist das neue Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Es grenzt asylsuchende Flüchtlinge aus dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aus, definiert für sie das Existenzminium neu – nämlich weit unterhalb der Sozialhilfe, die bisher als Existenzminimum galt, und macht Einschränkungen der Sozialhilfe für alle ImmigrantInnen möglich. Georg Classen von der Antirassistischen Initiative hat ein Informationspaket über dieses Gesetz zusammengestellt. Für zehn Mark Kopierkosten zu bestellen bei: Georg Classen, c/o Passionskirche, Marheinekeplatz 1, 10961 Berlin.

Biedermänner und Brandstifter

Biedermänner und Brandstifter – so heißt eine Ausstellung über alltäglichen Rassismus, die der Verband saarländischer Jugendzentren zusammengestellt hat. Auf 28 Tafeln geht es um vier Themenschwerpunkte: Politik und Medien, Nationalismus und Rassismus, organisierte Rechte und Flucht und Asyl. Zur Ausstellung gibt es jetzt auch ein Begleitheft. Beides könnt Ihr beim Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. (VSJS) bestellen: Mainzer Str. 35, 66111 Saarbrücken, Tel: 0681/635359.

Faschisten in Fulda

Fulda am 14. August 93: Nicht Fuldas rechter Erzbischof Dyba sorgte an diesem Samstagabend für bundesweite Schlagzeilen. Vor seinem Dom postierte sich dieses Mal die versammelte Faschistenszene – und die Polizei schaute zu. Inzwischen gibt es eine Dokumentation der Ereignisse um diesen Naziaufmarsch. Für sechs Mark bekommt Ihr sie bei: Druck und Verlag Zeitdruck, Postfach 105, 36001 Fulda.

anzeige

Biedermänner
und
Brandstifter

Eine Ausstellung zum alltäglichen Rassismus und seinem gesellschaftlichen Hintergrund

Themen:
- **Politik und Medien**
- **Nationalismus und Rassismus**
- **Organisierte Rechte**
- **Flucht und Asyl**

(insgesamt 25 Tafeln, Größe A 0)

weiterhin erhältlich:
Broschüre zur Ausstellung
(A4, 60 Seiten, DM 8, Wiederverkäuferrabatt ab 5 St. 20 %)

Information und Bezug über:
Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung
Mainzerstr. 35, 66111 Saarbrücken,
Tel. 0681/635359

Videogramme – 150 Videofilme für die politische Bildung

Die Medienwerkstatt Freiburg hat ihren neuen Verleihkatalog herausgegeben.Themenschwerpunkte sind u.a. »Faschismus und Rechtsradikalismus«, »Soziale Lage in der BRD«, »Erste Welt« – »Dritte Welt« . Gegenüber dem Vorjahr ist das Programm um 60 neue Filme erweitert worden. Videogramme wird Euch zum Preis von 10,- DM incl. Versandkosten von der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/709757 zugeschickt. *Ma.*



Foto: Carsten Jost

ZAG im Abonnement

Wer die ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte sie abonnieren. Unten auf dieser Seite findet Ihr einen Bestellzettel. Wir schicken Abos – wenn nichts anderes vereinbart ist – nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen.
Bitte füllt sowohl den Bestellzettel als auch den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen.
Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet 16,- DM inclusive Porto, Lieferung nur gegen Vorkasse. Wer die ZAG unterstützen will: Ein Förderabo für ein Jahr (4 Ausgaben) kostet 24,- DM oder mehr. Mitglieder der Antirassistischen Initiative e.V. erhalten die ZAG kostenlos.
Antirassistische und antifaschistische Telefone erhalten ein kostenloses Leseexemplar der ZAG, ebenso Infoläden. Gegen Spenden zur Unterstützung der ZAG haben wir selbstverständlich nichts einzuwenden.
Von Telefonen und Infoläden, die die ZAG bisher noch nicht erhalten, haben wir keine Adresse – zumindest keine, bei denen uns die Post die ZAG nicht mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurückschickt.
Außerdem suchen wir Läden und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen (Buchhandlungen, Infoläden, usw.) erhalten die ZAG billiger. Wenn ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion.

Alle bereits erschienenen ZAGs könnt Ihr natürlich auch nachbestellen. Vergriffene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der nebenstehenden Liste.

Bereits erschienene ZAGs:

Nr. 1 (keine Schwerpunktsetzung)	1,- DM
Nr. 2 (keine Schwerpunktsetzung)	2,- DM
Nr. 3/Arbeitsmarktpolitik	2,- DM
Nr. 4/USA – Unruhen in Los Angeles	3,- DM
Nr. 5/Roma in der BRD und in Rumänien (Kopien)	5,- DM
Nr. 6/Gleiche Rechte für alle	4,- DM
Nr. 7/Rassismus und Medien (Kopien)	5,- DM
Nr. 8/Ausweisungen und Abschiebungen (Kopien)	5,- DM
Nr. 9/Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (Kopien)	5,- DM
Nr.10/Rassismus und Bildung	4,- DM

Portokosten: bis 3 Exemplare 1,50 DM, bis 5 Exemplare 2,50 DM, bis 10 Exemplare 5,–DM.

Das Geld könnt Ihr entweder auf unser Konto
Antirassistische Initiative e.V.,
Bank für Sozialwirtschaft,
Keithstr. 2, W-1000 Berlin 30
Kto-Nr.: 303 96 01 BLZ: 100 205 00
Stichwort ZAG
überweisen oder Eurer Bestellung bar oder in Briefmarken beilegen.

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Konto: Antirassistische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Keithstr. 2, W-1000 Berlin 30, Kto-nr.: 303 96 01 BLZ: 100 205 00, Stichwort ZAG

☐ Ich möchte ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben).

☐ Ich möchte das ZAG-Förderabo (4 Ausgaben) und bezahle ________,-DM.

☐ Das Geld wird auf das Konto überwiesen.

☐ Ich lege den Betrag als Verrechnungsscheck, Bargeld (nur Scheine) oder in Briefmarken bei.

☐ Ich benötige eine Rechnung.

☐ Einzugsermächtigung: Ich ermächtige Sie – widerruflich -, die Gebühren für das ZAG von meinem Konto abzubuchen.

Geldinstitut/Postscheckamt:

Konto-nr.:
BLZ:

Meine Anschrift:
Name:

Straße:

Ort:

Datum: Unterschrift:

ZAG/Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59, HH
D – 10965 Berlin